



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2014



Gedenkstätte KZ
Lichtenburg Prettin



Gedenkstätte für
Opfer der NS-„Euthanasie“
Bernburg



Gedenkstätte für die
Opfer des KZ
Langenstein-Zwieberge



Gedenkstätte
ROTER OCHSE
Halle (Saale)



Gedenkstätte
Moritzplatz
Magdeburg



Gedenkstätte
Deutsche Teilung
Marienborn



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933|

1945|

1989|

Hackepeter und Unrechtsstaat.

Erinnerungen an den Schriftsteller Erich Loest

René Römer

1

David Rousset und die Welt der Konzentrationslager

Björn Kooger

7

Die vergessene Kontrolle an der innerdeutschen

Grenze: Zur Geschichte der Grenzkontrollstelle Helmstedt

Benedikt Einert

25

Der „Sonderzug nach Pankow“ –

Die Magdeburger Stasi-Bezirksverwaltung und Udo Lindenberg

Jörg Stoye

41

Einsatz von Zeitzeugen: wahrnehmungs- und gedächtnispsychologische Aspekte

Christiane Stucke

56

Historisches Gedenkwort für Henning von Tresckow

Horst Möller

70

Aus der Arbeit der Stiftung

75

Hackepeter und Unrechtsstaat

René Römer

Die Dokumentation „Erich Loest – Durch das Leben ein Riss“ des Filmemachers René Römer gewann am 2. Oktober 2014 in Cannes den renommierten Corporate Media & TV Award in Gold. Auf diesem internationalen Festival wurde sie in der Kategorie „Kunst, Musik und Kultur“ mit einem Goldenen Delphin ausgezeichnet.

Zwei Wochen nach den letzten Dreharbeiten, am 12. September 2013, beendete Erich Loest, 87jährig, sein Leben. René Römer erinnert sich in dem folgenden Essay an seine Begegnungen mit dem Leipziger Schriftsteller während der Dreharbeiten.

Hackepeter. Hackepeter war für Erich Loest stets ein willkommener Leckerbissen. Im Knast, erzählte er während der Dreharbeiten zu einem Dok-Film über sein Leben, im Knast hätte man den einmal im halben Jahr gestatteten Besuch ein wenig steuern können: So beantragte seine Frau den zehnten Hochzeitstag. Das war schon nicht mehr im Roten Ochsen von Halle, sondern im Stasi-Gefängnis Bautzen II. Dem Gesuch wurde stattgegeben. Und die kleine, zierliche Person mit der Handtasche wurde am Tor auch nicht gefilzt, was ein wenig glücklich war.

Wie aus dem Nichts habe sie eine Tischdecke ausgebreitet, Kaffee in einer Thermoskanne, zwei Tassen und – der Höhepunkt – eine Brotdose mit Hackepeter dazu gestellt: Tara! Loests Augen leuchteten, als er den Streich erzählt. Stolz über die Frau schwang mit, über ihre Courage. Und man ahnt, wie sehr ihm die einfache Leibspeise geschmeckt haben muss. Auch wenn der Kaffee zum Hackepeter heutzutage etwas unpassend erscheinen mag, wie er schmunzelnd hinzufügte.

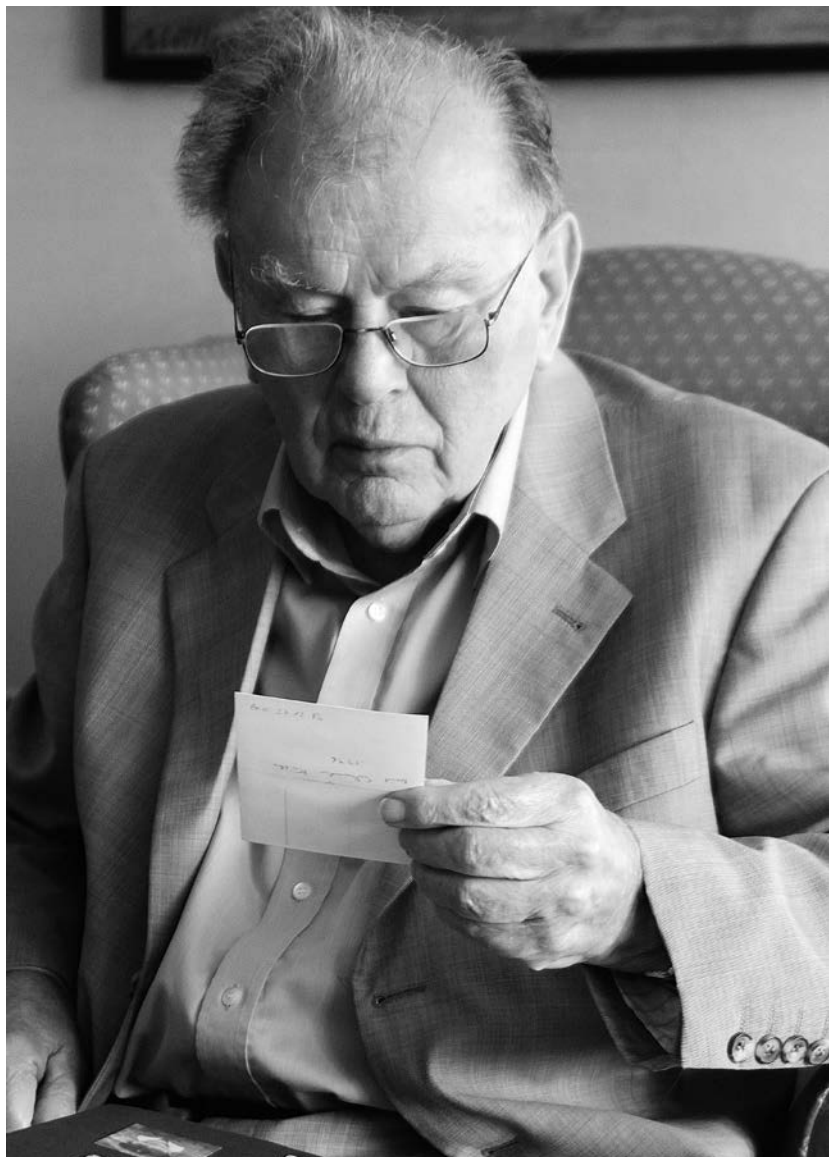
Hunger begleitete Erich Loest im DDR-Knast seit seiner Verhaftung im November 1957. Erst in den letzten Jahren – wohl deutlich nach dem Mauerbau bis zur Entlassung 1964 – wurde die „Versorgungslage“ besser, wurde der Häftling Loest satt. Insbesondere in der Untersuchungshaft musste Loest nach eigener Aussage hungern: Der Rote Ochse kredenzte als sonntäglichen Höhepunkt einen einfachen Schweinebraten. Ein Festessen! Sonst gab es Kartoffeln oder gar Kartoffelschalen mit Weißkraut, dünne Suppen. Abends zwei Brotschnitten, die dünn mit Margarine bestrichen werden konnten. Dazu an guten Tagen etwas „Schmierwurst“ oder Schmelzkäse.

Das Frühstück bestand aus ungewürztem, mit Wasser gekochtem Haferschleim. Loest nannte den Roten Ochsen in unseren über vier Tage gehenden Interviews einen „Sautall“: Man habe noch in Kübel geschissen. Zur Desinfektion wurde Chlor mit einem Löffel über die Exkremente geschüttet – eine heikle Operation, biss das Chlor doch in den Augen und Schleimhäuten, wenn man zu viel aufträufelte; gab man zu wenig, stank es. Bei einer Besichtigung in der nunmehr renovierten Gedenkstätte vor einigen Jahren habe er nichts wieder erkannt, „nichts begriffen“. Das meinte er natürlich polemisch – Loest verblüffte das ganze Team mit seinem phänomenalen Gedächtnis, einer ungebrochenen Freude am Fabulieren. Ein großer Erinnerer und Bewahrer noch mit 87!

In den Roten Ochsen hatten den gebürtigen Mittweidaer und Wahl-Leipziger ein kompliziertes Geflecht aus Denunziation, aufrechtem Gang und politischer Unbotmäßigkeit gebracht. Als 18jähriger war Loest, der sich in Mittweida als Jungvolkführer hervor getan hatte, noch in den Zweiten Weltkrieg verstrickt: Um nicht bei Görlitz an der Ostfront im gnadenlosen Feuer der Stalinorgeln umzukommen und auch aus Hitler-Begeisterung heraus, hatte er sich an einer „Werwolfsschule“ gemeldet, glaubte, als Partisan im Böhmerwald und im ihm vertrauten Erzgebirge bessere Überlebenschancen zu haben. Aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft konnte sich der magere Bursche durch sein Schulenglisch herausschwatzen und goss später als Jung-Redakteur bei der Leipziger Volkszeitung seine Kriegsabenteuer zu einem Roman: „Jungen, die übrig blieben“.

Kritiker bemängelten Loests Unbefangenheit, mit der er die 17- bis 19jährigen Landser als Kinder ihrer Zeit, als geistige Produkte der Nazi-Ära beschrieb. Man forderte größere Distanz, ein klares Schuldigsprechen der Figuren. Loest aber dürfte beim Schreiben seines Roman-Debüts vor allem eines gewesen sein: ein ziemlich ideologiefreier Chronist, der die Geschichte(n) am eigenen Leib erfahren hatte. Vor dem Hintergrund der vom Kalten Krieg aufgeheizten 50er Jahre war dies verblüffend. Nachwuchs-Marxist Loest hatte in den Leipziger Vorlesungen bei Ernst Bloch und Hans Mayer von einer Dialektik gekostet, die bei Tätern das Opfersein und bei Opfern eine Täterschaft mit einschloss.

Er verbot sich auch während des 17. Juni 1953 das Denken nicht: Den Aufstand erlebte er in Berlin, wo er als Funktionär im DDR-Schriftstellerverband an einer Sitzung teilnahm. Loest zeigte sich beeindruckt von der Phalanx protestierender Arbeiter. Die Frauen seien klar in der Minderheit gewesen, schilderte er mit dem ihm eigenen Humor,



Erich Loest während der Dreharbeiten im August 2013

„hatten wohl besseres zu tun als zu streiken – etwa Mittagessen kochen für die Kinder“. Und er sah, wie offenkundig aus West-Berlin stammende Provokateure – „Wie sollten sie auch nicht!“ – einen Zeitungskiosk abfackelten.

Aber bei „allen Nebenerscheinungen“ sei es in der Hauptsache ein „sozialdemokratischer Aufstand der Arbeiterschaft“ gewesen, der den 27jährigen SED-Genossen aufwühlte und vor allem beschämte. Er verfasste den offenen SED-kritischen Artikel „Elfenbeinturm und Rote Fahne“ und begann mit Gleichgesinnten eine Debatte über die Zukunft eines Sozialismus ohne Ulbricht und den Allmachtsanspruch einer Partei zu führen. 1957 schlug der Apparat zurück und buchtete Loest – für ein halbes Jahr und in einer Art Sippenhaft auch seine Ehefrau – im Roten Ochsen ein.

In der U-Haft in Halle wusste Loest nicht, dass die Kinder bei den Schwiegereltern ohne Mutter auskommen mussten. Einen Hinweis während der Verhöre, wohl eher zermürbend denn wohlwollend gemeint, tat er als „Bluff“ des Vernehmers ab. Seine Gegenspieler wechselten sich ab, gönnten sich mutmaßlich „eine Mütze Schlaf“; das geforderte Geständnis aber – alle Mitangeklagten unterschrieben es – zeichnete Loest als einziger nicht gegen.

Seine erste Zelle sei winzig gewesen: „Zwei Schritte breit, vier Schritte lang“. Eine Pritsche und der Klo-Eimer bildeten das Mobiliar. Glasbausteine – kein Fenster – spendeten ein milchiges Tageslicht. Eine 20-Watt-Glühbirne habe Tag und Nacht geglimmt, konnte von ihm nicht ausgeschaltet werden. Erich Loest erlitt nach Monaten der Einzelhaft in seinem Verlies einen Nervenzusammenbruch; die Haare fielen ihm aus. Magengeschwüre plagten ihn die kompletten sieben Haftjahre; nach der Entlassung aus Bautzen II musste ihm der halbe Magen operativ entfernt werden.

Auf seinen Anwalt ist Loest auch 56 Jahre später während unserer Gespräche böse: Dieser Anwalt verteidigte nicht, sondern riet zur Bußfertigkeit. *Die* nur nicht reizen, lautete seine Devise. Die Anklage – gewaltsamer Umsturz der Regierung – erfuhr Loest erst Jahre später durch einen Zufall; stattdessen hatte ihm der DDR-Jurist einen anderen Paragraphen vorgelesen, wonach es im Prozess um „staatsfeindliche Hetze“ gehe. „Naja“, bemerkt Loest lakonisch: „Gehetzt haben wir schon.“ Aber Gewalt oder gar Waffengewalt war in den intellektuellen Debatten bei Rotwein, Bier und Leberwurstschnittchen nie Thema gewesen. Dennoch verdonnerte das Hallenser Bezirksgericht Erich Loest zu siebeneinhalb Jahren Haft.

Drinnen – im Knast – habe er alle „viehischen Worte“ vermieden, erzählt Loest: Es sei gängig gewesen, vom „Ficken“ zu reden. Da habe er geschwiegen. Das habe er draußen nicht gemacht, also machte er das nun schon gar nicht. So habe er versucht, bei seinem Leben zu bleiben. Nur bei den Verhören oder Gesprächen, die es immer mal wieder gegeben habe, da hätten seine rebellischen, vom Weißkraut zermürbten Gedärme sich gerächt und den Gefängnisdirektor mit permanenten Blähungen malträtiert. Fast lachte Loest, während er das formulierte.

Einmal – das war bei einer anderen Begegnung noch vor den Dreharbeiten zum Dokumentarfilm – fragte ich ihn nach dem Begriff „Unrechtsstaat“. Gerade tobte im Feuilleton – wie so oft – ein Streit, ob denn nicht auch in der DDR ein Dieb ein Dieb und ein Mörder ein Mörder gewesen und obiger Begriff überhaupt zu halten sei. Erich Loest antwortete trocken: „Die DDR war ein Unrechtsstaat. Punkt.“ Wer will ihm diese klare Haltung verdenken? Die kleine Republik mit der großen Mauer hatte versucht, ihn körperlich und geistig zu vernichten – wegen eines schmalen Debüt-Romans, eines kritischen Artikels in einer Wochenzeitung und wegen weinseliger Diskussionen über einen anderen, einen menschlichen Sozialismus!

Nur 14 Tage nach unseren Dreharbeiten nahm sich Erich Loest das Leben. Mit 87 darf man das. Er war krank: das Herz, die Augen ... Und eben hatte die Uni Leipzig es abgelehnt, ein von ihm bezahltes Ölbild aufzuhängen, das die Sprengung der uralten Leipziger Universitätskirche 1968 durch die SED-Bezirksleitung metaphorisch erzählt. Ein harter Schlag für Loest. Mal wieder. Den Film „Erich Loest – Durch das Leben ein Riss“, in Anlehnung an seine sehr lesenswerte, ja: großartige Autobiografie ‚Durch die Erde eine Riss‘, hat er nicht mehr gesehen. Der 45-Minüter lief bereits im co-produzierenden MDR-Fernsehen, liegt dort im Archiv und wird von der produzierenden Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Form einer DVD Schulen als Lernmaterial angeboten.

Sein Freitod so kurz nach unserer intensiven Arbeitsbeziehung war natürlich ein Schock. Wenn auch allen am Set klar war, dass da einer immerzu kämpfte, an seine körperlichen Grenzen ging. Im Kopf war Loest fit: In Mittweida vor einer großen Granit- oder Porphyrmauer mit den Namen der Ehrenbürger der Stadt bewies er einmal mehr Größe: Sein Name steht dort ganz nah bei dem von Hans Vogelsang. Vogelsang war ein Kommunist und unter den Nazis im KZ Sachsenburg und im KZ Buchenwald eingesperrt. In der DDR stieg Vogelsang zum Leipziger Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommission

auf, entzog Loest die schützende SED-Mitgliedschaft, gab ihm quasi zum Abschuss frei. Wieder mal ein Täter *und* ein Opfer. Loest dazu vor laufender Kamera: „Nun, er steht für den Widerstand unter dem Nazi-Regime; ich für den unter dem SED-Regime. Das ist deutsche Geschichte.“

Der Schriftsteller – am Stock gehend – drehte daraufhin ab in Richtung der Mittweidaer Metzgerei seines Vertrauens. Mittagspause. Erich Loest bestellte – ich schwöre, es war genau so – zwei halbe Brötchen mit Hackepeter.

„Erich Loest – Durch das Leben ein Riss“, Dokumentarfilm, 45 min

Regie: René Römer, Kamera: Jürgen Rehberg, Schnitt: Clemens Hübner

Hrsg. von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2014.

Eine Dokumentation von René Römer, produziert von der AVANGA Filmproduktion GmbH & Co. KG. Die DVD enthält umfangreiches didaktisches Begleitmaterial.



David Rousset, früherer Korrespondent der US-Magazine „Time“ und „Life“, hilft bei der Evakuierung halbverhungelter Häftlinge aus dem gerade befreiten Konzentrationslager Wöbbelin (4. – 6. Mai 1945)

David Rousset und die Welt der Konzentrationslager

Björn Kooger

1930er JAHRE

Der aus einer protestantischen Familie stammende Sohn eines Metallarbeiters studierte Philosophie und Literatur an der Sorbonne, machte 1932 seinen Abschluss und arbeitete zunächst als Gymnasiallehrer. 1936 gehörte David Rousset¹ – nachdem er im Jahr zuvor Leo Trotzki persönlich getroffen hatte – zu den Gründern der trotzkistischen Arbeiterpartei „Parti ouvrier internationaliste“ (POI). In der Partei war er für koloniale Fragen verantwortlich und reiste nach Marokko und Algerien. Von 1938 bis 1940 arbeitete er als Korrespondent – Fachgebiet Politik und Wirtschaft – für die US-Magazine „Life“, „Fortune“ und „Time“; für „Fortune“ führte er u. a. ein Interview mit Jean Monnet, einem der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft. 1939 heiratete er die Engländerin Susie Elisabeth Elliot.

Widerstand und KZ-Haft

Während der deutschen Besetzung Frankreichs setzte Rousset seine politische Arbeit in der geheimen POI fort. Am 12. Oktober 1943 verhaftete ihn die Gestapo: Er wurde gefoltert und kam in das Gefängnis von Fresnes. Die Deportation in das KZ Buchenwald erfolgte von dort am 29. Januar 1944, Anfang März wurde er in das Außenlager Porta Westfalica in Ostwestfalen verlegt. Einen Monat später kam er mit einem Krankentransport in das Hauptlager Neuengamme. Von dort wurde er, wohl am 21. April 1944, in das Außenlager Helmstedt-Beendorf verlegt. Hier musste er ein Jahr lang beim Bau unterirdischer Rüstungsfabriken in zwei Salzbergwerken Zwangsarbeit leisten². Ein anderer Beendorf-Häftling, der Jurist Costas Stassinopoulos, berichtet, dass Rousset dort die Gruppe der französischen KZ-Häftlinge angeführt habe.³ Das Lager Beendorf wurde am 9./10. April 1945 geräumt. Die über 4.300 Häftlinge wurden per Zug nach Wöbbelin und Hamburg verlegt.

Am 2. Mai 1945 befreiten US-amerikanische Truppen das KZ-Außenlager Wöbbelin bei Ludwigslust (Mecklenburg). Rousset und der französische Kinderarzt Albert Rohmer berichteten General James M. Gavin, dem Oberbefehlshaber der 82. US-Luftlandedivision, bereits am 3. Mai über ihre Haftbedingungen und Erfahrungen in den Konzentrationslagern.⁴ Bei der Befreiung wog der eigentlich zur Korpulenz neigende Rousset weniger als 50 Kilogramm und litt an Typhus und Lungenentzündung. Trotz des angegriffenen Gesundheitszustandes half er bei der Evakuierung schwerkranker Häftlinge und führte amerikanische Soldaten durch das Lager Wöbbelin.

„L'Univers concentrationnaire“ und „Les jours de notre mort“

Im Sommer 1945 erholte sich David Rousset nach einem Zusammenbruch in der Vendée in Westfrankreich. Er hatte zunächst gezögert, seine Erfahrungen und Erinnerungen aufzuschreiben, ließ sich dann aber doch von zwei Freunden – der französischen Verlegerlegende Maurice Nadeau und dem Philosophen Maurice Merleau-Ponty – überzeugen. In nur drei Wochen diktierte er seiner Frau seine Erinnerungen⁵. Die Erstveröffentlichung erfolgte in drei Teilen zum Jahreswechsel 1945/46; der Erfolg der Artikel veranlasste ihn dazu, den Text 1946 auch als Buch herauszugeben. „L'Univers concentrationnaire“ wurde im gleichen Jahr mit dem französischen Literaturpreis „Prix Renaudot“ ausgezeichnet.⁶ 1951 teilte sein Verlag mit, dass man bislang 180.000 Exemplare verkauft habe.



Als befreiter Häftling führt David Rousset amerikanische Soldaten durch das Konzentrationslager Wöbbelin und zeigt auf die zahlreichen Leichen, die die Wand eines Klinkergebäudes säumen (4. – 6. Mai 1945)

Das Buch ist der erste Versuch einer Gesamtdarstellung des nationalsozialistischen Konzentrationslagersystems und analysiert brillant dessen totalitären Charakter.⁷ „L'Univers concentrationnaire“ beeinflusste bedeutende Autoren wie Octavio Paz, George Orwell und Hannah Arendt.⁸ Es wurde mehrfach übersetzt. 1947 erschien es in den USA, den Niederlanden und Italien, 1951 in Großbritannien und zuletzt 2004 in Spanien. In Frankreich verlieh man bald einer ganzen Literaturgattung den Namen „littérature concentrationnaire“.

Nachdem erste Auszüge im März und April 1946 in Jean-Paul Sartres Monatsschrift „Les Temps Modernes“ erschienen waren, veröffentlichte David Rousset 1947 unter dem Titel „Les Jours de notre mort“ sein zweites und mit über 800 Manuskriptseiten wesentlich umfangreicheres Werk zum NS-Konzentrationslagersystem.⁹ Bis 1951 wurden hiervon 90.000 Exemplare in Frankreich verkauft. Die März-Ausgabe von „Les Temps Modernes“ enthält auch einen kurzen Artikel Roussets über die Rettung Stéphane Hessels in Buchenwald, an der Eugen Kogon maßgeblich beteiligt war, sowie Hessels eigenen Bericht.¹⁰ Dass Rousset vor unpopulären Themen nicht zurückschreckte, verdeutlicht sein drittes Buch über die NS-Zeit. 1948 veröffentlichte er in Zusammenarbeit mit dem Pariser „Centre de documentation juive contemporaine“ mit „Le pitre ne rit

pas“ eine kommentierte Dokumentation zum Antisemitismus, in der er sich aber auch mit dem Vichy-Regime und der Kollaboration befasste.

Politik

Sartre und Rousset wollten sich mit der entstehenden Blockbildung im Kalten Krieg nicht abfinden. Im Februar 1948 riefen sie daher zur Gründung einer neuen Partei auf, dem „Rassemblement démocratique révolutionnaire“. Allerdings konnten sich die zwei Protagonisten hinsichtlich der Finanzierung ihrer Partei nicht einigen. Rousset bemühte sich um ominöse amerikanische „Gewerkschaftsgelder“; Sartre lehnte das strikt ab. Zudem wandte er sich bald darauf der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) zu. Die neue Linkspartei entwickelte sich nicht mehr weiter: Sie war erfolglos und löste sich auf.¹¹

Rousset setzte sich auch für die deutsch-französische Aussöhnung ein. Er gehörte dem Vorstand des 1948 gegründeten „Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle“ an, Alfred Grosser fungierte im Komitee als Generalsekretär.¹² Bereits im Oktober 1947 hatte Rousset eine längere Reise durch Deutschland unternommen und traf dabei auch den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher.

Die Rousset-Affäre – Der Prozess gegen „Les Lettres Françaises“

Am 12. November 1949 veröffentlichte David Rousset im konservativen „Figaro littéraire“ den Aufruf „Rettet die Deportierten in den sowjetischen Lagern“. Er richtete sich an die Überlebenden der NS-Konzentrationslager und ihre Organisationen. Rousset forderte sie darin auf, sich an einem Komitee zur Untersuchung des Gulag-Systems zu beteiligen.¹³ Der Begriff „Gulag“ wurde damit in Frankreich erstmals für das Lager-system in der Sowjetunion verwendet. Der Chefredakteur der KPF-nahen Literaturzeitschrift „Les Lettres Françaises“, Pierre Daix, reagierte am 17. November 1949 mit dem Artikel „Warum hat Monsieur David Rousset die sowjetischen Lager erfunden?“ und bezeichnete Rousset als „trotskistischen Fälscher“. ¹⁴ Am 24. November 1949 wurde Daix' Artikel zusätzlich als 16-seitige Broschüre in einer Auflage von 200.000 Exemplaren – u. a. von ehemaligen KZ-Häftlingen in Uniform – in Paris verkauft.¹⁵ Aber nicht nur für die seinerzeit stalinistische KPF war der Aufruf eine ungeheuerliche Provokation. Auch ihr nahe stehende Intellektuelle waren empört. So verkündeten beispielsweise Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty per Leitartikel in „Les Temps Modernes“ im Januar 1950 den Bruch mit Rousset.¹⁶ Zwar bestritten die beiden linken Intellektu-

ellen keineswegs die Existenz der Lager, fanden aber Roussets Zusammenarbeit mit der bürgerlich-konservativen Presse sowie den durch den Aufruf verursachten Schaden für die kommunistische Idee gleichermaßen verwerflich.¹⁷

Als Reaktion auf diese Anfeindungen kündigte Rousset am 11. Februar 1950 an, dass er nach dem Vorbild des damals bekannten „Krawtschenko-Prozesses“¹⁸ von 1949 eine Klage wegen Verleumdung einreichen werde. Um seinen Fall zu gewinnen, musste er die Existenz und den verbrecherischen Charakter des sowjetischen Lagersystems erneut belegen. „Der Spiegel“ berichtete am 23. Februar über seine Nachforschungen: „David Rousset, [...] Initiator einer Kommission zur Untersuchung der Zwangsarbeitsverhältnisse in der ganzen Welt, sucht in bayerischen D[isplaced]P[ersons]-Lagern nach Kronzeugen für seinen kommenden Prozess mit der kommunistischen Pariser Wochenschrift „Les Lettres Françaises“. Rousset will überzeugender als Kravtschenko, das Bestehen eines riesigen KZ-Reiches in Russland nachweisen.“¹⁹

In Paris organisierten kommunistische frühere KZ-Häftlinge bereits eine Demonstration gegen Rousset²⁰ und auch in Brüssel kam es zu wütenden Protesten. Er wurde als „Nazi“ und „Verräter“ beschimpft. Derartig diffamierende, teilweise infame Behauptungen kommunistischer Presseorgane sollten noch den ganzen Prozess begleiten, um Rousset und seine Zeugen zu diskreditieren.²¹ Er erhielt in dieser Zeit nicht nur eine geheime Telefonnummer, sondern musste während des Prozesses unter Polizeischutz gestellt werden.²² In einer Rede auf dem antitotalitären „Berliner Kongress für kulturelle Freiheit“ vom 26. bis 30. Juni 1950 machte Rousset deutlich, dass seine Kampagne gegen Konzentrationslagersysteme gerichtet sei, also keine spezifisch antisowjetische Stoßrichtung habe, dass es bei der Untersuchung aber auch keinerlei politische Rücksichtnahmen geben dürfe.²³

Zu Prozessbeginn erklärte Rousset, dass es ihm weniger um das Gerichtsurteil oder gar die Entschädigung gehe, sondern vielmehr um öffentliche Aufmerksamkeit für die Lage der Häftlinge in der UdSSR. Es sei beschämend, „dass in diesem Augenblick Hunderttausende dieselben Ängste und Schmerzen durchstehen müssen, wie wir sie in den deutschen Lagern ertragen mussten. Durch Schweigen machen wir uns mitschuldig an dieser Schändung der Menschenrechte [...]“²⁴

Der Prozess fand schließlich vom 25. November 1950 bis zum 6. Januar 1951 in Paris statt.²⁵ Nicht weniger als 55 Zeugen traten auf Bitten Roussets auf. Darunter waren ehemalige NKWD- und Gulag-Häftlinge wie der österreichische Physiker Alexander

Weißberg-Cybulski, Margarete Buber-Neumann und Valentín González,²⁶ genannt „El Campesino“, eine von Hemingway in „Wem die Stunde schlägt“ erwähnten Berühmtheit des spanischen Bürgerkriegs. Letzterer war bei seiner Einreise in die UdSSR noch von Stalin und Innenminister Beria empfangen worden. Auch das „Time Magazine“ berichtete am 22. Januar 1951 über den Prozess: „Gemeinsam mit El Campesino befand sich in dem Pariser Gerichtssaal eine der größten Ansammlungen ehemaliger Insassen sowjetischer Zwangsarbeitslager, die jemals zusammengekommen war – Russen, Deutsche, Polen, Juden, Spanier und Balten. Darunter Jerzy Gliksman, Bruder des polnischen Sozialisten Victor Alter, der 1941 vom NKWD exekutiert worden war; Margarete Buber-Neumann, Verfasserin von „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“, die von den Bolschewisten 1938 in Russland inhaftiert und 1940 an die Nazis ausgeliefert worden war; Julius Margolin, ein Philosophiestudent aus Tel Aviv, der nach Frankreich gereist war, um dem Gericht von seinen sechs Jahren in sowjetischer Gefangenschaft zu berichten. Alle waren Zeugen in einer vom französischen Schriftsteller David Rousset angestregten Verleumdungsklage.“²⁷ Weitere wichtige Zeugen waren die Schweizerin Elinor Lipper, die elf Jahre im Gulag interniert gewesen war sowie der polnische Maler Josef Czapski. Er hatte 1941 den Auftrag erhalten, nach den verschwundenen Kriegsgefangenen zu suchen, die zu den Opfern des Massakers von Katyn zählen.²⁸

Mit der Eröffnung des Verfahrens hatte David Rousset sein Hauptziel erreicht. Eine Woche nach Prozessbeginn kommentierte der Schriftsteller François Mauriac daher im „Figaro littéraire“: „Rousset hat bereits gewonnen“.²⁹ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die angeklagten Pariser Stalinisten bzw. ihre Anwälte die Verhandlung als politischen „Schauprozess“ betrachteten und sich im Gerichtssaal auch lautstark darüber beklagten.³⁰ Neben den Arbeits- und Existenzbedingungen im Gulag ging es im Prozess auch um Roussets Behauptung, dass man in der UdSSR bereits durch eine Verwaltungsentscheidung für bis zu fünf Jahre ins Lager deportiert werden konnte – ohne jede Form von Prozess; Daix hatte dies sowohl in seinem Artikel als auch vor Gericht bestritten. Rousset konnte seinen Vorwurf aber durch Zeugenaussagen und sowjetische Gesetzestexte belegen.³¹ Darüber hinaus war es ein geschickter Schachzug von Rousset und seinen Anwälten gewesen, im Lande Montesquieus vor Gericht und gegenüber der Öffentlichkeit mit fehlender Gewaltenteilung in der UdSSR zu argumentieren.

Am 12. Januar 1951 wurden „Les Lettres Françaises“ zu einer Geldstrafe und zu Schadenersatzzahlungen verurteilt, zur Übernahme der Prozesskosten sowie zum Abdruck des Urteils auf der Titelseite. „Die Zeit“ berichtete am 18. Januar 1951 auch über das eigentliche Ziel des Sensationsprozesses: Rousset habe durch seine vielen Zeugen „einwandfrei“ bewiesen, dass die Sowjetunion ein Konzentrationslagersystem unterhalte.³² Noch im gleichen Monat veröffentlichte Rousset gemeinsam mit seinen Anwälten und Freunden Théo Bernard und Gérard Rosenthal ein Buch über den Prozess, einschließlich der wichtigsten Zeugenaussagen und Prozessprotokolle.³³

Die Heftigkeit der Reaktionen westeuropäischer Kommunisten auf den Krawtschenko- und den Rousset-Prozess wird nur verständlich, wenn man ihre heute kaum mehr nachvollziehbare Idealisierung Stalins und der Sowjetunion berücksichtigt. Rousset hat dies rückblickend als „Stalinhysterie“ bezeichnet. Sie war eine der Ursachen für die enorme publizistische Beachtung,³⁴ die beiden Prozessen zuteil wurde. Diese zeigten erstmalig die unmenschliche Realität eines politischen Systems, „in das Millionen Menschen ihre gläubigsten Hoffnungen auf eine gerechte soziale Ordnung setzten [...]“³⁵. Ging es im Krawtschenko-Prozess noch um den Gulag-Nachweis an sich, machte Rousset gerade durch die Einbeziehung der ehemaligen KZ-Häftlinge auf die Dimension der stalinistischen Verbrechen aufmerksam.

Sartre, Merleau-Ponty und andere pro-kommunistische französische Intellektuelle sahen das sozialistische Modell – welches für sie untrennbar mit der UdSSR verbunden war – durch die Gulag-Vorwürfe diskreditiert. Dennoch hielten sie an der vermeintlich positiven Utopie für die Menschheit fest. Ihre Reaktionen reichten von der schlichten Leugnung der Fakten bis zu fragwürdigen Vergleichen, mit denen das sowjetische Lagersystem relativiert werden sollte.³⁶ In Frankreich ergab sich dadurch ein heftiger Konflikt mit Humanisten und Verteidigern der Menschenrechte, insbesondere mit Albert Camus,³⁷ die den Gulag als systemimmanentes Phänomen des Stalinismus erkannt hatten.

Auch in Folge des Streits um die Bewertung der sowjetischen Lager zerbrach die Freundschaft zwischen Sartre und Camus. Zwar konnte Sartre in der Debatte zunächst die Oberhand gewinnen, doch weitere Entwicklungen wie der Korea Krieg, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR und der Ungarische Volksaufstand von 1956 führten dazu, dass zunächst Merleau-Ponty und schließlich auch Sartre ihre Einschätzung der Sowjetunion und des Kommunismus überdenken mussten. Auch Roussets

Prozessgegner Daix vollzog einen bemerkenswerten Wandel: 1963 schrieb er das Vorwort für die französische Erstausgabe von Solschenizyns „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“. Nachhaltig erschüttert wurde die idealisierende Haltung der französischen Kommunisten gegenüber der UdSSR jedoch erst durch den „Gulag-Schock“, d. h. die Veröffentlichung des „Archipel Gulag“ 1973/74.

Die „Commission internationale contre le régime concentrationnaire“

Auf seinen Aufruf vom November 1949 hatte David Rousset aber auch positive Reaktionen erhalten: So erklärte sich die französische Ethnologin und Ravensbrück-Überlebende Germaine Tillion zur Mitarbeit bereit. Margarete Buber-Neumann rechtfertigte am 25. Februar 1950 im „Figaro littéraire“ – in ihrem berühmten Artikel „Wer ist schlimmer, Satan oder Beelzebub?“ – Roussets Vorgehensweise. Die Hilfsorganisation „International Rescue Committee“ veröffentlichte am 28. Februar 1950 in der „New York Times“ einen ganzseitigen Spendenaufruf, der mit einer landesweiten Unterschriftenaktion verbunden war.³⁸

Rousset hatte mit seinem Appell auch einige französische Intellektuelle, die zugleich ehemalige KZ-Häftlinge waren, direkt angesprochen. Die Journalisten Rémy Roure und Louis Martin-Chauffier sowie der Schriftsteller Jean Cayrol sagten Rousset umgehend ihre Unterstützung zu,³⁹ so dass am 24. Januar 1950 zunächst die „Commission française d'enquête contre le régime concentrationnaire“ gegründet werden konnte. Nachdem im Juli 1950 auch Vertreter⁴⁰ aus Belgien, den Niederlanden, Deutschland und Norwegen ihre Mitarbeit zugesagt hatten, wurde im Oktober 1950 in Brüssel offiziell die „Commission internationale contre le régime concentrationnaire“ (CICRC) gegründet. Germaine Tillion, Roure und Martin-Chauffier beteiligten sich auch persönlich an den Untersuchungskommissionen der CICRC.

Im November 1950 wandte man sich an die Vereinten Nationen mit der Forderung, die sowjetischen Arbeitslager in der nächsten Sitzung offiziell anzusprechen und die Kommission als „Non Governmental Organisation“ anzuerkennen.⁴¹ Im Juni 1952 erhielt die CICRC tatsächlich den gewünschten Status einer beratenden Organisation des UN-Wirtschafts- und Sozialrates sowie der UN-Kommission für Menschenrechte.⁴²

Eine Untersuchung vor Ort fand nie statt, da Roussets Kommission von der UdSSR keine Einreisegenehmigung erhielt. Vom 21. bis 26. Mai 1951 organisierte die CICRC daher ein Tribunal, welches sich mit dem sowjetischen Lagersystem befasste. Das

„Time Magazine“ berichtete dazu am 11. Juni 1951: „Sowjetrussland stand vor Gericht. In einer imposanten Halle des Brüsseler Egmont-Palastes saßen sechs Männer und eine Frau [Germaine Tillion], gekleidet in schwarze Roben, über ein ganzes Regime zu Gericht. Sie waren von der „Kommission gegen Konzentrationslager-systeme“, einer Organisation von 100.000 Überlebenden der NS-Konzentrations-lager, ausgewählt worden, um darüber zu entscheiden, ob die Russen ein ähnliches System unterhalten. Ankläger David Rousset, ein französischer Schriftsteller und frü-herer KZ-Häftling, sagte: ‚Zum ersten Mal werden die Menschen, die in Auschwitz und Buchenwald gewesen sind, Menschen anhören, die Kolyma und Magadan überlebt haben.‘“⁴³

Um Relativierungsvorwürfen zu begegnen, wies man im Rahmen der „Urteilsverkün-dung“ deutlich auf die Unterschiede zwischen den beiden Lagersystemen hin. Als Re-aktion auf die Kritik, dass sich die Kommission zu sehr auf die UdSSR konzentriere, wurden vor Ort Untersuchungen über die Lage von Häftlingen in Spanien, Griechenland, Jugoslawien sowie den französischen Kolonien Tunesien und Algerien durchgeführt. Die Ergebnisse veröffentlichte die CICRC in länderspezifischen „Weißbüchern“. Rous-set, Vizepräsident der CICRC, arbeitete von 1952 bis 1956 an einem Bericht über das Lager- und Zwangsarbeitssystem in der Volksrepublik China, nachdem Gewerkschafts-verbände aus Hongkong und Taiwan gegenüber der CICRC entsprechende Vorwürfe erhoben hatten.⁴⁴

Am 25. Februar 1956 verurteilte Parteichef Nikita Chruschtschow in einer Geheim-rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Diktatur Stalins und leitete damit die „Ent-stalinisierung“ ein. Diese fand ihren sichtbaren Ausdruck in der formalen Auflösung des Gulag-Systems. Kurz nach Bekanntwerden der Rede bewertete Rousset diese Entwick-lung am 7. Juni 1956 in „Le Figaro“ als moralischen Sieg der von ihm initiierten Unter-suchungskommission.⁴⁵

Im gleichen Jahr verurteilte Rousset die Niederschlagung des ungarischen Volks-aufstandes durch die UdSSR und rief in Paris zu einer Protestkundgebung auf.⁴⁶ Au-ßerdem hielt die CICRC vom 20. bis 30. April 1956 – wieder in Brüssel – ein Tribunal über das chinesische Konzentrationslagersystem ab; auch die Volksrepublik hatte eine Untersuchung vor Ort abgelehnt.⁴⁷ Im Sommer 1957 untersuchte die CICRC – u. a. auf Veranlassung von Germaine Tillion – die Foltervorwürfe gegen das französische Militär in Algerien.

1960er Jahre

Die CICRC musste 1959 aus finanziellen Gründen eingestellt werden. Seit Anfang der 1960er Jahre arbeitete Rousset als Journalist v.a. für „Le Figaro“ und interviewte Persönlichkeiten wie Gamal Abdel Nasser, König Hassan II. von Marokko und Ernesto Che Guevara.⁴⁸ Ab 1965 unterstützte er als „Linksgaullist“, wegen dessen Dekolonisations- und Algerienpolitik, Staatspräsident Charles de Gaulle. 1968 wurde Rousset Abgeordneter der Nationalversammlung. Während des Wahlkampfes setzte er sich am 8. April 1968 in einem TV-Duell mit dem sozialistischen Oppositionsführer François Mitterrand auseinander.⁴⁹ In den 1970er Jahren beendete Rousset seine journalistische Karriere als „Grand Reporter“ des „Figaro littéraire“ und publizierte mehrere Bücher, darunter eine Autobiografie. Außerdem arbeitete er weiterhin als Kommentator, insbesondere für den Radio-Sender „France-Culture“.

Als Rousset im Dezember 1997 verstarb, erschienen nicht nur in französischen Zeitungen Nachrufe – genannt sei ein längerer Beitrag der KP-nahen „L’humanité“ – sondern auch in den USA (New York Times), Großbritannien (The Independent, The Guardian), Belgien (Le Soir), Spanien (El Pais) und Deutschland (Der Spiegel, Berliner Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung). Anfang Juli 2008 übergaben die drei Söhne Roussets die Manuskripte von „L’univers concentrationnaire“ und „Les jours de notre mort“ der französischen Nationalbibliothek.⁵⁰

1950 fand eine kanadische Provinzzeitung einen treffenden Vergleich für Roussets Gulag-Aufruf: Rousset handele in der besten Tradition des französischen Journalismus – der von Emile Zolas „J’accuse“.⁵¹ Umso mehr erstaunt, dass 2012 – Rousset wäre 100 Jahre alt geworden – nur der Schweizer Radio- und Fernsehsender „RTS“, die in Montevideo erscheinende Zeitung „El Pais“ und der portugiesische Blogger Fernando Couto seine Leistungen würdigten.⁵²

Anmerkungen

- 1 David Rousset: geboren am 18. Januar 1912, gestorben am 13. Dezember 1997; biographische Angaben aus: *Une vie dans le siècle. Fragments d'autobiographie, avec la collaboration d'Emile Copfermann*, Paris 1993; Vorwort von Emile Copfermann zur aktuellen Hachette-Ausgabe von *L'univers concentrationnaire*; Themenheft: David Rousset, *Lignes*, Ausgabe Mai 2000, Editions Léo Scheer, Paris 2000, S.136 f.; De Luna, Giovanni: *Nota Biografica*, in: Rousset, David: *L'universo concentracionario*, Mailand 1997, S.48 – 50; Onfray, Michel: *Im Namen der Freiheit: Leben und Philosophie des Albert Camus*, München 2013, S. 343–348; Nachruf „David Rousset: mort d'un grand témoin“, in: „L'humanité“ vom 15. Dezember 1997; Cingal, Grégory: *L'ouverture des archives de David Rousset. Une contribution à l'étude des totalitarismes*, in: *Le journal de la Bibliothèque de documentation internationale contemporaine* (= BDIC, Paris-Nanterre), Nr. 17, Mai 2007, S. 8 sowie dem Inventarverzeichnis zum Rousset-Nachlass, Signatur: FR BDIC F delta 1880.
- 2 Heute befindet sich an gleicher Stelle das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben.
- 3 Vgl. Stassinopoulos, Costas: *Modern Greeks. Greece in World War II*, Washington 1997, S. 203. Rousset seinerseits erwähnt „Stassi“ mehrfach in: Rousset, David: *Les jours de notre mort*, Paris 1947. – Stassinopoulos hatte in Athen eine Untergrund-Zeitung herausgegeben, Rousset in Paris.
- 4 Dr. Rohmer machte Anfang Juni 1945 Schlagzeilen in Paris, da er von der Presse ausgewählt worden war, um den millionsten Kriegsheimkehrer zu verkörpern. Vgl. „Le millionième rapatrié français arrive aujourd'hui au Bourget“, Flugblatt der *Gouvernement provisoire de la République Française (GPRF)* vom 05.06.1945. Online unter <http://leaflets.unblog.fr/category/3945-tracts-francais/> [Stand: 10.03.2013] – General Gavin wurde Anfang der 1960er Jahre zum US-Botschafter in Frankreich ernannt.
- 5 Rousset hatte mit der Konzeption seines Buches schon in Beendorf begonnen, was die kurze Entstehungszeit von „*L'univers concentrationnaire*“ erklärt. Vgl. Rousset, David: *Les jours de notre mort*, Paris 1947, S.479 (Seitenzählung der Ausgabe von 1973).
- 6 Vgl. Keller, Thomas: *Eugen Kogon und David Rousset – Geteiltes Gedächtnis*, in: Keller, Thomas / Raphael, Freddy (Hrsg.): *Lebensgeschichten, Exil, Migration*, Freiburg 2006, S. 41. S. a. *Nota biografica di Giovanni De Luna*, in: Rousset: *L'universo concentracionario*, S. 48–50; Kurzbiographie von Annette Wieviorka, online unter www.universalis.fr/encyclopedie/david-rousset/ [Stand: 20.12.2012].
- 7 Vgl. Meyer, Ahlrich: „Lager und Judenmord – Was sagt die Zahl nationalsozialistischer Lager über den Holocaust?“, in: *NZZ* vom 09.03.2013: „Der französische Schriftsteller David Rousset [...] war der Erste, der ein Gesamtbild der Lager vermittelte, das die Schwelle des Zeugenberichts überschritt.“; Gmehling, Joachim: *Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus*, in der Zeitschrift „*Der Monat*“, Diss. Hamburg 2010 S. 379: „Der ehemalige Trotzist David Rousset [...] war einer breiten Öffentlichkeit

durch sein 1946 erschienenes Buch *L'univers concentrationnaire* bekannt, in dem er seine Lagererfahrung literarisch verarbeitet hatte. In seiner soziologischen Analyse kam Rousset zu dem Ergebnis, dass die Konzentrationslager ein zentrales Phänomen des totalitären Staates sind.“

- 8 Vgl. Meyer-Minnemann, Klaus: Octavio Paz, David Rousset und das Universum der Straflager in: Ingenschay, Dieter / Knauer, Gabriele / Meyer-Minnemann, Klaus (Hrsg.): *El pasado siglo XX. Homenaje a Hans-Otto Dill*, Berlin 2003; Zwerdling, Alex: on the isolation of the individual, in: Bloom, Harold: *George Orwell's 1984*, New York 2004, S. 68: „'Normal men do not know that everything is possible.' This is a sentence from David Rousset's ground breaking study of concentration camps *L'univers concentrationnaire* (1946) which Hannah Arendt uses as an epigraph in her book *The origins of Totalitarianism* (1951). Rousset's work which Orwell also knew well, is one of the first attempts to describe the nightmare world facism had created in the camps [...]“
- 9 Vgl. Biemel, Walter: Sartre und die Macht, in: de Gennaro, Ivo / Günther, Hans Christian (Hrsg.): *Artists and intellectuals and the requests of power*, Brill Academic Pub 2007, S. 36. – Rousset nutzte den Titel auch für eine Veröffentlichung in den USA: Rousset, David: *The days of our death*, in: *Politics* (Themenheft: French Political Writing), Nr. 4, Juli–August 1947.
- 10 Vgl. *Les Temps Modernes*, Nr. 6, Paris März 1946: „Contient entre autres: [...] Les jours de notre mort (premier fragment), par David Rousset (40 p.). [...] Entre les mains, par Stéphane Hessel (15 p.). La signification de l'affaire Dotkins-Hessel, par David Rousset (5 p.).“
- 11 Vgl. Biemel: Sartre und die Macht, in: de Gennaro / Günther 2007, S. 36; Keller: Eugen Kogon und David Rousset, in: Keller / Raphael 2006, S. 46; Onfray: *Im Namen der Freiheit: Leben und Philosophie des Albert Camus*, S. 345 f.; Meyer-Minnemann: Octavio Paz, David Rousset und das Universum der Straflager, in: Ingenschay / Knauer / Meyer-Minnemann 2003, S. 51 f.
- 12 Vgl. dfi aktuell. Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, Ausgabe 1/2006, S. 4; Plum, Jacqueline: *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1946 – 1955. Jugendpolitik und internationale Begegnung als Impulse für Demokratisierung und Verständigung*, Wiesbaden 2007, S. 167.
- 13 Vgl. *Au secours des déportés dans les camps soviétiques. Un appel de David Rousset aux anciens déportés des camps nazis*, Nachdruck in: *Lignes Mai* 2000, S. 143 – 160. S. a. Judt, Tony: *Past Imperfect: French Intellectuals 1944 – 1956*, New York University 2011, S. 113 f.; Meyer-Minnemann: Octavio Paz, David Rousset und das Universum der Straflager, in: Ingenschay / Knauer / Meyer-Minnemann 2003, S. 47; Onfray 2013, S. 347; Chauvin, Jean-René: *David Rousset et les camps de concentration au Xxe siècle*, in: *Lignes Mai* 2010, S. 90-109, hier: S. 106 f; von Scheliha, Wolfram: *Die sowjetischen Speziallager – ein Symbol des kommunistischen Unrechts in der publizistischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West*

bis zum Bau der Berliner Mauer 1961, in: Haustein, Petra / Kaminsky, Anette / Knigge, Volkhard / Ritscher, Bodo (Hrsg.): Die Sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute, Göttingen 2006, S. 10–29, hier S. 17: „... rief Rousset ehemalige KZ-Insassen dazu auf, eine Kommission zu bilden und die sowjetischen Lager unabhängig und objektiv zu prüfen, da sie allein aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen die erforderliche Expertise dafür besäßen.“

- 14 Vgl. hierzu: Bondy, François: „Russland – ein Kongo mit Raketen“ in: Die Zeit, Nr. 38 vom 14. 09. 1973: „Nun ist Pierre Daix, der heute mit dem Stalinismus ins Gericht geht, 1949 der prominenteste intellektuelle Stalinist gewesen. Damals führte er im Namen von Les Lettres Françaises gegen den Schriftsteller David Rousset einen Prozess. [...] Was Daix in jenem Prozess sagte, bezeichnet er heute selber als „Blödsinn“; er plädiert auf Unwissenheit und ehrliche Überzeugung.“ – S. a. Judt 2011, S. 113 f.; Gmehling 2010, S. 382.
- 15 Daix, Pierre: Pourquoi M. David Rousset a-t-il inventé les camps soviétiques?, Paris 24. 11. 1949. – S. a. Lagrou, Pieter: La Résistance et les conceptions de l'Europe, 1945–1965. Anciens résistants et victimes de la persécution face à la Guerre froide, au problème allemand et à l'intégration européenne, in: CHTP-BEG (Cahiers d'histoire du temps présent / Bijdragen tot de eigentijdse geschiedenis), Belgien, Nr. 2 / 1997, S. 155–197, hier S. 171 f.; Rousset / Copfermann 1993, S. 121.
- 16 Die Überschrift „Les jours de notre vie“ persifliert Roussets Buchtitel. Vgl. Biemel: Sartre und die Macht, in: de Gennaro / Günther 2007, S. 36; Ackermann, Ulrike: Jean-Paul Sartre und die totalitäre Verführung, in: Merkur, Juli-Heft 2005, S. 4 f.; Keller: Eugen Kogon und David Rousset, in: Keller / Raphael 2006, S. 47. – S. a. Onfray 2013, S. 349; Judt 2011, S. 114 und S. 173, Gmehling 2010, S. 380f. sowie den Rousset-Nachruf im „Spiegel“ vom 22.12.1997, Ausgabe 52/1997, S. 194: „Die stalinistische Kommunistische Partei Frankreichs erklärte den linken Antitotalitären daraufhin zu ihrem Todfeind.“
- 17 Vgl. Ackermann: Jean-Paul Sartre, in: Merkur, Juli-Heft 2005, S. 7; „Neigungswinkel nach unten“, Interview mit Martin Meyer zu seinem Buch „Albert Camus. Die Freiheit leben“, in: Weltwoche, 41/2013. Online unter <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2013-41/neigungswinkel-nach-unten-die-weltwoche-ausgabe-412013.html> [Stand: 14. 04. 2014]: „Sartre war zwischenzeitlich ja sogar Stalinist, der Schock kam dann erst 1956 mit dem Einmarsch der Russen in Budapest. Als Camus ihm vorwarf, er spreche nie über die sowjetischen Straflager, antwortete Sartre, genauso schlimm wie die Straflager sei, wie der Westen den Gulag propagandistisch ausschachte.“
- 18 Siehe hierzu den Begleittext des TV-Senders „arte“ zu der am 10. 11. 2009 ausgestrahlten Dokumentation „Viktor Krawtschenko – Die Affäre des moskauhörigen Paris“: „Viktor Krawtschenko war ein sowjetischer Ingenieur und späterer Handelsdiplomate in Washington, der dort 1944 politisches Asyl ersuchte. 1946 veröffentlichte er in den USA seine Autobiografie „I chose Freedom“, in der er die Verbrechen des Sowjetregimes offen legte. Daraufhin verunglimpfte ihn die kulturelle Wochenzeitung der

- Französischen Kommunistischen Partei, „Les Lettres françaises“, als Lügner und westlichen Spion. Krawtschenko strengte 1949 einen Prozess wegen Verleumdung gegen das Blatt an. In einem von Journalisten überfüllten Verhandlungsraum brachte Krawtschenko Zeugen bei, die zum ersten Mal von der Hungersnot in der Ukraine, den Säuberungen und – 15 Jahre vor Solschenizyn – von der Hölle des Gulags berichteten.“ – Wirkungsvollste Zeugin des Klägers in diesem Sensationsprozess war Margarete Buber-Neumann. – Zum Krawtschenko-Prozess s. a. Judt 2011, S. 3 und S. 112 f. und Gmehling 2010, S. 374 f.
- 19 Vgl. Der Spiegel vom 23.02.1950, S. 53.
 - 20 Vgl. Lagrou, Pieter: The legacy of Nazi occupation: patriotic memory and national recovery in Western Europe, 1945–1965, Cambridge University Press 2000, S. 270 f. Im „Patriot Résistant“ wurde Rousset außerdem als „Agent provocateur“ und „führender Anti-Kommunist“ bezeichnet.
 - 21 Vgl. „Rumoerige vergadering te Brussel“, in: De Gooi- en Eemlander – nieuws en advertentieblad, Hilversum vom 02.02.1950; „Demonstratie tegen Rousset in Brussel“, in: De waarheid vom 03.02.1950. (Alle aufgeführten niederländischen Zeitungsartikel stammen aus dem Online-Zeitungsarchiv der Königlichen Bibliothek in Den Haag.) – S. a. Rothenburg, Franz: „UdSSR: Mörderin und doch Mutter?“ in: Die Zeit, Nr. 3 vom 18.01.1951: „Natürlich hat die kommunistische Weltpresse Gift und Galle gespien, hat Rousset als von Amerika besoldeten Kriegshetzer bezeichnet, hat seine Zeugen in den tiefsten Schmutz zu ziehen versucht und sogar die Richter bezichtigt, vom Ausland bestochen zu sein.“
 - 22 Vgl. „Commissie tegen regiem der concentratiekampen – David Rousset strijdt tegen onmenselijkheid“, in: Het vrije volk – democratisch-socialistisch dagblad vom 28.12.1950.
 - 23 Vgl. Ackermann, Ulrike: Antitotalitäre Traditionen im Kulturvergleich. Ein deutsch-französischer Intellektuellenstreit, Diss. Gießen 1999, S. 54 f.; s. a. Gmehling 2010, S. 379. – Rousset selbst hatte übrigens dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter 1949 in Lausanne die Abhaltung des Kongresses in Berlin vorgeschlagen. Vgl. „Gegenoffensive des Geistes“, in: Die Zeit, Nr. 27 vom 06.07.1950.
 - 24 „Les Lettres Françaises opnieuw gedaagd – Terzake van de Russische concentratiekampen“, in: De Gooi- en Eemlander – nieuws- en advertentieblad vom 25.11.1950. (Übersetzung)
 - 25 Zum Prozessverlauf: Wimmer, Michael: Julij Borisovič Margolin. Überleben ist alles, Diplomarbeit der Universität Wien, Wien 2010, S. 79–87. – S. a. Ackermann 1999, S. 67; Gmehling 2010, S. 384 f.
 - 26 Zunächst noch als General an der Frunse-Akademie tätig, wurde Gonzalez zu drei Jahren Straflager verurteilt und beim Bau der Moskauer U-Bahn eingesetzt. Nach seiner Flucht in den Iran wurde er an die UdSSR ausgeliefert und nach Workuta deportiert. S. a. General El Campesino (Valentin Gonzalez): Die große Illusion. Von Madrid nach Moskau, Köln 1951; „Als Abenteurer durch die Hölle. El Campesino – eine Fußnote der Geschichte“, in: Die Zeit, Nr. 47 vom 16.11.1979.

- 27 „Communists: The Deepest Disillusionement“, in: Time Magazine vom 22.01.1951 (Übersetzung). – Margolin war allerdings kein Student, sondern Doktor der Philosophie und 50 Jahre alt. Vgl. „Voyage au pays de Ze-Ka“ de Julius Margolin, une voix dans la prison du peuple, Buchbesprechung zur Reedition, in: Le Monde des Livres vom 18. 11. 2010. Seit kurzem auch auf deutsch: Margolin, Julius: Reise in das Land der Lager, Berlin 2013.
- 28 Vgl. Chauvin, David Rousset et les camps de concentration, in: Lignes Mai 2010, S. 107 f.; Manès Sperber beschrieb Czapskis Auftritt vor Gericht im Vorwort von Czapski, Josef: Unmenschliche Erde, Köln 1967, S. 12. – S. a. Lipper, Elinor: Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich o. J.
- 29 Vgl. Horvath, Krisztina / Maar, Judit: Camus de l'autre coté de Mur. Réceptions de l'œuvre camusienne, Paris 2014, S. 112 f. – Mauriac hatte bereits am 14.11.1949 im Figaro Roussets Appell unterstützt. Vgl. David Rousset und die „Internationale Kommission gegen das Konzentrationslagerregime“, in: Morsch, Günter / Reich, Ines (Hrsg.): Sowjetisches Speziallager Nr. 7 / Nr. 1 in Sachsenhausen (1945 – 1950). Katalog der Ausstellung in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Berlin 2005, S. 441 – 443.
- 30 Sie verwendeten allerdings den Begriff „Reklameprozess“. Vgl. „Parijse processen – 500 Francs voor Claude Morgan“ in: Limburgsch dagblad vom 15. 12. 1950; „Zonder schorsing“, in: Limburgsch dagblad, Heerlen, 12. 1. 1951. S. a. Gmehling, S. 381.
- 31 „Een nieuw „Kravchenko“-proces – Russische wetten zijn slechts dekmantel voor misdaden“, in: De Gooi- en Eemlander – nieuws- en advertentieblad vom 14. 12. 1950. – S. a. Rousset / Copfermann 1993, S. 114 f.; Gmehling 2010, S. 379; Meyer-Minnemann: Octavio Paz, David Rousset und das Universum der Straflager, in: Ingenschay / Knauer / Meyer-Minnemann 2003, S. 47ff.; Commission Internationale contre le Régime Concentrationnaire: Livre Blanc sur les Camps de Concentration Soviétiques, Brüssel 1951, S. 213 ff.
- 32 Vgl. Rothenburg: „UdSSR: Mörderin und doch Mutter?“ in: Die Zeit, Nr. 3 vom 18.01.1951. – S. a. Gmehling 2010, S. 385.
- 33 Rousset, David / Bernard, Théo / Rosenthal, Gérard (Hrsg.): Pour la vérité sur les camps concentrationnaires. Paris 1951. S. a. die Dokumentation: Le Procès des camps de concentration soviétiques, Supplément au Bulletin d'Etudes et d'Informations Politiques Internationales, Nr. 16, Paris Januar 1951.
- 34 Zwei Beispiele: Wimmer 2010, S. 78: „Innerhalb eines halben Jahres nach Gründung der Kommission, wurden nicht weniger als 2.000 Artikel zu Rousset in Frankreich, Belgien und der Schweiz veröffentlicht.“ – Im Online-Zeitungsarchiv der Königlichen Bibliothek in Den Haag, Niederlande, fanden sich rund 100 Einträge zu Rousset (ohne Dubletten). – S. a. Rousset / Copfermann 1993, S. 123, Fußnote 1.
- 35 Der Monat 1949, S. 153, zitiert nach: Gmehling 2010, S. 375.
- 36 Vgl. Vannahme, Joachim Fritz: „Zwischen Gulag und Galapagos“, in: Die Zeit, Nr. 30 vom 19. 07. 1991: „Die

- meisten Intellektuellen in Paris bestritten damals die Existenz der Lager schlangweg. Der Kunstkritiker, Kommunist und Picasso-Freund Pierre Daix etwa verstieg sich zu der Behauptung, die Lager dienten nur der sozialistischen Erziehung und „ehren die Sowjetunion“; heute wirft sich Daix, [der nach Mauthausen deportiert worden war A.d.A.] vor, er habe den Henkern des Gulag zugearbeitet.“ – S. a. Gmehling 2010, S. 379 f. und S. 386; Judt 2011, S. 113 ff. sowie Roussets Nachruf in der New York Times vom 22. 12. 1997: „But many of France's postwar intellectuals belonged to the French Communist Party, and they refused to see the Gulag as the logical consequence of totalitarianism.“
- 37 Die Analyse und Bewertung der gegensätzlichen Positionen der zwei Protagonisten füllt inzwischen ganze Bücherschränke und wurde auch aus aktuellem Anlass – dem 100. Geburtstag von Camus – wieder diskutiert. Ein Beispiel: Sartre contra Camus „Er bewunderte ihn – und wollte ihn verletzen“, in: FAZ vom 01. 11. 2013: „Der Bruch mit Camus steht am Anfang der Phase, in der Sartre sich den Kommunisten und der Sowjetunion vor allem deshalb annähert, weil er der militärisch unterlegenen Sowjetunion ein größeres Interesse an der Erhaltung des Friedens zuspricht, eine Phase, die vier Jahre dauert, von 1952 bis 1956.“ – Zu Camus' Haltung siehe Onfray 2013, S. 348 ff.; Horvath / Maar 2014, S. 112 f.
- 38 Vgl. Ackermann 1999, S. 54; Ackermann, Ulrike: Jean-Paul Sartre, in: Merkur Juli-Heft 2005, S. 5; Gmehling 2010, S.386; von Scheliha: Die sowjetischen Speziallager, in: Hausteil / Kaminsky / Knigge / Ritscher 2006, S. 24: „Mitunterzeichner waren mehrere US-Senatoren und Gouverneure sowie andere Prominente, darunter Senator Fulbright, Thornton Wilder, Gary Cooper und Ronald Reagan.“ – S. a. „Soviet Labour Camps Inquiry demand“, in: The Glasgow Herald vom 01. 03. 1950: „[...] the International Rescue Committee began today by publishing a full-page advertisement in the „New York Times“ a campaign asking for 1.000.000 American signatures behind the appeal of David Rousset, the french journalist, for an international commission of inquiry into the Soviet concentration camp system.“
- 39 Martin-Chauffier war in Neuengamme und Bergen-Belsen gewesen, Cayrol in Mauthausen-Gusen, Roure in Buchenwald, Roure hatte zudem seine Frau in Ravensbrück verloren. – S. a. Judt 2001, S. 114.
- 40 Weitere ehemalige KZ-Häftlinge in der CICRC waren u. a. der Exilspanier José Ester Borrás (Mauthausen), die Norwegerin Lise Børsum (Ravensbrück), der Niederländer Karel van Staal (Buchenwald), der Belgier Georges André (u. a. Dora, Ellrich) sowie aus Deutschland die früheren Zentrumspolitiker Franz Ballhorn und Peter Lütches (beide Sachsenhausen). – Außerdem der niederländische Anwalt B. W. Stomps, 1933 Verteidiger von Marinus van der Lubbe; Stomps leitete die Untersuchungskommission zu Griechenland.
- 41 Vgl. Wimmer 2010, S. 79. – S. a. „Plea for Prisoners“, in: The Washington Reporter vom 23. 11. 1949: „David Rousset ...stages rally in Paris in his one-man crusade for investigation of Soviet prison and work camps. Rousset, a famed french writer, intends to carry his campaign to the UN.“
- 42 Vgl. Radetzka, Olga: Der einsame Zeuge, in: Margolin 2013, S. 620–629, hier: S. 626; Rousset / Copfer-

mann 1993, S. 132 f. – Vertreten wurde die CICRC bei den Vereinten Nationen durch Théo Bernard. – Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Beurteilung durch den französischen Rousset-Experten Todorov: „Rousset had unwittingly invented the idea of NGOs (nongovernmental organisations), which bring pressure to bear on governments by mobilizing public opinion, while remaining entirely outside of official structures. [...] What Rousset built was something like a forerunner of Amnesty International ...“ Todorov, Tzvetan: *Hope and Memory: Lessons from the Twentieth Century*, Princeton University Press, 2003, S. 149 f.

- 43 „Communists: Buchenwald to Kolyma“, in: *Time Magazine* vom 11.6.1951 (Übersetzung). – Den Vorsitz hatte Prof. Alfred Balachowsky, der seinerzeit in Buchenwald ebenfalls an der Rettung Stéphane Hessels beteiligt gewesen war.
- 44 Vgl. Lagrou 2000, S. 270f.; Wimmer 2010, S. 78; Chauvin: *David Rousset et les camps de concentration*, in: *Lignes Mai* 2010, S. 107f.
- 45 Vgl. Rousset, David: *Nous avons arraché des milliers d'hommes à l'enfer des camps* [Wir haben Tausende der Hölle der Lager entrissen – Ü. d. A.], Nachdruck in: *Lignes Mai* 2000, S. 173: „Die Internationale Kommission gegen Konzentrationslagersysteme, unterstützt von der öffentlichen Meinung, benötigte nur sechs Jahre, um über die Herren der Lager einen nie da gewesenen moralischen Sieg zu erringen.“ (Übersetzung).
- 46 Vgl. Rousset, David: *Le silence n'est plus tolerable* [Das Schweigen ist nicht mehr zu ertragen – Ü. d. A.] (1956), Nachdruck in: *Lignes Mai* 2000, S. 183–191; Rousset, David: *Notre impuissance est devenue angoisse* [Unsere Machtlosigkeit ist beängstigend – Ü. d. A.] (*Le Figaro* vom 15. 12. 1956), in: *Lignes Mai* 2000, S. 192–194. – S. a. Ackermann, Jean-Paul Sartre, in: *Merkur* Juli-Heft 2005, S. 10; Ackermann 1999, S. 55, Fußnote 47: „David Rousset war bis zu seinem Tode 1997 eine der zentralen Figuren der Pariser antitotalitären Intelligenz. [...] Er zählte auch 1956 zu den wichtigsten Organisatoren des Protestes gegen die Niederschlagung der Ungarischen Revolution. Im Dezember 1981, anlässlich der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, war er unter den ersten, die heftig protestierten.“
- 47 Vgl. „Gedwongen arbeid in Peking-China“, in: *Java-bode – nieuws, handels- en advertentieblad voor Nederlandsch-Indie* vom 05. 05. 1956; „In communistisch China en Indonesië: Onderzoekingen inzake concentratiekampen“, in: *Friese koerier – onafhankelijk dagblad voor Friesland en aangrenzende gebieden* vom 05. 06. 1956.
- 48 Vgl. Nachruf: „David Rousset: mort d'un grand témoin“, in: *L'humanité* vom 15. 12. 1997. – S. a. „Rousset n'est plus“, Nachruf in: *Le Soir* vom 15.12.1997: „Der am Samstag in Paris im Alter von 85 Jahren verstorbene David Rousset durchquerte das Jahrhundert als Ankläger aller Totalitarismen. Er war einer der ersten in Frankreich, der in den 50er Jahren die Existenz des Gulag publik machte; er traf die großen Revolutions-

- fürher von Ho Chi Minh bis Ben Barka und nebenbei Castro und Che Guevara [...] (AFP).“ (Übersetzung).
- 49 „Mitterrand: La gauche peut gagner la présidentielle!“, in: *Nouvel Observateur*, 1968. Online unter <http://tempsreel.nouvelobs.com/le-quotidien-de-1968/20080401.OBS7712/mitterrand-la-gauche-peut-gagner-la-presidentielle.html> [Stand: 13.05.2012].
- 50 Vgl. Communiqué de presse, Bibliothèque nationale de France, 10.07.2008. Online unter http://www.bnf.fr/documents/cp_rousset.pdf [Stand: 19.08.2009].
- 51 Vgl. „The ‘Appeal to Humanity’“, in: *Saskatoon Star Phoenix*, 07.03.1950. – Diese Analogie lag offensichtlich auf der Hand. Zwei Beispiele: „David Rousset accuse“, in: *Esprit*, Nr. 12 vom 01.12.1949; „El campesino accuse au procès de David Rousset“, in: *Franc Tireur*, Nr. 1986 vom 16.12.1950. S. a. Gmehling 2010, S. 378.
- 52 Vgl. La délation. Autour de David Rousset. Zwei Sendungen in der RTS-Sendereihe „Histoire Vivante“, 31.01. und 01.02.2012; Alvarez, Luciano: Rousset: Verdad y justicia, 11.02.2012, online unter <http://historico.elpais.com.uy/120211/predit-623906/editorial/Rousset-Verdad-y-justicia/> [Stand: 30.1.2013]; Couto, Fernando: La conscience humaniste de David Rousset, 27.04.2012, online unter http://laplumedissidente.blogspot.de/2012_04_01_archive.html [Stand: 22.01.2013].

Die vergessene Kontrolle an der innerdeutschen Grenze: Zur Geschichte der Grenzkontrollstelle in Helmstedt¹

Benedikt Einert

Angesichts der medialen Aufmerksamkeit, die die Geschichte der deutschen Teilung hat und eingedenk der umfangreichen Forschungsliteratur zu diesem Thema mag es doch verwundern, dass der themen- und geschichtenreiche Komplex „Die alte Bundesrepublik und ihre Grenze zur DDR“ ein bislang weitgehend unbestelltes Forschungsfeld ist. Sichtbar wird dieser blinde Fleck der historischen Forschung und des öffentlichen Interesses jedem, der auf der Bundesautobahn 2 an der Grenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt erst Helmstedt und dann Marienborn passiert. Zwei unüblich rasch aufeinander folgende Rastplätze – Lappwald und Marienborn – lassen die heutige gesamtdeutsche „Generation Grenzenlos“, dank ihrer späten Geburt, höchstens noch stützen.

Wenige Meter weiter, unmittelbar an der Autobahn, lädt die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn dazu ein, die übrig gebliebenen Anlagen der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn der DDR zu besichtigen und sich die monströsen Folgen der Jahrzehnte währenden deutschen Teilung zu vergegenwärtigen.

Doch die Millionen Deutschen, West- und Osteuropäern noch wohlbekannte Grenzpassage an diesem Nadelöhr im Eisernen Vorhang bestand – naturgemäß – aus der Durchquerung von zwei Grenzübergängen.

Vor der Abfertigung an der Grenzübergangsstelle Marienborn, die mittlerweile zum Symbol schlechthin für den Charakter des DDR-Grenzregimes geworden ist, stand für Reisende aus und nach Westdeutschland bzw. Berlin ein durchaus ähnliches Prozedere an der Grenzkontrollstelle (GreKo) Helmstedt: Wer nach der Kontrolle in Marienborn erleichtert war, wieder bundesrepublikanischen Boden unter Rädern und Füßen zu spüren, musste sich vor der Weiterfahrt erst an der Grenzkontrollstelle einer weiteren Sichtung und eventuell auch Befragung durch Angehörige des Bundesgrenzschutzes stellen.

Die im Nachhinein als „Architektur des Schreckens“ verdammt Kontrollanlagen auf ostdeutscher Seite hatten ihr Pendant in Helmstedt. Dort gab es ebenfalls Fahndungs-



Grenzkontrollstelle Helmstedt im November 1989

bücher, Kontrollgespräche im typischen Tonfall skeptischer Kontrolleure, in diesem Fall BGS-Beamter, sowie obligatorische Warteschlangen. Wer Baupläne der letzten Ausbaustufen von der Grenzübergangsstelle in Marienborn und der Grenzkontrollstelle in Helmstedt vergleicht oder auch Luftbilder betrachtet, kann grundlegende Ähnlichkeiten erkennen, ohne in die Materie von grenzpolizeilichen Erfordernissen tiefer eintauchen zu müssen.

Davon abgesehen bleibt aber ein bedeutender Unterschied augenfällig: Sichtblende, Streckmetallzaun und Betonwachtürme und diverse andere Sperrelemente sicherten nur in *einem* der beiden deutschen Staaten die Grenze und die Umgebung der Übergangsstelle, nämlich in der DDR.

Der allgegenwärtige Kommandoturm der DDR-Grenzbefestigungen ist Teil der Musealisierung auf dem Gedenkstättenengelände in Marienborn – und lässt so keinen Zweifel am Überwachungscharakter dieses Ortes aufkommen. Die Suche nach Überresten der Grenzkontrollstelle Helmstedt gestaltet sich viel schwieriger und wird zu großen Teilen vergeblich bleiben.

Der eigentliche Grenzübergang – so könnte man an den ehemaligen Orten des Geschehens annehmen – fand scheinbar vornehmlich dort statt, wo den Bundes-

bürgern Zugang zum Territorium der DDR gewährt wurde, nämlich an der „Schleuse“ Marienborn.

Dazu passt der Befund, dass die Geschichte der innerdeutschen Grenze sowohl im kollektiven Gedächtnis der alten Bundesrepublik als auch in den öffentlichen Erinnerungsdiskursen nach der Wiedervereinigung vor allem der DDR-Geschichte zugeschlagen wird.² Nicht zufällig führt Martin Sabrow Marienborn als ostdeutschen Erinnerungsort³ auf, obwohl die Passageerfahrung ja eine primär westdeutsche ist. Überhaupt findet fast jede Erwähnung des Grenzübergangs an der Autobahn zwischen Hannover und Berlin in Literatur, Essayistik oder Presse ihr Sinnbild im Begriff Marienborn. Der Historiker Karl Schlögel spricht sogar von der „Generation Marienborn“⁴ und meint damit die westdeutsche Meistererzählung rund um einen „Empfindungskomplex“⁵, aufgeladen mit allen Spannungen, Befindlichkeiten und Vorurteilen des deutsch-deutschen Verhältnisses.

Darüber hinaus leistet sich die zeitgeschichtliche Grenzforschung durch ihre nahezu ausschließliche Konzentration auf die DDR und ihre Institutionen und der fast völligen Vernachlässigung westdeutscher Perspektiven einen blinden Fleck, was bedauerlich ist. Eine Perspektivweiterung zu einer Parallelgeschichte des Grenzdienstes beider deutscher Staaten könnte ein Korrektiv zu den dominierenden Erzählkonstanten der deutsch-deutschen Geschichte bilden. In diesem Sinne ist der folgende kurze Überblick der Geschichte der Helmstedter Grenzkontrollstelle zu verstehen.

Nicht nur die Geschichte westdeutscher Perspektiven auf die innerdeutsche Grenze ist ein Forschungsdesiderat, auch die behördliche Organisation der Grenzsicherung West ist bisher nicht beschrieben; die wechselvolle Geschichte des Bundesgrenzschutzes ist weder strukturell noch in Einzelaspekten erforscht.⁶ Dabei gehören die Grenzbeamten seit 1951 zum bundesrepublikanischen Alltag. Sie kontrollierten die westdeutschen Grenzen, an den Grenzübergängen und wurden seit den 1970er Jahren auch im Inland eingesetzt. Reisende nach Frankreich, Dänemark, in die Niederlande oder die Schweiz wurden von Beamten des Bundesgrenzschutzes formal nach den selben Vorschriften abgefertigt, wie durch ihre Kollegen an der innerdeutschen Grenze. Dennoch unterschied sich der Grenzdienst in vielen Aspekten, ganz besonders in der Frühphase des Grenzschutzes.

Nach hochgradig kontroversen Debatten verabschiedete der Bundestag 1951 das I. Bundesgrenzschutzgesetz, das die Aufstellung einer Grenzschutzbehörde

des Bundes vorsah, ausgestattet mit einer Anfangsstärke von 10.000 Beamten. Dabei stieß das Konzept der Bundesregierung, den BGS als quasimilitärische, kasernierte, bewaffnete und motorisierte Polizei des Bundes in einer Tiefe von 30 – 40 Kilometern hinter der Grenze zu postieren, auf heftigen Widerstand der Opposition. Nicht ganz grundlos sah man hierin einen ersten Schritt zur Aufrüstung der Bundesrepublik unter Umgehung grundgesetzlicher Vorgaben. Für die Bundesregierung aber war klar, dass die Grenzen der jungen Bundesrepublik gegen kommunistische Übergriffe durch Provokateure, Saboteure und Infiltrationen geschützt werden musste.⁷ Bei diesem sehr besonderen und nur vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges und des heraufziehenden Kalten Krieges zu verstehenden Sicherheitsverständnis ging es jedoch weniger um einen objektiv vorhandenen als vielmehr um einen empfundenen Notstand – und zugleich um ein politisch möglichst fruchtbar zu machendes Bedrohungsgefühl. Entsprechend geprägt war der Wortgebrauch in der Aufstellungsdebatte, aber auch im frühen Dienstalltag, beispielsweise in Gesetzen, Anweisungen, Berichten oder auch Aufklärungsmaterialien, wo man bereitwillig auf Bilder aus der antikommunistischen Propaganda zurückgriff. Für die Tätigkeit und das Selbstverständnis des BGS in den 1950er Jahren war das politische Klima dieser Zeit fundamental. Der Hauptteil der neu aufgestellten BGS-Kräfte entfiel demgemäß auf die Grenzschutz-Verbände, deren primäre Aufgabe die Grenzsicherung und -verteidigung waren, entsprechende Ausrüstung inklusive. Bis zur Aufstellung der Bundeswehr 1955 muss in der öffentlichen Wahrnehmung der Unterschied zwischen dem BGS als Bundespolizei und Armee zur Landesverteidigung marginal gewesen sein. Neben eigentlich militärischen Aufgaben fiel auch die ständige Aufklärung der Grenzlage durch den sogenannten „Grenzstreifendienst“ in das Aufgabenportfolio der Verbände. Aus Sicht der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden fungierten die Grenzstreifen als Augen und Ohren an der Demarkationslinie. Infrastrukturelle Neuerungen an den Grenzanlagen, auffällige Verhaltensänderungen der DDR-Grenzorgane, nicht zuletzt Informationen aus erster Hand wie Aussagen von Grenzgängern und Übersiedlern boten wichtige Indizien, aus denen sich die bundesdeutschen Erkenntnisse zur Lage an der innerdeutschen Grenze immer wieder neu zusammensetzten. Die restlichen Beamten entfielen auf den Grenzschutzeinzeldienst (GSE), der unmittelbar an den Grenzübergängen postiert und für die „Passnachschau“,

also Kontrolle von Personaldokumenten und Sichtvermerken (Visa) bei Ein- und Ausreise zuständig war.

Bis zum Beginn der 1950er Jahre wuchs der am 1. Juli 1945 von den Westalliierten und Sowjets errichtete erste Grenzkontrollpunkt an der Autobahn in Helmstedt zum Doppelkontrollpunkt Helmstedt-Marienborn heran; in der SBZ (später DDR) die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn und auf westdeutscher Seite die Grenzkontrollstelle (GreKo) Helmstedt, mit der sogenannten Grenzschutzstelle (GSSt) Helmstedt-Autobahn als Dienststelle des Grenzschutzeinzeldienstes. Deren Beamte waren zuständig für die grenzpolizeilichen Belange. Diese Aufgaben verloren dabei nicht so schnell das Gepräge eines ständig schwelenden Grenzkonflikts. 1959 fürchtete man in der Helmstedter Grenzschutzstelle beispielsweise immer noch Infiltrationsversuche: „Soweit sie [die Demarkationslinie] nicht durch die neuen hohen Drahtzäune von der SBZ her abgesichert ist, befindet sich nur ein einfacher Drahtzaun in Kniehöhe. Es besteht somit jederzeit die Möglichkeit, über diese Stellen Agenten und Sabotagetrupps in die BRep. einzuschleusen. [...] Aufgrund der knappen Personalbesetzung der Dienststelle ist die Kontrollstelle selbst eine Gefahrenstelle.“⁸

Inwiefern das durch solche Berichte eindeutig dokumentierte Bedrohungsgefühl auch einer realen Gefahrenlage entsprach, ist schwer zu beurteilen. Einschleusungen von Spionen oder Propagandamaterial gehörten phasenweise sicherlich zu den Alltagslichkeiten dieses Systemkonflikts – was man sich übrigens gegenseitig immer wieder in identischem Tonfall vorwarf.⁹ Hätte sich der Kalte Krieg an der Demarkationslinie plötzlich aufgeheizt, hätte der Bundesgrenzschutz, erst recht der GSE, einem Angriff wenig entgegen zu setzen gehabt.

Bereits 1959 ging der Grenzschutz von einer großen personellen Überlegenheit von Grenzsicherungskräften der DDR am gut gesicherten und ausgebauten Grenzübergang Marienborn aus. Laut dieser Selbsteinschätzung sollten einem GSE-Beamten 22 Grenzsicherungskräfte der DDR gegenüberstehen, einem Zollbeamten auf Helmstedter Seite 121 DDR-Zöllner und einem Polizisten des Helmstedter Reviers 15 Volkspolizisten.¹⁰ Angesichts einer durchschnittlichen Schichtstärke von acht bis neun Beamten auf Seiten des GSE in Helmstedt und des Wissens um den Aufwand, den die DDR zur Sicherung ihrer Grenze betrieb, ist diese Vorstellung der personellen Überlegenheit der

DDR-Grenzorgane keinesfalls unrealistisch gewesen. In Aufklärungsberichten erfuhren die westdeutschen Beamten in Helmstedt zudem, dass den NVA-Grenztruppen, Ersatzkompanien sowie Zoll mit geschätzten 350 Mann auf DDR-Seite nicht nur zahlenmäßig, sondern auch seitens der Ausrüstung kaum etwas entgegen zu setzen gewesen wäre. Zählte ein Bericht für die gegnerische Seite Maschinenpistolen und -gewehre, Granatwerfer und Schützenpanzerwagen auf, so blieben für die maximal 70 – 75 Mann umfassende Mannschaft des GreKo Helmstedt von BGS-Einzeldienst, Zoll und Polizei sieben Pistolen und Stahlruten zu verzeichnen.¹¹ Außerdem waren die Angehörigen der BGS-Verbände nicht in Helmstedt stationiert und die Routen der von Braunschweig aus patrouillierenden Grenzstreifen führten zwar regelmäßig, aber nicht sehr häufig auch zur Grenzschutzstelle.

Eine der Hauptaufgaben des Grenzschutzeinzeldienstes neben der grenzpolizeilichen Kontrolle war die Sammlung und Auswertung von Informationen. Diese wurden zum Teil systematisch erfasst und teilweise von den Beamten des GSE zufällig erworben. An der Grenzkontrollstelle Helmstedt ließen sich bei auskunftsfreudigen Reisenden z.T. auch militärisch verwertbare Informationen abschöpfen. Die DDR-Reisenden berichteten ihnen über das, was sie am eigenen Leib bei der Kontrolle erlebt hatten. So erfuhren sie noch vor anderen westdeutschen Behörden beispielsweise von Änderungen der Ein- und Ausreisebedingungen. Ab 1973 erlangte der Reisende als Informationsquelle seine ganze Bedeutung, nachdem der Strom der Helmstedt durchquerenden Reisenden Jahr für Jahr answoll.

Deutlich umfangreicher waren die Möglichkeiten zur Informationsgewinnung an Bahnstrecken, die zwischen der DDR und der Bundesrepublik gelegen waren. GSE-Beamte der Grenzschutzstelle Helmstedt-Bahnhof kontrollierten Reisende in den wartenden Zügen oder auf den letzten in Westdeutschland gelegenen Streckenabschnitten, noch bevor der Zug hinter Helmstedt die Grenze passierte. Die Zahl der Reisenden war begrenzt und die Chance auf ausführlichere Gespräche zur Informationsgewinnung groß. Das Bedürfnis des Informations- und Erfahrungsaustausch nach dem Grenzübertritt war durchaus beidseitig.

Für den GSE bestand seit seiner Gründung die Anweisung, in Kontrollgesprächen gezielt auf die Preisgabe von Beobachtungen und Auskünften hinzuwirken, allerdings

ohne Druck auf die Befragten auszuüben. Reisende waren bei der Kontrolle verpflichtet, ihre Reise- und Personaldokumente auszuhändigen und Fragen nach dem Zielort sowie teilweise nach dem Aufenthaltsgrund zu beantworten. Eine darüber hinausgehende Auskunftspflicht bestand nicht.

Andersherum suchten westdeutsche Reisende auf dem Rückweg aus der DDR häufig selbst das Gespräch, um ihre Erlebnisse weiterzugeben – sei es aus Patriotismus oder weil sie sich mit ihrer Empörung über empfundene Schikanen durch die DDR-Behörden hilfesuchend an die eigene Staatsmacht wandten. Die so gewonnenen Erkenntnisse waren beträchtlich: In den Unterlagen der Bahnhofsdienststellen im Bereich des Grenzschutzamtes Braunschweig finden sich Berichte über Truppenverlegungen der NVA, anstehende Militärmanöver, Auszüge aus den DDR-Medien, Informationen über innere Unruhen wie Streiks, Beschwerden über Lebensmittelknappheit und -preise oder langsam in der DDR-Bevölkerung bekanntwerdendes Wissen um internationale Lagen, die der offiziellen Berichterstattung widersprachen. Profiteure der GSE-Berichte waren die westdeutschen Sicherheitsbehörden und Geheimdienste. Nach der Sammlung im Grenzschutzamt, also der übergeordneten Dienststelle der Grenzschutzstellen, wurden die Berichte per monatlichem Verteiler oder bei Dringlichkeit auch sofort an die Grenzschutzdirektion, das Bundesamt für Verfassungsschutz, die entsprechenden Landesämter, das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter, Bundesnachrichtendienst und Militärischen Abschirmdienst weitergeleitet. Falls nötig wurden sie von dort an alle weiteren Behörden gegeben, die ebenfalls von den Erkenntnissen des GSE profitieren wollten und durften. Auch wenn sich viele Informationen natürlich nicht einfach verifizieren ließen, halfen sie den zuständigen Behörden dabei, ein aussagekräftiges Lagebild zusammenzusetzen. Der GSE war für diese Aufgabe ein unverzichtbares Instrument, weil er jährlich hunderttausende, spätestens nach dem Transitabkommen sogar Millionen Reisende befragen konnte. Selbst wenn nur ein Bruchteil der Befragten tatsächlich relevante Informationen liefern konnten oder wollten, war der Grenzschutzeinzeldienst ein Seismograph, der selbst kleinste Erschütterungen im Innenleben der DDR oder im deutsch-deutschen Verhältnis feststellen konnte.

Als sich mit der Neuen Ostpolitik der Regierung Brandt die deutsch-deutschen Beziehungen langsam in einen „geregelten Ausnahmezustand“ überführen ließen, änderten

sich die Aufgaben des Grenzschutzes. Der Vollzug des Transitabkommens, den man im Kontext der sich auf unterschiedlichen Ebenen vollziehenden und auswirkenden Annäherungsbewegung zwischen den beiden deutschen Staaten betrachten muss, bildete für die Beamten an den Grenzschutzstellen sicherlich die größte Zäsur in ihren bisherigen Dienstalltag.

Trotz der politischen Annäherung der beiden deutschen Staaten verlor die innerdeutsche Grenze bis 1989 ihre Brisanz: Ihre Bedeutung wurde weder in der Topographie Europas noch in der Arbeit der Grenzschützer, in ihren Verbänden und im Einzeldienst nie aus den Augen verloren. In der täglichen Arbeit trat sie jedoch hinter die neuen An- und Herausforderungen zurück, welche die veränderte politische Lage sowie der ansteigende Reiseverkehr mit millionenfachen Grenzübertritten pro Jahr mit sich brachten.¹² Man zitterte in Helmstedt nicht mehr vor der Gefahr einfallender DDR-Grenztruppen. Auch dienstlich war man nicht in der Lage, den Gegnern auf der anderen Seite des Zaunes viel Aufmerksamkeit zu widmen. Anstelle von Spionen aus der DDR mussten nun illegale Ausländer, RAF-Terroristen oder Gorleben-Flugblätter aus dem Verkehr gezogen werden.

Kurz: Im Zuge der internationalen Entspannungspolitik der 1970er Jahre hatte sich der Dienst an der Grenze ebenso verändert, wie die beiden deutschen Teilstaaten und ganz Europa sich verändert hatten. Nicht mehr Abschreckung und Kriegserwartung bestimmten in starkem Maße den Dienstalltag sondern Verkehrs- und Reiseströme. In der Infrastruktur der nun immer weiter ausgebauten Grenzübergänge wird das ganz offensichtlich. Sowohl der „pervertierte Großstadtbetrieb“¹³ von Marienborn, wie der Autor Hans Pleschinski ihn nennt, als auch sein annähernd vergessenes und verschwundenes Pendant auf Helmstedter Seite sind nicht nur als Folgen der verhärteten Fronten im Ost-West-Konflikt, sondern auch als Symbole der deutsch-deutschen Annäherung und „Normalisierungsbestrebungen“ zu betrachten.

Das Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR hatte das Ziel, die Reisemöglichkeiten für die Bundesbürger über die innerdeutsche Grenze zu verbessern und die Zahl der Grenzüberschreitungen zu steigern.

Das Bundesministerium für Finanzen erteilte noch am Tag des Vertragsschlusses einen Planungsauftrag für den baldigen Ausbau der Grenzkontrollstelle Helmstedt. Man erwartete aufgrund der neu geschlossenen Verträge ab Juni 1972 ein stark steigendes Verkehrsaufkommen, dem mit einer umfangreichen Erweiterung der Abfertigungsanla-

gen von Zoll und GSE begegnet werden sollte. Für den bald anrollenden Transitverkehr sollten gar ganz neue Anlagen gebaut werden. An diesem, „Berlin-Bahnhof“ genannten, Komplex konnten zukünftig LKW auf zwölf Fahrspuren gleichzeitig kontrolliert und abgefertigt werden. Um Platz für den Neubau zu schaffen, musste eine Reihe von Gebäuden weichen – darunter auch die bekannte Raststätte „Waldkater“. Für die erwarteten Millionen von Reisenden sollte die Abfertigung professionalisiert und die räumlichen Kapazitäten gesteigert werden.

Nach den Bauarbeiten war die massiv erweiterte Grenzkontrollstelle kaum wieder zu erkennen. Doch auf die neuen Herausforderungen im Dienstatlag folgte Kompetenzgerangel hinter den Fassaden der westdeutschen Neubauten. Die Wenigsten ahnten trotz oder gerade wegen des nicht mehr abreißenden Stroms von Reisenden kaum etwas davon.

Zur Baugeschichte der Grenzkontrollstelle Helmstedt

In den ersten zwei Jahrzehnten der deutschen Teilung hatten den Beamten von GSE und Zoll kleine Holzhütten auf dem Mittelstreifen zwischen den Fahrbahnen von Ein- und Ausreisepur genügen müssen. Die Kontrollen der Papiere sollten theoretisch durch die Fenster dieser Hütten vorgenommen werden. Weil eine Sichtkontrolle jedoch besser aus der Nähe erfolgte und die Fenster der Hütten zu klein waren, standen die Beamten vorwiegend neben ihren Abfertigungshäuschen und kontrollierten bei Wind und Wetter die ein- und ausreisenden PKW und LKW. Die gesamte Anlage der GreKo war weder quantitativ noch qualitativ für die Abfertigung großer Reisendenzahlen ausgelegt. Hinzu kamen nicht vorhandene und heute undenkbbare Eigenschaften der Häuschen bei der Eigensicherung: kein kugelsicheres Glas, einfache Holzwände.

Die Neu- und Umbauarbeiten begannen 1972, die zentralen Elemente der neuen Abfertigungsanlagen wurden Mitte 1975 fertiggestellt. In der Folge hätten auf dem „Berlin-Bahnhof“ theoretisch 72 LKW pro Stunde abgefertigt werden können – vorausgesetzt, die Kontrollhäuschen waren in ausreichender Zahl besetzt. An der neuen Autobahnüberdachung mit Kontrollboxen sollte theoretisch an zehn Fahrspuren gleichzeitig kontrolliert werden, was allerdings an der allgemeinen Einsatzbereitschaft der Infrastruktur scheiterte. Zwar hätten die Beamten nun also an mehreren Fahrspuren, bei jedem Wetter im Trockenen und hinter durchschusssicheren Wänden und Fenstern ihren Dienst versehen können, doch eklatante Baumängel machten diesen Plan schon nach wenigen Tagen zunichte.

Der Fußboden der Häuschen war zu hoch angelegt worden, woraufhin die regionale Presse kommentierte: „die Arme der Beamten [waren] zu kurz“.¹⁴ Bis zum Umbau mussten die Kontrollen wieder nach draußen verlegt werden – und das sollte noch eine Weile so bleiben.

Auch das neu gebaute Mittelhäuschen unter der Autobahnüberdachung entpuppte sich als Fehlkonstruktion. Die Sitzposition der GSE-Beamten war so hoch angesetzt worden, dass die Beamten nicht in die abzufertigenden Fahrzeuge hineinsehen konnten. Bis zum Umbau war auch dieses Gebäude, in dem zusätzlich Dienst- und Vernehmungsräume untergebracht waren, nicht benutzbar. Nach einem weiteren Jahr Umbauarbeiten wegen der Fußbodenhöhe, mussten erneut Mängel reklamiert werden. Bei all' der Sorge um die Fußbodenhöhe waren versehentlich ungeeignete Fenster eingebaut worden und weitere Bauarbeiten von Nöten.¹⁵

Im Februar 1977, rund 20 Monate nach dem eigentlichen Bezugstermin, konnte der Mitteltrakt des Kontrollpunktes in Betrieb genommen werden: Die Sitz- und Abfertigungspositionen waren nach unten verlegt worden und die Beamten zu „Kellerkindern“¹⁶ degradiert, wie die Helmstedter Nachrichten spöttelten. Nach den umfangreichen Umbaumaßnahmen war der Platz im Mittelhäuschen nun allerdings so verbaut, dass hier nur noch jeweils *ein* Fahrzeug bei Ein- und Ausreise kontrolliert werden konnte.

Ebenfalls als unbrauchbar erwies sich das am äußersten Rand der Autobahnüberdachung angeschlossene Kontrollgebäude für Viehtransporte und die veterinärärztliche Untersuchung. Die Tierrampe war so hoch angelegt, worden dass sich die Ladeklappen der Tiertransporter nicht öffnen ließen und gegen das Mauerwerk stießen.¹⁷ Hier waren Umbauarbeiten nicht so einfach umsetzbar. Aus diesem Grund entfernte man stattdessen den neuen Straßenbelag und erhöhte die Fahrbahn. Auch auf den Abfertigungsspuren war das ein probates Mittel, die Umbauarbeiten an den Abfertigungsboxen und dem Mittelhäuschen zu unterstützen.

Ab Mitte 1977 waren die Kontrollgebäude theoretisch einsatzfähig, boten aber für eine vorschriftsmäßige Besetzung, die den Regeln der Eigensicherung entsprach (was angesichts der zunehmenden Sonderfahndungen zur Terroristenjagd immer wichtiger wurde), nicht mehr genug Platz. Mit Erlass des Grenzschutzamtes war es den GSE-Beamten daher untersagt, Kontrollen ausschließlich aus den Boxen vorzunehmen.¹⁸ Gleichzeitig war eine geteilte Kontrolle – ein Beamter an der Fahrbahn, einer am Fenster – aus Sicherheitsgründen ebenso wenig zulässig. Für eine Kontrolle mit drei Beamten pro

Fahrspur war dagegen die Personaldecke zu dünn. Für die Beamten in Helmstedt bedeutete dies, die Kontrolle weiter direkt an der Fahrbahn durchzuführen. Dort wiederum standen sie bei Niederschlag aufgrund eines Konstruktionsfehlers der Abflussrinnen ständig in nicht abfließendem Wasser. Die nachträglichen Arbeiten an der Fahrbahnhöhe hatten die Spuren versehentlich so hinterlassen, dass sie zum Häuschen hin schräg abfielen. Unachtsame Autofahrer drohten dabei ins Rutschen zu geraten und die Beamten zwischen PKW und Kontrollbox zu zerquetschen. Außerdem sorgte die Dachkonstruktion für Luftverwirbelungen, die das Kontrollieren der Papiere bei Wind zur Herausforderung machten.¹⁹

Mitte der 80er Jahre wurden erneut Überlegungen angestellt, um die baulichen Probleme zu beheben und dem angestiegenen Reiseaufkommen besser begegnen zu können. Angedacht war eine zusätzliche Kontrollposition sowie die Installation einer automatischen Verkehrszählanlage. Auch die Abfertigungshäuschen standen wieder auf der Agenda. Aus finanziellen Gründen musste man sich jedoch von fast allen Neuerungen verabschieden; nur für die Kontrollhäuschen konnte eine Lösung verkündet werden. Dazu traf Ende November 1988 in Helmstedt die lange ersehnte Nachricht der Oberfinanzdirektion ein: „Ich kann Ihnen erfreulicherweise mitteilen, daß sich Ihre Befürchtungen, die Planung und Errichtung der Abfertigungsboxen bei der GKSt Helmstedt-Autobahn könne sich verzögern, nicht zu bewahrheiten scheint. [...] Das Staatshochbauamt I wird noch in diesem Jahr die endgültige Planung abschließen, so daß mit einem Baubeginn im Frühjahr 1989 gerechnet werden kann.“²⁰

Dieses Bauwirrwarr bedeutete paradoxerweise „Normalität“ an der Grenze. Zwar verlief die Entwicklung dorthin periodisch und nicht linear, doch wurde der Grenzdienst in Helmstedt spätestens in den 1980er Jahren in dem Sinne als normal empfunden, dass er sich vom Dienst der Kollegen an den übrigen Bundesgrenzen kaum unterschied. Wohl auch daher konnte bei den Baumaßnahmen in Helmstedt kaum Sonderstatus beansprucht werden. Im Gegenteil: Nicht wenige hatten den Eindruck, dass man die Beamten dort, am Ende der Bundesrepublik, auf verlorenem Posten „verhungern“ ließ – personelle Unterbesetzung war immer an der Tagesordnung.

Die Bedrohungsszenarien im Dienst an der Grenze entsprachen nun überwiegend dem veränderten westdeutschen Sicherheitsgefühl der Zeit. Angst bereiteten der westdeutschen Gesellschaft in den 1970er und 1980er Jahren eher bewaffnete RAF-Terroristen als eine kommunistische Bedrohung von außen. Die Herausforderungen

dieser Jahrzehnte für die BGS-Beamten waren starke und schwankende Einwanderungsbewegungen, ein- und ausreisende politische Extremisten oder Notstände der inneren Sicherheit in politisch bewegten Zeiten. Hinzukommender Personalmangel, die chronische Unterfinanzierung und Behördenwirrwarr brachten die Beamten an die Grenzen der Belastbarkeit. All das wirkte sich in Helmstedt ähnlich aus, wie an den westeuropäischen Grenzübergängen. Es gab jedoch zwei Unterschiede: Der Symbolgehalt des deutsch-deutschen Grenzübergangs, zumal auf dem Weg nach West-Berlin, war erstens ungleich höher. Und zweitens beeinflusste die Existenz der innerdeutschen Grenze die oben genannten Problemstellungen. Beispielsweise ist die Geschichte der anschwellenden Asylbewerber-Welle in den 1980er Jahren keine westdeutsche Geschichte, sondern eine deutsch-deutsche, die ohne die Transitregelungen zwischen beiden deutschen Staaten nicht erzählt werden könnte.

Geändert hatte sich auch der Blick der bundesdeutschen Bevölkerung auf die Grenzschutzbeamten. Obwohl die Einrichtung des Bundesgrenzschutz anfangs sowohl politisch als auch gesellschaftlich umstritten war und kontrovers diskutiert wurde, nahm ihn die Bevölkerung – gerade in der grenznahen Region – häufig als positiv wahr. Auch für westdeutsche Reisenden, die sich auf dem Rückweg aus der DDR befanden, wirkte die „endlich erreichte“ Grenzkontrollstelle Helmstedt mit ihren dort postierten Beamten in den vertrauten Uniformen in der Regel beruhigend.

Je später der Zeitpunkt, desto häufiger tauchen in den Akten des BGS auch kritische Bemerkungen aus der Bevölkerung gegenüber den Beamten auf. Spätestens in den 1980er Jahren legen Auszüge aus der medialen Berichterstattung über den BGS, sich mehrende kritische Stimmen in der Politik und eine Vielzahl sich ähnelnder Beschwerden aus der Bevölkerung nahe, dass sich die Stimmung dem Bundesgrenzschutz gegenüber verschlechterte, je länger er bestand. Als das gesellschaftliche Klima, aus dem heraus seine Gründung alternativlos erschien, sich wandelte, fiel auch das Urteil gegenüber dem BGS differenzierter und kritischer aus. In dem Maße, in dem das Überqueren der innerdeutschen Grenze und der Grenzen in Westeuropa zu einer Alltäglichkeit geworden war, nahm die Skepsis gegenüber den westdeutschen Grenzkontrollleuten zu. Hinzu kommt, dass Grenzkontrollen mit dem Schengener Abkommen in weiten Teilen Westeuropas seltener wurde. Die bisherige Akzeptanz der Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze verschwand bei vielen Reisenden, je mehr Grenzen im

übrigen Europa verschwunden waren. Für die zweite Hälfte der 1980er Jahre finden sich in den Unterlagen der Grenzschutzstellen häufig Beschwerden und Berichte über Beleidigungen durch Reisende, wenngleich nicht alle dermaßen explizit ausfielen: „Das ist ja schlimmer als in der DDR vor 16 Jahren; ihr seid ja alle Arschlöcher.“²¹ Der entstanden Unmut und die schwindende Akzeptanz konnte sich, selbstredend, nur an den Bundesbeamten entladen, nicht an den Bediensteten in Marienborn.

Es mag paradox erscheinen, doch der Dienst der BGS-Beamten ebnete den Weg zu einer sich langsam aber stetig entwickelnden deutsch-deutschen Normalität, die anschließend Ausbrüche wie den oben zitierten ermöglichte.

In all den Dienstjahrzehnten des BGS repräsentierten die Grenzschützer den „west-deutschen Blick“ auf die innerdeutsche Grenze. Ausgestattet mit eigenen Aufgaben blieb ihm dennoch nichts anderes als das, was fast allen Westdeutschen im Hinblick auf die DDR blieb: Er beobachtete. Das war Teil seiner Profession und seines Selbstverständnisses. In dieser Beobachtung lag wiederum ein wichtiger Bedingungsfaktor für den beschriebenen Wandel: Der Status des geteilten Deutschlands war völkerrechtlich nach und nach festgeschrieben worden. Im Kleinen, im Alltag, jedoch war es ein improvisierter Weg zu „normalisierten“ Beziehungen zwischen zwei deutschen Staaten.

Das politische Verständnis der Bundesrepublik von Grenze und Teilung ergab sich durch den Wechsel von Aktion – Beobachtung – Reaktion an der innerdeutschen Grenze. BGS und Zoll waren in der Bundesrepublik „Augen und Ohren“ für BND, Verfassungsschutz und Ministerien. Zudem waren sie wichtige Ansprechpartner für die Bevölkerung: Besorgte Autofahrer, Angehörige von Reisenden, Grenztouristen, Nachbarn des Grenzzaunes – sie alle wandten sich an BGS-Beamte, wenn es Probleme gab oder Informationen benötigt wurden. Das galt im Fall der Grenzinformationspunkte selbst für die Behörden der DDR.²²

Die innerdeutsche Grenze war immer mehr als nur eine Summe von Sperranlagen, welche die Flucht in den Westen mit äußerster Konsequenz verhindern sollten. In Helmedt und Marienborn zeigte sich die Grenze von einer anderen Seite: Hier wurde der Durchgang reguliert und dadurch erst ermöglicht.

In gewissem Sinne war die innerdeutsche Grenze in ihrer doppelten Funktion paradox: Sie schwankte ständig zwischen hermetischer Abriegelung und halber Durchlässigkeit,

weil Durchlassbestimmungen ein- oder beidseitig in kurzen Abständen und – systembedingt – manchmal willkürlich geändert wurden.

Zudem konnte die Grenzfunktion nicht einfach bilateral festgeschrieben werden, da sich beide Staaten gegenseitig nicht anerkannten. Stattdessen blieb dem Westen nur ein Vortasten an die Mechanismen einer Demarkationslinie, die aus politischen und ideologischen Gründen keinesfalls als eine normale Grenze verstanden werden durfte.

Was an der innerdeutschen Grenze auf Seiten der DDR passierte, wie das Grenzregime der DDR funktionierte, was sich dort änderte und was das konkret bedeutete, erfuhr zuerst der BGS und reichte es den Partnerbehörden weiter. Er konnte bei seinen Kontrollen, Abfertigungen und Befragungen auf ein nur hier abzuschöpfendes Reservoir von Transit-, und DDR-Erfahrungen bei den Reisenden zugreifen und diese als Medium nutzen, für Bereiche und Themen zu denen es kaum direkte Kommunikation und Informationsaustausch zwischen beiden deutschen Staaten gab. Dabei verlief seine Aufklärungsarbeit dialogisch: Reisende erfuhren vom BGS, wie man mit der Grenze und ihrer Besatzung auf Seiten der DDR umzugehen hatte, welche gesetzlichen Bestimmungen zu beachten waren, wohin man sich wenden konnte, sollte es Schwierigkeiten oder Missverständnisse am Grenzübergang geben: Das westdeutsche Verständnis von Grenze wäre ein anderes ohne den Dienst an der Grenze gewesen. Obwohl der BGS-Beamte im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hinter Stacheldraht, Türmen und Streckmetallzaun der DDR verschwindet, war es seine Dienststelle, die das westdeutsche Bild der Grenze vor 1989 maßgeblich mitkonstruiert wurde. Nicht zuletzt deshalb bietet die Geschichte der innerdeutschen Grenze mehr als nur eine Perspektive.

Anmerkungen

- 1 Der folgende Beitrag basiert in Teilen auf meiner Masterarbeit, vgl. Einert, Benedikt: Dienst an der Grenze. Zur Geschichte der Grenzschutzstellen in Helmstedt, unveröffentlichte Masterarbeit, Braunschweig 2013.
- 2 Vgl. Vortrag von Einert, Benedikt/ Ploenus, Michael: Grenze und Autobahn. Transit und Stillstand im kollektiven Gedächtnis im Rahmen der interdisziplinären Tagung „Die Metaphorik der Autobahn – Verkehrs-imaginationen in Literatur, Kunst, Musik, Film und Architektur seit 1945“ am Institut für Germanistik der TU Braunschweig. Veröffentlichung in Form eines Sammelbandbeitrags (in Vorbereitung).

- 3 Vgl. Sabrow, Martin (Hrsg.): *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009.
- 4 Schlögel, Karl: *Generation Marienborn*. Essay, in: *APuZ*, 21–22/2009, S. 3.
- 5 Ebd.
- 6 Es bleibt bisher nur der Griff zu den hoffnungslos veralteten, ideologisch gefärbten und dennoch im Umfang des gesammelten Materials alternativlosen Werken von Dierske, Ludwig: *Der Bundesgrenzschutz. Geschichtliche Darstellung seiner Aufgabe und Entwicklung von der Aufstellung bis zum 31. März 1963*, Regensburg 1967, sowie *Die Geschichte des Bundesgrenzschutzes. Band II von 1963 bis 1973*, o. O. 1975. Darüber hinaus Memoirenpublikationen ehemaliger Grenzbeamter im Selbstverlag, selbst herausgegebene Jubiläumsschriften einzelner BGS-Verbände (vgl. Doll, Eberhard: *Die Geschichte des Grenzschutzkommandos Nord. 1951–1991*, Hannover 1991.) oder populärwissenschaftliche, reich bebilderte Chroniken – in Aufmachung und Anspruch häufig auf die Interessen von Technik- und Militaria-begeisterten zugeschnitten, vgl. Scholzen, Reinhard: *Der BGS. Geschichte der Bundespolizei*, Stuttgart 2006.
- 7 Vgl. zu den Kontroversen um die Aufstellung des Bundesgrenzschutzes Dierske 1967, S. 35–40.
- 8 StA Wolfenbüttel, 1 A Bund Zg. 22/1991 Nr. 46: Lage und Sachübersicht bei der PKSt. Helmstedt Autobahn, vermutl. vom 05.08.1959.
- 9 Vgl. beispielsweise Gelbhaar, Reinhard: *Der Bundesgrenzschutz der BRD. Zwischen Polizei und Bundeswehr*, Berlin (Ost) 1988.
- 10 Zu den Personalstärken vgl. StA Wolfenbüttel, 1 A Bund Zg. 22/1991 Nr. 46: Lage und Sachübersicht bei der PKSt. Helmstedt Autobahn, vermutl. vom 05.08.1959.
- 11 Vgl. StA Wolfenbüttel, 1 A Bund Zg. 22/1991 Nr. 92: Schreiben des GSAmtes Braunschweig an GSDirektion Koblenz vom 15.12.1961.
- 12 Nach dem Inkrafttreten des Transitabkommens stieg die Zahl der grenzüberschreitenden Verkehrsbewegungen auf bis über 23 Millionen im Jahr 1980 an, wohingegen sie im Jahr 1971 noch bei 10,8 Millionen gelegen hatte. In den 1980er Jahren pendelte sich diese Zahl auf einem Niveau von etwa 20 Millionen pro Jahr ein. Vgl. StA Wolfenbüttel, 1 A Bund Zg. 22/1991 Nr. 59: Statistiken zum Reiseverkehr 1970–1981.
- 13 Pleschinski, Hans: *Ostsucht. Eine Jugend im deutsch-deutschen Grenzland*, München 2004, S. 44 f.
- 14 *Arme der Beamten zu kurz*, in: *Helmstedter Anzeiger* vom 16.05.1975.
- 15 Vgl. Vgl. StA Wolfenbüttel, 1 C Bund Zg. 26/1990 Nr. 22: Stellungnahme des GSAmtes an Staatshochbauamt I Braunschweig zum Neubau an der GSSt. Helmstedt AB, 02.04.1975.
- 16 *Kontrolleure im „Keller“*, in: *Braunschweiger Zeitung, Helmstedter Nachrichten* vom 14.02.1977.
- 17 Vgl. *Pferde lassen sich an der neuen Rampe nicht abladen*, in: *Braunschweiger Zeitung, Helmstedter Nachrichten* vom 23.05.1975.

- 18 Vgl. StA Wolfenbüttel, 1 C Bund Zg. 26/1990 Nr. 4: Antwort des GSAmts auf die Stellungnahme des Personalrats in Helmstedt AB, 31.01.1983.
- 19 Vgl. StA Wolfenbüttel, 1 C Bund Zg. 26/1990 Nr. 4: Stellungnahme des Personalrats Helmstedt AB zur Vorwürfen des GSAmts vom 19.01.1983.
- 20 StA Wolfenbüttel, 1 A Bund Zg. 23/1992 Nr. 53: OFD Hannover an GSDir. zum Neubau der Abfertigungskabinen in Helmstedt AB, 23. 11. 1988.
- 21 StA Wolfenbüttel, 1 C Bund Zg. 26/1990 Nr. 7: GSSt Helmstedt AB an GSAmt, 07.06.1983.
- 22 Vgl. StA Wolfenbüttel, 1 A Bund Zg. 23/1992 Nr. 21: Anwendungsrichtlinien für die Benutzung der Grenzinformationswege im Mitteilungsblatt für den Bundesgrenzschutz vom 12. 10. 1979.

Der „Sonderzug nach Pankow“ – Die Magdeburger Stasi-Bezirksverwaltung und Udo Lindenberg

Jörg Stoye

Ein Sonderzug war es nicht, schon gar nicht einer in Richtung Pankow, dem Ost-Berliner Stadtbezirk. Es handelte sich vielmehr um den planmäßigen D-Zug 630 der Deutschen Reichsbahn auf seinem Weg über Magdeburg an die Ostseeküste. Auf der Fahrt dorthin bestiegen am 10. April 1983 beim fahrplanmäßigen Zwischenhalt auf dem Bahnhof Ludwigslust völlig ungeplant Angehörige der Transportpolizei die Wagenreihe. Die uniformierte Staatsmacht folgte einem Notruf der Zugbegleiterin. Eine Schülerin der Oberschule Bregenstedt aus dem Kreis Haldensleben, mit ihren Schulfreunden auf Klassenfahrt nach Bad Doberan, hatte sich renitent gezeigt: Sie wollte die Musikkassette partout nicht herausgeben, genau die Kassette, auf der sich Udo Lindenburgs Lied namens „Sonderzug nach Pankow“ befand. Wie auf Klassenfahrten üblich, hatte laute Rekordermusik das Schülertreiben in den Abteilen begleitet. Darunter dieser Titel, in welchem der SED-Partei- und DDR-Staatschef Erich Honecker „auf übelste Weise verleumdet“ würde. So jedenfalls die Meinung des später zum Fall berichtender Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).¹

In der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg gingen im ersten Halbjahr 1983 zu dem im „Westradio“ seit Jahresbeginn zu hörenden Musikstück zahlreiche Informationen ein. Die eingängige Melodie basierte auf einem Swing-Klassiker Glenn Millers. Im Nachkriegsjahr 1946 hatte sich die Komposition in Deutschland schon einmal großer Beliebtheit erfreut. Gesungen von Bully Buhlan lautete die Titelzeile damals „Verzeihen Sie mein Herr, fährt dieser Zug nach Kötzschenbroda?“ Lindenberg legte das Stück auf seiner Langspielplatte „Odyssee“ neu auf und wertete mit der ihm eigenen Zurückhaltung den Zug zu einem „Sonderzug“ auf. Und er ließ ihn nicht in den Radebeuler Stadtteil Kötzschenbroda, sondern in den Berliner Stadtbezirk Pankow fahren. Das dort gelegene Schloss Schönhausen war bis 1960 Sitz des DDR-Präsidenten, bis 1964 dann des Staatsrates. Der Name des Stadtteils selbst war zudem seit den 1950er Jahren aufgrund vieler dort wohnender Funktionäre, ähnlich wie später dann das nahe Berlin gelegene Örtchen Wandlitz, Synonym für die SED-Führungsebene.

Musikalische bzw. künstlerische Kompetenz war nicht Sache des MfS-Apparates. Da verließ er sich zum einen auf seine in verschiedenen Kunsteinrichtungen postierten Inoffiziellen Mitarbeiter (IM). Diese nutzte er mitunter als sogenannte Experten für das Bewerten künstlerischer Fragen. Zum anderen gab es aber natürlich auch offizielle staatliche Partnereinrichtungen. Dazu gehörte die in der DDR in Auslandsfragen zuständige Staatliche Künstleragentur. Für sicherheitspolitische Aspekte im Zusammenhang mit Kunst sah sich das MfS dagegen sehr wohl in der Verantwortung. Hierfür verfügte die Geheimpolizei seit 1969 eigens über einen speziellen Bereich – die sogenannte Linie XX/7 in der Zentrale Berlin und in den einzelnen Bezirksverwaltungen. Auf eine entsprechende Anfrage hin erhielt die Berliner Hauptabteilung XX/7 von der Staatlichen Künstleragentur Mitte der 1970er-Jahre die Einschätzung, dass es sich bei Udo Lindenberg um einen „mittelmäßigen Schlagersänger“ handle. Bei der Künstleragentur bestand daher zu dieser Zeit nicht die Absicht, Lindenberg Auftrittsmöglichkeiten in der DDR zu verschaffen. Dies dürfte sich mit der Interessenlage der Staatssicherheit gedeckt haben. Dort lag das Augenmerk jedoch nicht so sehr auf der nicht eben freundlichen Einordnung Lindenegrs als „Schlagersänger“. Eher ging es dem MfS um die ebenfalls im angeführten Schreiben enthaltenen Aussagen zu dessen Bühnenhabitus. Sein von der DDR-Agentur unterstelltes künstlerisches Credo der „Dekadenz“ entsprach einer wesentlichen „Feindkategorie“ des Staatssicherheitsdienstes. Im Ergebnis eines Befehls des Ministers für Staatssicherheit speziell zur Überwachung der Jugend war die Informationssammlung zu „negativ-dekadenten“ DDR-Jugendlichen bereits seit 1966 Gang und Gäbe beim MfS. Modische Äußerlichkeiten und sonstige Merkmale einer nonkonformen Lebenskultur waren aus dem Blickwinkel der Stasi auch immer von sicherheitspolitischer Bedeutung. Anfang der 1980er Jahre betraf dies in der DDR insbesondere Punks, Heavy-Metal-Fans oder sogenannte Tramper.

Der „Sonderzugs nach Pankow“ transportierte vor allem die Botschaft Lindenegrs, einmal in der DDR vor Publikum auftreten zu können. Dies hatte er auch bereits vor 1983 mehrfach öffentlich artikuliert, in Interviews, aber auch in seinen Songtexten. Schon auf einer seiner ersten Langspielplatten fand sich 1973 der Titel „Wir wollen doch einfach nur zusammen sein“. Im Text ging es um die Liebesbeziehung zu einem Mädchen in Ost-Berlin, ein Rockfestival mit den Rolling Stones auf dem Alexanderplatz und nicht zuletzt um die eingeschränkte Aufenthaltsgenehmigung westlicher Besucher

in der DDR-Hauptstadt. Sein Interesse an musikalischen Auftritten in der DDR spiegelte sich auf seiner 1976 herausgegebenen Langspielplatte wider, auf welcher er von einer Rock'n'Roll Arena in Jena und eine Panik-Tournee mit seiner gleichnamigen Begleitband sang. Zumindest in den Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg fand sich aber bisher aus den Jahren vor 1982 kein Hinweis auf ein herausgehobenes Interesse des MfS an Lindenberg. Auch seine in jenem Jahr in der DDR beim staatlichen Label AMIGA in Lizenz herausgegebene Langspielplatte, welche natürlich keinen der gerade erwähnten Titel enthielt, änderte nichts daran. Einzelne Informationen über postalische Kontakte von DDR-Jugendlichen zu Lindenberg oder auch Aussagen zur Fankultur sind in dieser Zeit für MfS-Analysen über die „Lage unter der Jugend“ als möglich anzusehen. Auch in Magdeburg waren solche Einschätzungen seit 1966 regelmäßig zu erstellen. Im hierzu nur sehr lückenhaft überlieferten Magdeburger Aktenbestand waren derartige Berichte aber bisher nicht auffindbar.

Fünf Tage nach Erscheinen des „Sonderzugs“ wartete der Staatssicherheitsdienst mit einer juristischen Expertise des Liedes auf. Herausgegeben wurde sie vom Referat 2 der Berliner MfS-Hauptabteilung XX. Dort war man u. a. für Fragen der „staatsfeindlichen Hetze“ gegen die DDR und für die „Absicherung“, sprich Überwachung der Jugend verantwortlich. In der Expertise wurde nicht auf den gesamten Songtext eingegangen. So wurde beispielsweise auch die abschließende, in Russisch gehaltene Passage völlig ignoriert, obwohl hier der Satelliten-Status des Landes im Verhältnis zur Sowjetunion persifliert wurde. Im Mittelpunkt der Stasi-Bewertung stand der Umgangston Lindenberg gegenüber Erich Honecker.

An diesen hatte sich Udo Lindenberg in seinem Liedtext direkt gewandt. Im offiziellen Sprachgebrauch der DDR war Honecker entsprechend seinen Ämtern als Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und Vorsitzender des Staatsrates der DDR anzureden. Im „Sonderzug“ dagegen wurde er mal als „Oberindianer“ und mal als „sturer Schrat“ tituiert. Auch das kumpelhafte „Rocker“ kam zum Einsatz, mitunter auch das freundschaftlich-familiäre „Honni“. Mit eben diesen Zitaten begann dann auch die an alle MfS-Bezirkschefs geleitete „rechtliche Einschätzung“. Die Würde und das Ansehen Honeckers sah das MfS grob verletzt, den Straftatbestand der Beleidigung somit erfüllt. Sollte nachzuweisen sein, dass jemand das Abspielen des Titels in diesem Sinne bewusst einsetzte, drohte ein Ermittlungsverfahren. Die „Beleidigung

eines Bürgers“, in diesem Falle Erich Honeckers, „wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit“ konnte zu einer Geldstrafe führen. Aber auch eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren war nach der DDR-Gesetzeslage möglich. Musiker oder die in der DDR damals unter dem Begriff „Schallplattenunterhalter“ firmierenden Diskjockeys hatten zudem neben Ordnungsstrafen bis zu 1000,- M auch mit dem Entzug der Spielerlaubnis zu rechnen. Darüber hinaus plädierte die MfS-Abteilung für eine breite Palette von Strafen „entsprechend der Umstände(sic!)“. ² Dies war für den MfS-Apparat im Einzelfall vor dem Hintergrund des ansonsten in der Regel forschen Umsetzens von sicherheitspolitischen Vorgaben wohl auch als Gebot der Zurückhaltung zu verstehen.

Erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung leitete Generalmajor Müller, der Magdeburger MfS-Chef, das Schreiben in der zweiten Februarhälfte an die Dienstseinheiten seines Bezirkes weiter. Die Zwischenzeit nutzte er, um sich über die konkrete Entwicklung in dieser Frage selbst ein Bild zu verschaffen. In seinem Anschreiben wies er darauf hin, dass das Verbreiten des Lindenberg-Titels in der Region vornehmlich durch Diskotheken erfolgte. Amateur- oder Berufsmusiker schienen diesbezüglich keine Rolle zu spielen. Müller betonte, wie seine Berliner Vorgesetzten auch, dass Strafen „differenziert“ zur Anwendung zu bringen seien. Zur „Verwirklichung einer einheitlichen Rechtsauffassung“ sei innerhalb des MfS ein Abstimmen zwischen der für die Untersuchungstätigkeit zuständigen Abteilung IX und der für die Kontrolle öffentlicher politischer bzw. auch künstlerischer Äußerungen verantwortlichen Abteilung XX notwendig. Abschließend verwies er für alle auftretenden „Vorkommnisse“ auf seine persönliche Zuständigkeit bzw. die seines für die Abteilung XX direkt verantwortlichen Stellvertreters. ³ An diesen, den Stellvertreter Operativ Oberst Dallmann, sind in den Wochen darauf auch alle entsprechenden Schreiben gerichtet. Eine persönliche Befassung Müllers in der Folgezeit ist in den bisher erschlossenen Unterlagen aber nicht mehr nachweisbar.

Öffentliche Diskotheken in der DDR wurden in der Regel in der Verantwortung der Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) betrieben. In der Mehrzahl handelte es sich um so genannte „Jugendclubs“. Sonstige öffentliche Diskotheken fielen in die Zuständigkeit von städtischen oder kreisgebundenen Kulturapparaten. Hier erfolgte auch die Lizenzvergabe für die Schallplattenunterhalter. Für das Veranstaltungs- bzw. Erlaubniswesen gab es zudem bei der Deutschen Volkspolizei entsprechende Abteilungen. Dort mussten selbst schulische Disco-Veranstaltungen angemeldet werden. Die politische Verantwortung im Kreisgebiet für Fragen der Kultur hatte stets die SED-

Kreisleitung. Nach bisher bekannter Aktenlage führte die Abteilung XX der Magdeburger Bezirksverwaltung zu dieser Zeit schon Handakten zu den Themenfeldern „FDJ-Jugendclubs“ und „Schallplattenunterhalter“. Daneben bestand zur FDJ, zu den staatlichen Kultureinrichtungen, zur Volkspolizei, zu den Schulen und natürlich zur SED-Kreisleitung eine offizielle Verbindung. Die genannten Strukturen waren zudem von IM durchsetzt. Für die SED-Kreisleitungen galt Letzteres naturgemäß nicht. Der gezielte Einsatz sämtlicher potentiell für einen Diskothekenbesuch infrage kommenden Stasi-IM in Sachen „Sonderzug“, etwa aller jugendlichen IM in ihrer Freizeit, ist in den Unterlagen nicht belegt. Das benannte offizielle und inoffizielle Potential dürfte aus Sicht der Staatssicherheit ausreichend gewesen sein, um in der Frage der öffentlichen Verbreitung des Liedes im Bezirk einen Überblick zu bekommen. Welche politische Wertigkeit der „Sonderzug“ für die angesprochenen Partner der Stasi hatte und welche Handlungskataloge für diese vorlagen, ist aus den Magdeburger MfS-Quellen nicht allumfänglich ersichtlich. Dortige Intentionen und Handlungsspielräume werden aber aus den vorliegenden Einzelbeispielen durchaus deutlich.

Zu Beginn der DDR-weiten Kampagne gab es im Bezirk Cottbus am 1. Februar 1983 für zwei Diskjockeys eine fünfmonatige Haftstrafe für das Abspielen des „Sonderzuges“. Die Strafe erfolgte auf der Grundlage eines von der Volkspolizei erwirkten Ermittlungsverfahrens. Für die dortige Verwaltung des MfS schien die vom Gericht unterstellte Absicht einer „öffentlichen Herabwürdigung“ allerdings nicht nachweisbar. Daher unternahm es Anstrengungen, die Haft aufzuheben und die Strafe in einen Lizenzentzug abzumildern.⁴ Für den Magdeburger Bezirk gibt es im gesamten Untersuchungszeitraum keine Hinweise auf angedrohte Haftstrafen. Unterschiede zwischen den staatlichen Einrichtungen in der jeweiligen Strafzumessung werden allerdings auch hier deutlich. Die Quellenlage für Magdeburg ergibt folgendes Bild: Am 22. Januar 1983 erklang der „Sonderzug“ an der Polytechnischen Oberschule (POS) Güsen vor Schülern der neunten und zehnten Klasse. Anwesend waren auch Lehrlinge und Jugendliche aus dem Ort, darunter einige, die dem MfS als „negativ-dekadent“ bekannt waren. Alle sangen den Text begeistert mit. Die Stimmungssituation nutzend, wurde das Lied „sofort noch einmal gespielt.“ Der Diskjockey rief „dazu mehrfach über die Lautsprecheranlage ‚He Honi‘ ins Publikum [...]“ Die staatliche Vorgabe, ihm daraufhin die Lizenz zu entziehen, sei, so der MfS-Bericht, an dem Problem gescheitert, dass er über gar keine Lizenz verfügte. Nachdem sich die MfS-Kreisdienststelle in die Prüfung des Falls ein-

gebracht hatte, beließen es die staatlichen Stellen bei einer Aussprache und bei einer Ordnungsstrafe von 300,- M.⁵ Am Folgetag war das Lied an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg Gesprächsthema unter Lehrerstudenten. Diese hatten den Titel im „Westradio“ gehört. Nach Aussage eines von dort berichtenden IM wurde „der gezielte politische Charakter von den Studenten nicht erkannt [...] der Song [wird als] ein großer Spaß (sic!) bewertet.“⁶ Am 26. Januar erhielt die Stasi-Kreisdienststelle Havelberg in Kopie einen Bericht des örtlichen Kreisschulamtes an das Magdeburger Bezirksschulamt. Aus diesem ging die Denunziation eines Schülers durch einen Klassenkameraden hervor. Letztgenannter hatte seine Mutter über das Abspielen des Titels im Internat der Erweiterten Oberschule (EOS) informiert. Der Lindenberg-Fan musste sich nach einer Aussprache auch noch schriftlich gegenüber der Schule von seinem Handeln distanzieren. So formulierte er u.a. in seiner Stellungnahme: „Ich bin blind auf die ideologische Diversion des Imperialismus hereingefallen. So muss ich meine Handlungsweise scharf verurteilen und mich für mein Verhalten schämen.“⁷ Am gleichen Tag erklang das Lied in Havelberg noch an anderer Stelle – diesmal im Jugendtanzkaffee. Ein aus Perleberg stammender Schallplattenunterhalter wurde hier sogar von einem Berufskollegen aus Havelberg beim Abspielen gestört. Er erhielt im Ergebnis durch die Abteilung Kultur des Rates des Kreises in Abstimmung mit dem Volkspolizeikreisamt (VPKA) ein Auftrittsverbot für das Kreisgebiet.

Gleiches ereilte am 3. Februar in Blankenburg einen aus Lindhorst stammenden Diskjockey. Berichterstatte an die Stasi war hier ein IM aus dem für politische Delikte zuständigen Dezernat I der Kriminalpolizei. Das sich anschließende Auftrittsverbot sprach die FDJ-Kreisleitung aus. Von einem 19jährigen Blankenburger zog das MfS am gleichen Tage den Kassettenrekorder und eine Musikkassette mit dem Lindenberg-Titel ein, in diesem Fall in seinem Leipziger Lehrlingsinternat. Zu einer Aussprache genötigt, verteidigte er das vor weiteren Auszubildenden erfolgte Abspielen des Titels mit dem Argument, man „sollte [...] Lindenberg in der DDR auftreten lassen, da Lindenberg den ‚Krefelder Appell‘ anerkannt und sich für den Frieden engagiert hat.“⁸ Noch am selben Tag, am 12. Februar, bezahlte – im wahrsten Sinne des Wortes – ein Diskjockey im „Deutschen Haus“ in Werben für das Abspielen des „Sonderzugs“ mit einer Ordnungsstrafe von 300,- M. Genau 14 Tage später erklang das Lied im Jugendclub Hötensleben. Der Abschnittsbevollmächtigte der Deutschen Volkspolizei informierte das zuständige VPKA. Dort plante man eine Aussprache zwischen dem

eine Diskothek aus dem Kreis Perleberg

Am 26.01.1983 war die Diskothek "Die Jaule" unter Leitung von [REDACTED], wohnhaft in 2910 Perleberg, [REDACTED] erstmalig vertraglich für eine Jugendtanzveranstaltung im Jugendtanzkaffee Havelberg verpflichtet. Während dieser Veranstaltung wurden durch o. g. Diskothek bis auf eine Ausnahme nur Titel aus dem westlichen Ausland abgespielt.

So unter anderem auch ein Machwerk von dem BRD-Sänger Udo Lindenberg mit dem Titel "Schnellzug nach Pankow". Der Inhalt dieses Titels ist durch Hetze gegen den Generalsekretär, Genossen Erich Honecker, gekennzeichnet.

Ein Schallplattenunterhalter aus unserem Verantwortungsbereich, der an dieser Veranstaltung teilnahm, um das Niveau der o. g. Diskothek einzuschätzen, ließ diesen Titel sofort ausblenden und verlangte von den Leuten der Diskothek, daß er die Festlegungen der AWA beachten soll.

Für die Diskothek "Die Jaule" wurde durch die Abteilung Kultur in Abstimmung mit dem VPKA Havelberg eine sofortige Austrittssperre für den Kreis Havelberg ausgesprochen.

Diese Information ist offiziell auswerthar.

Leiter der Kreisdienststelle
Stein
Oberstleutnant

Bericht des Leiters der MfS-Kreisdienststelle Perleberg über das Abspielen von Udo Lindenbergs Lied „Sonderzug nach Pankow“ in einer Pinneberger Diskothek am 26. Januar 1983

noch zur EOS-gehenden Diskjockey und der Schule sowie eine Ordnungsstrafe von 250,- M. Die MfS-Kreisdienststelle plädierte, aufgrund der internen Vorgaben, für ein Ordnungsgeld von nur 50,- M. Dies würde bei dem Schüler die gleiche „erzieherische Wirkung“ haben. Auch eine schulische Aussprache hielt die Stasi für überflüssig, solange es keine „stärkeren“ Diskussionen an der Schule gäbe. Dem Direktor sollte vielmehr in Abstimmung mit der SED- und der FDJ-Kreisleitung mitgeteilt werden, dass der Sachverhalt geklärt sei. Für sein weiteres Leben sollten dem Schüler aus dem Ereignis „keine Nachteile“ erwachsen. Wichtig war dem MfS, dass die Kreisdienststelle die Möglichkeit der „operativen Nutzung des Schülers“, sprich seine Werbung als IM, prüfte.⁹ Mitte März gab es einen weiteren „Vorfall“: Ein Lehrling aus Zerbst verteidigte das laute Abspielen des „Sonderzugs“ mitten in der Leipziger Innenstadt, wo er mit zwei Freunden zur Exkursion weilte, mit der schon erwähnten Herausgabe der Lindenberglangspielplatte beim staatlichen AMIGA-Label. Von der Polizei wegen des auch noch laut mitgesungenen Textes angesprochen, erklärten die drei Jugendlichen, den Text gut zu finden, sich aber ansonsten nichts dabei gedacht zu haben. Nach Absprache zwischen MfS und VP erhielt der Zerbster Lehrling eine Ordnungsstrafe von 500,- M. Seine beiden Freunde mussten im Betrieb zur Kollektivaussprache und durften nicht an der Abschlussfahrt der Lehrklasse teilnehmen. Vom Lehrlingsalter noch weit entfernt war dagegen ein Sechstklässler im Kreis Wernigerode, dessen Russischlehrerin Ende März den Text des „Sonderzugs“ in seinem Schulheft vorfand. Sie informierte umgehend den Direktor. Im Ergebnis wurden die Zeilen im Heft „unleserlich“ gemacht. In der Schule fand anschließend eine Aussprache statt. Beim MfS erhielt der zum damaligen Zeitpunkt 12jährige eine „vorläufige Erfassung“ in der Zentralen Personendatenbank und in der sachverhaltsbezogenen Sichtlochkartei. Weitere Berichte stammen aus Beetzendorf von der dortigen EOS „Karl Marx“ und aus der Gemeinde Parchen, wo das Lied mehrfach öffentlich gespielt wurde, genauso wie in der Diskothek in Wefensleben. Im Bezirk Magdeburg enden die Berichte über das Abspielen des „Sonderzugs nach Pankow“ am 30. Mai 1983. Von diesem Tag stammt eine IM-Meldung über ein bereits am 2. Mai festgestelltes „öffentliches Verbreiten“ des Liedes in der HO-Gaststätte Angern. In der erwähnten Wefenslebener Diskothek waren auch Mitarbeiter der Staatssicherheit unter den Besuchern gewesen. Sie dienten in der MfS-Passkontrollereinheit auf der nahegelegenen Grenzübergangsstelle Marienborn. Das „Delikt“ hatten sie aber nicht angezeigt. Dabei hatte der Diskjockey den Titel an diesem Abend sogar mehrfach

gespielt und stets vorab über das Saalmikrophon spöttisch geäußert: „Ach ja, das Lied ist ja verboten [...]“ oder „Dies dürfen wir ja bei uns nicht spielen [...]“. Die Meinung der Diskobesucher gibt der Bericht mit der resignierende Aussage wider: „[...] wenn man dagegen etwas unternimmt, dann haben wir bald überhaupt keinen mehr in Wefensleben, der eine Disco machen kann.“¹⁰

Die zum „Sonderzug“ in Magdeburg vorliegenden MfS-Informationen bestätigen zumindest hinsichtlich der Methode der Datensammlung das weitgehende Aufgehen des Konzepts der Staatssicherheit. Das enge Zusammengehen mit den anderen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen führte dazu, dass neben IM-Berichten zu einem „Vorfall“ auch parallele Meldungen, beispielsweise von Volkspolizei oder Schulämtern, eingingen. Manchmal verfügte das MfS sogar nur ausschließlich über Informationen, die von den so genannten Partnern des offiziellen Zusammenwirkens stammten. Eine solche Informationslage war für die Stasi-Bezirksverwaltung in den 1980er-Jahren keineswegs untypisch. Deutlich wird auch, dass der Staatssicherheitsdienst innerhalb des Kreises der Überwachenden vielfach die Rolle eines Koordinators einnahm. Dies erfolgte mit dem Ziel – und mit dem wohl zu Recht zu unterstellendem Ergebnis –, die eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Dabei stimmten sich die örtlichen Stasi-Dienststellen, wie angewiesen, stets mit der eigenen Untersuchungsabteilung IX in Magdeburg ab. Diese wiederum setzte sich, orientierend an den Berliner MfS-Vorgaben, in vielen Fällen für geringere Strafen ein, als es die Partnereinrichtungen vorsahen. Deren Vorstellungen vom auszusprechenden Strafmaß orientierten sich eher in Richtung des maximal Zulässigen. Immerhin stand auch für sie der Tatvorwurf der Beleidigung des Staats- und Parteichefs im Raum. Ein Plädoyer für hohe Strafen war daher wohl auch als Zeichen politischer Zuverlässigkeit gegenüber vorgesetzten Ebenen gedacht. Anhand der vorgefundenen Aktenlage wird allerdings nicht deutlich, ob die anderen staatlichen Stellen in jedem Fall das MfS parallel unterrichtet haben. In welchem Verhältnis die im Bezirk Magdeburg ermittelten Fälle daher zur Zahl der realen Aufführungen des „Sonderzugs“ stehen, ist aufgrund der Aktenlage nicht eindeutig feststellbar. Neben den in den MfS-Unterlagen erwähnten „Delikten“ ist wohl eher von einer sehr großen Dunkelziffer auszugehen. Die genannten Strafen trafen die meist jugendlichen Schallplattenunterhalter in der Regel hart. Nicht selten hatten Sie zum Teil erhebliche Summen in ihre Technik investiert. Geldstrafen, Auftrittsverbote oder gar ein Lizenzentzug waren daher nicht leicht zu verkraften. Wie das Beispiel der MfS-Befassung an der EOS

Hötensleben zeigt, waren für das öffentliche Aufführen des „Sonderzugs“ unter Umständen auch negative Folgen für den späteren persönlichen Werdegang des Lindenberg-Fans nicht auszuschließen. Zu Eingriffen war dabei nicht allein der Staatssicherheitsdienst in der Lage. Auch Schulämter oder die FDJ konnten den weiteren Lebensweg gezielt beeinflussen.

Das Agieren des Staatssicherheitsdienstes in Sachen „Sonderzug“ erfolgte vor dem Hintergrund seiner zum damaligen Zeitpunkt bestehenden sicherheitspolitischen Aufgabenstellung. Diese war für die DDR und auch für den Bezirk Magdeburg zunehmend durch sich in der Gesellschaft abzeichnende politisch-widerständige Strukturen geprägt. Noch in den 1970er Jahren spiegelten die Jahreseinschätzungen der Staatssicherheit für den Bezirk Magdeburg keine Kenntnis von einer strukturierten politischen Opposition wider. Dies änderte sich in den ersten Jahren des neuen Jahrzehnts gravierend. Vornehmlich im kirchlichen Bereich, der natürlich auch schon in den 1970er Jahren als potentiell „feindlich“ angesehen worden war, entwickelten sich immer deutlich sichtbarer Areale, in denen über den kirchlichen Rahmen hinaus Friedens-, Menschenrechts- und Umweltfragen diskutiert wurden. Im Jahre 1983 stand im europäischen Kontext auch für die DDR die Frage der Militarisierung eindeutig im Mittelpunkt. Dies kann auch an den in der Bundesrepublik mit Vehemenz geführten Auseinandersetzungen über die atomare Mittelstreckenstationierung in Europa festgemacht werden. Wie bereits erwähnt, hatte Lindenberg in der Bundesrepublik den „Krefelder Appell“ unterzeichnet und sich öffentlich gegen Kriege und Militarisierung ausgesprochen. Seine Fans, auch im Bezirk Magdeburg, nutzen dieses Auftreten als Rechtfertigung und zur Verteidigung gegenüber staatlichen Vorwürfen. Dafür zogen sie, wie gezeigt, auch die 1982 erschienene AMIGA-Langspielplatte heran, insbesondere das dort enthaltene Gesangsduett „Wozu sind Kriege da?“. Auch vor diesem Hintergrund bestand aus Sicht des Staatssicherheitsdienstes kein gesteigertes Interesse daran, das Abspielen des „Sonderzugs“ durch Verhaftungen oder andere drakonische Sanktionen zu ahnden und damit möglicherweise für Lindenberg-Fans und die übrige DDR-Jugend „Märtyrer“ zu schaffen. Die mit Spielverbot belegten DJs galten mitunter in IM-Berichten schon als solche. Vielmehr sollten sich die staatlichen und gesellschaftlichen Organe vor Ort jeweils der Fälle konkret annehmen und das Lied möglichst unauffällig zu einem Tabu in der Öffentlichkeit machen bzw. sonstigen Verbreitungsmöglichkeiten zu begegnen.

Dies spiegelt auch eine Mitte 1983 vorgenommene Analyse der Magdeburger Stasi-Bezirksverwaltung zur damaligen „medialen Einflussnahme aus der Bundesrepublik“ wider. Ohne den „Sonderzug“ direkt zu erwähnen, geht sie von einer permanenten, breiten und gezielten medialen „Einflussnahme“ aus, um die Verhältnisse in der DDR zu „diffamieren“. ¹¹

Genau einen Tag nach den Feierlichkeiten zum 34. DDR-„Republiksgeburtstag“, am 7. Oktober 1983 befasste sich Oberst Dallmann erneut mit Udo Lindenberg. An alle MfS-Bezirksverwaltungen war am 8. Oktober ein Informationsschreiben des Berliner Ministeriums gegangen. Darin wurde der Geheimpolizei der sicherlich für sie überraschende Auftrag erteilt, eine geplante Einreise Lindenegs in die DDR und dazu noch dessen Auftreten in staatlichen Medien sicherheitspolitisch vorzubereiten und zu begleiten. Das Gastspiel Lindenegs erfolgte laut diesem Fernschreiben „entsprechend einer politischen Grundsatzentscheidung“. Bei den Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes konnte dies nur als Vorgabe aus der obersten SED-Parteispitze verstanden werden. Vorgesehen war, so hieß es in dem noch am gleichen Tag per Telegramm u. a. an alle Kreisdienststellen weitergeleiteten Schreiben, Lindenberg am 25. Oktober 1983 im Berliner Palast der Republik auftreten zu lassen. Die Veranstaltung im Rahmen der FDJ-Reihe „Treff mit Perry“ sei „eine politische Manifestation und richtet sich gegen die Stationierung neuer USA-Raketen in Westeuropa“. Lindenegs Teilnahme sei „eine Maßnahme zur Stärkung der Friedensbewegung in der BRD und Ausdruck unserer Auffassung, mit allen zusammenzuarbeiten, die einen Beitrag gegen die NATO-Hochrüstung leisten.“ Mit Blick auf das im ersten Halbjahr 1983 Geschehene schließt das Schreiben mit der wohl zur Beruhigung gedachten These: „Er will entsprechend der Gesamtkonzeption diszipliniert seinen Programmbeitrag leisten.“

Die angesprochene Disziplinierung wurde den Lindenberg-Fans und anderen Teilen der Bevölkerung allerdings nicht unterstellt. Dort seien vielmehr „unterschiedliche Reaktionen zu erwarten, bis hin zu feindlichen Provokationen“ ¹², umso mehr, da in diesem Zusammenhang auch eine 10-Städte-Konzerttournee Lindenegs durch die DDR angekündigt wurde. ¹³ Das Bemühen um die Eintrittskarten zum Berliner Konzert und auch zu den für später angekündigten Events spiegelt sich nur sehr sporadisch in den überlieferten MfS-Lageberichten des Bezirks wider. Aus dem Kreis Genthin ist die Meldung überliefert, dass zwei „operativ-bekannte negativ-dekadente“ Jugendliche nach Berlin fahren wollten. Beide seien der „Tramperbewegung“ zuzuordnen. ¹⁴ Zu dem am 25. Ok-

tober 1983 – aus Kontrollgründen – um einige Minuten zeitversetzt im DDR-Fernsehen übertragenen Konzert Lindenberg finden sich mehrere, vorwiegend ablehnende Eintragungen im Bestand der Magdeburger Stasi. Als ursächlich hierfür ist sicher anzusehen, dass das MfS in der Region nur sehr vereinzelt über inoffizielle Zuträger im Kreis der Jugendlichen verfügte. Das Alter der meisten IM lag jenseits der 25 Jahre. Ein nicht unerheblicher Teil war zudem SED-Mitglied, bei manchen Stasi-Abteilungen war sogar die Mehrheit der IM in der SED. Die Berichtersteller erinnerten immer wieder empört an Lindenberg's „Sonderzug“ und gingen auf die dort über Erich Honecker zu findenden Bezeichnungen ein. Sie äußerten ihr Unverständnis zum erlaubten Auftritt im Palast der Republik und fühlten sich durch das in ihren Augen „flegelhafte“ Bühnengehabe Lindenberg's in ihrer Meinung bestätigt.

Der vornehmlich durch außenpolitische Aspekte intendierte Vorgang hatte letztlich für die SED innenpolitisch durchaus problematische Folgen. Zumindest bei Teilen des eigenen Klientels führte er zu offenen Fragen. Auswahl und Form der an die SED gerichteten Berichterstattung lässt es zudem nicht abwegig erscheinen, dass der grundlegende Tenor durchaus auch die Meinung des eigenen MfS-Apparats transportierte, wie diese Aussage aus einem Magdeburger Großbetrieb: „Zu dieser Vorstellung war garantiert nur ausgesuchtes Publikum geladen und von diesem Publikum war auch noch der größte Anteil von den Sicherheitsorganen gestellt. Vor einiger Zeit war der Lindenberg noch das große Schwein, jetzt hat der mal etwas von Frieden gesungen und nun dauert es gar nicht mehr lange und ‚Erich‘ hängt dem einen Orden an die Brust. Für diesen Auftritt und für sein Friedenslied dürfen wir bald wieder einmal eine Sonderschicht fahren, denn so viel hat der garantiert für seinen Gesang bekommen.“¹⁵

Ob die wahren Hintergründe für das letztendliche Scheitern der geplanten Lindenberg-Tournee im Jahre 1984 im Bezirk bekannt wurden und welche Reaktionen dies bei seinen Fans hervorrief, zeigen die untersuchten Magdeburger Lageberichte nicht. Auszugehen ist wohl davon, dass es unter den Lindenberg-Liebhabern in der Region eine große Zahl Enttäuschter gab. Zumal Magdeburg als Tournee-Ort im Gespräch gewesen war. Die 1984 rückblickend für das gesamte Vorjahr erstellte Analyse der Stasi zur „politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen“ im Bezirk spiegelt dies und auch die Lindenberg-Themen des ersten und zweiten Halbjahres nicht explizit wider. Vielmehr drückte der Staatssicherheitsdienst in diesem Papier seine Gewissheit aus, dass die Mehrheit der Jugend weiterhin hinter der SED-Politik, insbesondere auch

hinter deren Friedenspolitik, stand. Das Hauptaugenmerk war auf die kirchlich geprägte Friedensbewegung zu richten, die dem staatlichen Vorgehen am deutlichsten feindlich gegenüberstünde. Einige Abschnitte der Analyse verwiesen auf die gezielte Förderung „sozialismusfremder Denk- und Verhaltensweisen“ durch westliche Medien. Besonders prägnant waren in diesem Zusammenhang „lose Jugendgruppierungen“, insbesondere von Punk-Anhängern. Resümiert wurde zudem, dass die SED, die FDJ und die Kreiskabinette für Kulturarbeit ihrer politischen bzw. staatlichen Kontrollaufgabe in Jugendclubs und Diskotheken nur in geringem Maße nachkamen.¹⁶ Insofern nahm die Analyse durchaus sicherheitspolitische Probleme auf, die beim Staatssicherheitsdienst für das Jahr 1983 im Zusammenhang mit der öffentlichen Reflektion Udo Lindbergs von Belang gewesen waren.

In den Folgejahren verliert sich die Spur Lindbergs in den Magdeburger Stasi-Lageberichten, mit einer Ausnahme: Ein 19-jähriger Udo-Fan aus Genthin teilte einem in der Bundesrepublik wohnenden Freund im Frühjahr 1985 per Brief sein Vorhaben mit, einen Fanclub namens „Andrea Doria“ zu gründen. Das MfS fing diesen Brief ab und leitete gegen den Genthiner eine Operative Personenkontrolle unter dem Decknamen „Sympathisant“ ein. Der Vorwurf bestand in der unterstellten Verherrlichung der „westlich-dekadenten Musikszene“ mittels einer „jugendlichen Gruppierung“. Dies sei an dem geplanten Fanclub für den als „renitent“ bekannten „BRD-Musiker“ Udo Lindenberg eindeutig festzumachen. Vorgesehen war, die Postkontrolle fortzuführen, die Mitglieder des Clubs zu identifizieren und die Gruppe dann zu „zersetzen“. Im Verlauf der Überwachung stellte sich heraus, dass der Fanclub in Genthin „mangels Interesse“ nicht zustande kam. Der junge Mann wurde zum Wehrdienst eingezogen, wodurch sich in der Sache eine weitere Untersuchung erübrigte. Das MfS nahm dessen ungeachtet jedoch für sich in Anspruch, die Personenkontrolle „erfolgreich“ abgeschlossen zu haben. Es sei gelungen, so der Abschlussbericht, die „Herausbildung einer operativ bedeutsamen jugendlichen Gruppierung unter Missbrauch legaler Möglichkeiten“ zu unterbinden.¹⁷

Wie beim Themenfeld der Rockmusik üblich, hatte sich der Staatssicherheitsdienst bei der Fangemeinde Udo Lindbergs in der DDR vornehmlich mit Jugendlichen auseinanderzusetzen. Nur in einem Bericht ist von Erwachsenen die Rede, die sich hinter bzw. vor die jungen Lindenberg-Fans stellten: Im eingangs erwähnten D-Zug 630 erhielt die Schülerin zur Überraschung der Zugbegleiterin und der Transportpolizisten Unterstüt-

zung von ihrer Lehrerin. Auch eine anwesende Klassenbegleiterin sprang ihr bei. Dieses besondere, couragierte Handeln hatte für beide Frauen eine Befassung seitens der MfS-Kreisdienststelle Haldensleben zur Folge. Auch der Chef der Kreisleitung der SED und der Vorsitzende des Rates des Kreises wurden informiert. Insofern ist es wohl auch im Sinne Udo Lindenbergs, den D-630 vom 10. April 1983 an dieser Stelle nachträglich zu einem „Sonderzug“ zu erklären.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bericht der Kreisdienststelle (KD) Haldensleben, Verhalten der Lehrerin ... und der Kindergärtnerin ..., vom 16. 05. 1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben – 729, S. 113 f., hier S. 114.
- 2 Vgl. Schreiben der Hauptabteilung IX/2, Rechtliche Einschätzung des Liedtextes „Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug nach Pankow“ von Udo Lindenberg, vom 07.02.1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX-4678, S. 92 – 94.
- 3 Vgl. Telegramm des Leiters der BV Magdeburg, Generalmajor Müller an alle Kreisdienststellen vom 23. 02. 1983, in: ebenda, S. 87 – 89.
- 4 Vgl. Schreiben o. Abs. o. Adr., o. D., in: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (Hg.): Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, Berlin 2013, S. 18 – 20.
- 5 Vgl. o. Abs., o. Adr., o. D., in: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX-4678, S. 107.
- 6 Vgl. BV Magdeburg, Abteilung XX/3, Zuarbeit zur wöchentlichen Berichterstattung vom 01. 02. 1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX-3791, o. S.
- 7 Vgl. Nachmeldung des Kreisschulamtes an den Bezirksschulrat zur Direktinformation vom 04. 02. 1983 zum besonderen Vorkommnis an der Erweiterten Oberschule Havelberg vom 10. 02. 1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX-4678, S. 153 – 155, hier S. 154.
- 8 Vgl. Sofortmeldung der BV Leipzig, KD Eilenburg an BV Magdeburg, KD Blankenburg vom 07.03.1983, in: ebenda, S. 105 f., hier S. 106.
- 9 Vgl. Aktenvermerk der KD OC vom 9. 3. 1983, ebenda, S. 124.
- 10 Vgl. Information der Abteilung VI; PKE Marienborn E über das mehrmals Anspielen des Liedes „Sonderzug nach Pankow“ in einer Disko in Wefensleben vom 16. 05. 1983, ebenda, S. 135.
- 11 Vgl. Erkenntnisse der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV Magdeburg aus der Bearbeitung von Operativen und Untersuchungsvorgängen ... über die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Diversion und der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit (Zeitraum 01. 01. 1983 – 30. 06. 1983) vom 14. 07. 1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG-5, S. 44 – 74, hier S. 47.

- 12 Vgl. Telegramm des Stellvertreter Operativ der BV Magdeburg, Oberst Dallmann an die Leiter der Kreisdienststellen und operativen Dienstseinheiten zur „Abschlussveranstaltung der Tournee ‚Treff mit Perry‘ am 25. 10. 1983 in Berlin unter Teilnahme des BRD-Sängers Udo Lindenberg“ vom 08. 10. 1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin – 4175, S. 503.
- 13 Zur Vorgeschichte, zum Verlauf und zu den Folgen des Konzerts Udo Lindenburgs in Berlin am 25. 10. 1983 siehe auch: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (Hg.): Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, Berlin 2013.
- 14 Vgl. Operative Information der KD Genthin an den Stellvertreter Operativ, Gen. Oberst Dallmann, an Abteilung XX und an AKG vom 21.10.1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin – 4175, S. 501 f.
- 15 Vgl. Bericht des IMS „Ulrich Stade“ zum Auftritt des Udo Lindenburgs vom 26. 10. 1983, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII – VII 590/66, Bd. 7, S. 235.
- 16 Vgl. Rückinformation der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV Magdeburg aus der Einschätzung der politisch-operativen Lage unter Jugendlichen Personenkreisen 1983 ... vom 15.03.1984, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG-73, S. 95 – 113.
- 17 Vgl. Abschlussbericht der KD Genthin zur OPK „Sympathisant“ vom 26. 11. 1985, in: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX-4489, S. 56 – 59, hier S. 59, siehe auch: BStU, MfS, BV Magdeburg, AOPK 2385/85, o.S.

Einsatz von Zeitzeugen – Wahrnehmungs- und gedächtnispsychologische Aspekte

Christine Stucke

Eine Einleitung in die Thematik Zeitzeugen: Glaubwürdigkeit und Glaubhaftigkeit

Zeitzeugen sind heutzutage in fast allen Medien tagtäglich präsent und ihr öffentlicher Aufmerksamkeitswert ist immens. Seine Bedeutung gewinnt der Zeitzeuge durch sein Zeugnis und dieses erlangt Glaubwürdigkeit durch die sinnliche Präsenz des Zeugen.¹ In der psychologischen Fachliteratur wird zwischen Glaubwürdigkeit und Glaubhaftigkeit unterschieden. Nach Nack bezieht sich die Glaubwürdigkeit auf die Persönlichkeit des Zeugen, d. h. im weitesten Sinne auf den Charakter einer Person². Aber auch eine Person, die als „untadelig“ bezeichnet wird und hohes gesellschaftliches Ansehen genießt, kann aus verschiedenen Gründen eine nicht korrekte Aussage tätigen. Aus diesem Grund sollte der Fokus eher auf dem Inhalt einer Aussage liegen. Dies wird als Glaubhaftigkeit der Sachdarstellung bezeichnet. Selbst wenn Sabrow darauf verweist, dass Zeitzeugen in medial vermittelten Kontexten nicht als „Tatzeugen“ auftreten, so sollte gerade vor dem Hintergrund, dass Zeitzeugen zunehmend die historische Aufmerksamkeitsökonomie bestimmen und Maßstäbe der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung prägen³, die Frage nach der Glaubhaftigkeit der Aussagen nicht nur erlaubt, sondern Standard sein. Dies zeigt sehr eindringlich der Fall „Wilkomirski“: Benjamin Wilkomirski hat 1995/96 im renommierten „Jüdischen Verlag“ sein Buch „Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939–1948.“ veröffentlicht.⁴ Er gibt in diesem Buch seine Erinnerung an das Grauen wieder, das ihm als kleiner Junge im Lager widerfahren ist. Im ersten Kapitel erklärt der Autor, dass er versuche, „mit Worten das Erlebte, das Gesehene so exakt wie möglich abzuzeichnen – so genau, wie es eben mein Kindheitsgedächtnis aufbewahrt hat.“⁵ Im Herbst 1998 erschien ein Artikel des Schweizer Journalisten Daniel Ganzfried, Sohn eines Holocaust-Überlebenden. Er wies nach, dass der kleine Bruno nachweislich die Kinderjahre sicher und behütet bei seinen Pflegeeltern, den Dossekkern, in der Schweiz verbrachte und somit das Beschriebene nie erlebt haben kann.⁶ Dieses Beispiel zeigt, dass die vermeintliche „emotionale“ Erfahrung des Zeitzeugen, die er im Rahmen der Geschichte erlebt, durchgestanden oder erlitten hat⁷,

auf Glaubhaftigkeit hätte geprüft werden müssen. Dies umfasst die Beurteilung, ob die Aussagen anders als durch einen tatsächlichen Erlebnishintergrund zustande gekommen sein können, aus der Vorstellungswelt, aus einem Traum oder aus Informationen von Dritten etc. entstammen.⁸

Mit letztgenanntem Aspekt beschäftigen sich die nachstehenden Ausführungen. Es wird versucht, die Frage zu beantworten, was die Zeitzeugen aus wahrnehmungs- und gedächtnispsychologischer Sicht aussagen und wann und unter welchen Umständen „Irrtümer“ entstehen können. Abschließend soll die Diskussion darüber angestoßen werden, wie sich derartige Aspekte im Prozess der Zeitzeugenbefragung berücksichtigen lassen.

Die Aufnahme von Informationen - wahrnehmungspsychologische Aspekte

Die Wahrnehmung dient dazu, uns über jene Eigenschaften der Umwelt zu informieren, die für unser Leben wichtig sind. Sie hilft uns, in der Welt angemessen agieren zu können.⁹

Im täglichen Leben glauben wir an eine unbestreitbare Stichhaltigkeit unserer Wahrnehmung. Der Satz „Ich habe es mit eigenen Augen gesehen!“ verdeutlicht unseren Wahrheitsanspruch. Was uns gewiss erscheint, kann keine Alternative haben.¹⁰ Bei genauem Nachdenken entstehen jedoch Zweifel. Wie sind z. B. optische Täuschungen zu erklären? Wieso erscheint uns die Farbe eines Gegenstandes als unveränderlich, obwohl sich die Qualität des von ihm reflektierten Lichtes ändern kann (Sonnenlicht, Halbschatten etc.)? Auch alltägliche Erfahrungen dürften die Zweifel unterstützen:

- Sie blicken auf Ihr Auto. Davor steht Ihr Partner und verdeckt einen Teil des Wagens. Würde unsere Wahrnehmung ein getreues Abbild der Realität sein, so würden Sie die Umrisse des Autos „unterbrochen“ sehen, genau dort wo Ihr Partner steht. Dem ist aber nicht so: Für Sie bleibt das wahrgenommene Auto „ganz“. Mit anderen Worten, Sie sehen „mehr“ als ihnen aus physikalischer Sicht an visueller Stimulierung geboten wurde. Unser Wahrnehmungssystem besitzt mächtige *Interpretationsregeln*, die kaum einer willentlichen Kontrolle unterliegen.¹¹
- Sie fahren mit ihrem Auto an eine Kreuzung. Das von rechts kommende Fahrzeug hat Vorfahrt. Dies wissen Sie natürlich. In dem Moment sehen Sie auf der gegenüberliegenden Seite einen Bekannten und ehe Sie sich versehen, „kracht“ es. Was ist geschehen? Für einen kurzen Moment war der Bekannte so wichtig, dass Sie

alles andere ausgeblendet haben. Die (visuelle) Wahrnehmung ist keine „Bildübertragung“, sondern es werden Informationen ausgewählt und verarbeitet.¹² Wahrnehmung ist immer auch Auswahl. Diese *Selektion* wird durch Aufmerksamkeitsprozesse gesteuert. Das Problem ist allerdings, dass nicht notwendigerweise die wichtigen und entscheidenden Ereignisse in den Aufmerksamkeitsfokus geraten müssen. Da wir dies aber oft glauben, sprechen Chabris und Simons von der sogenannten *Aufmerksamkeitsillusion*.¹³

Wahrnehmung ist direkt mit Prozessen des Erkennens und Handelns verbunden. Mit anderen Worten: Wir sehen die Dinge immer vor dem Hintergrund unserer bisherigen Erfahrungen, unseres Wissens und unseren Erwartungen, einschließlich von Vorurteilen. Aber auch unsere Befindlichkeiten und Handlungen im Moment der Wahrnehmung haben einen wesentlichen Einfluss. Gerade bei Angst- bzw. Stresszuständen kann sich die Wahrnehmung deutlich verändern.

Zusammenfassend können wir feststellen: Die Wahrnehmung liefert *kein Abbild* der Realität, sondern es erfolgt eine (*Re-*)*Konstruktion* derselben.¹⁴

Die Speicherung von Informationen – gedächtnispsychologische Aspekte

Wenn unsere Wahrnehmung schon so einige „Tücken“ für uns bereithält, dann sollte doch unser Gedächtnis weitestgehend „funktionieren“ – oder? Die Harvard-Universität hat dazu eine Umfrage unter 1.500 Menschen durchgeführt. 63 % der Befragten gaben ab, dass sie glauben, das menschliche Gedächtnis arbeite wie eine Videokamera, die alles aufzeichnet, um es später im Geiste abspielen zu können. Fast die Hälfte der Probanden geht davon aus, dass sich die einmal eingeprägte Erinnerung an ein Ereignis nicht mehr verändert.¹⁵ Diese „alltagspsychologische“ Auffassung mag zwar beruhigend sein, stellt aber eine Illusion dar. Die Hirnforschung hat in den letzten Jahren gezeigt, dass unsere naiven Vorstellungen vom Gedächtnis wenig mit der eigentlichen Arbeitsweise des zentralen Nervensystems zu tun haben. Bevor wir uns mit den „Fehlleistungen“ des Gedächtnisses beschäftigen, soll zunächst geklärt werden, was das Gedächtnis leistet und wie es aufgebaut ist.

Modularer Aufbau unseres Gedächtnisses

Unser Gedächtnis ist ein komplexes psychisches Gebilde und Grundlage aller psychischen Phänomene. Es ist Voraussetzung jeder Orientierungsleistung und steuert unser

Verhalten in einer aktuell gegebenen Situation: Informationen werden aus der Umwelt oder aus dem Organismus in Abhängigkeit vom Kontext und der Befindlichkeit aufgenommen, verarbeitet und gespeichert. Diese Informationen können dann „zu einem späteren Zeitpunkt anforderungs- und bedingungsabhängig erinnert, modifiziert oder zur Erzeugung neuer Informationen genutzt werden“.¹⁶ Wir unterscheiden zunächst zwischen Art- und Individualgedächtnis.

Das *Artgedächtnis* umfasst den Anteil vererbten Wissens (zum Beispiel unbedingte Reflexe, angeborenen Ängste, Kampf- und Fluchtverhalten).

Im *Individualgedächtnis* sind dagegen durch individuelle Lernprozesse erworbenes Wissen und Handlungen gespeichert. Zu den grundlegenden Eigenschaften unseres Individualgedächtnisses gehört, dass es sich in Stadien herausbildet. Man unterscheidet zwischen einem Kurz- und einem Langzeitgedächtnis. Das Kurzzeitgedächtnis behält die Informationen nur Minuten und die Aufnahmekapazität ist begrenzt.¹⁷ Das Langzeitgedächtnis hält dagegen viele Tage, Monate oder Jahre. Die Speicherkapazität ist quasi unbegrenzt. Experimente lassen darauf schließen, dass Inhalte aus dem Kurzzeitgedächtnis stufenweise ins Langzeitgedächtnis überführt werden.¹⁸

Das Individualgedächtnis umfasst einen impliziten/nicht deklarativen und einen expliziten/deklarativen Speicher.

- Der *implizite Speicher* enthält Informationen, deren Vorhandensein sich im Verhalten zeigen, aber in der Regel nicht bewusst abgerufen werden können. In diesem Gedächtnis sind beispielsweise Wahrnehmungs- und Bewegungsfertigkeiten gespeichert. Wenn man das Schwimmen oder Radfahren einmal gelernt hat, dann tut man es einfach. Das implizite Gedächtnis setzt jedoch einen längeren Lernprozess voraus. Dafür sind in der Literatur bisher keine „Gedächtnisfehler“ beim impliziten Speicher diskutiert worden: Auch wenn man Jahre lang nicht geschwommen ist, kann man es noch.
- Eine ganz andere Charakteristik zeigt dagegen der *explizite Speicher*. Hier werden Faktenwissen und selbst erlebte Ereignisse (z. B. autobiographischer Erlebnisse) gespeichert. Es sind Informationen, an die wir uns bewusst erinnern und die wir abrufen können.¹⁹ Allerdings hat unser expliziter Speicher einen „kreativen Charakter“, d. h. er hortet kein Wissen und keine früheren Erfahrungen wie „verstaubte Ausstellungsstücke in einem Museum“.²⁰ Nach allgemeiner Ansicht,

speichert er so genannte *Kernerinnerungen*. Beim Abruf werden diese dann ausgearbeitet und rekonstruiert. Dabei kommt es zu Abzügen, Hinzufügungen, Ausschmückungen und Verzerrungen.²¹

Im Folgenden soll ein Teil dieser „Retuschierungen“ betrachtet werden. Daniel Schacter hat diese vermeintlichen „Fehlleistungen“ als die „sieben Sünden“ unseres Gedächtnisses bezeichnet. Sie sind Nebenprodukt ansonsten wünschenswerter und adaptiver Eigenschaften des menschlichen Geistes.²²

Drei „Unterlassungssünden“ des expliziten Gedächtnisses

Bei den Unterlassungssünden schaffen wir es nicht, Ereignisse, Gegenstände, Fakten etc., an die wir uns erinnern möchten, ins Bewusstsein zu rufen:

- Unter *Transienz* (Vergänglichkeit) wird eine Schwächung oder ein Verlust des Gedächtnisses im Laufe der Zeit verstanden.²³ Kurz nach dem Erleben eines Ereignisses bewahrt das Gedächtnis ein relativ vollständiges „Protokoll“ über das Erlebte. Je mehr Zeit vergeht, umso mehr verblassen die Inhalte. Übrig bleibt das, was die betreffende Person als wesentlich betrachtet, Einzelheiten werden durch Vermutungen oder Schlussfolgerungen rekonstruiert.²⁴ Die Transienz ist altersabhängig. Bei Menschen ab dem 60. – 70. Lebensjahr kann die Transienz ausgeprägter sein als bei jüngeren Personen. Allerdings spielen weitere Faktoren, wie z. B. das Ausbildungsniveau, eine Rolle.²⁵ Die Transienz kann durch Geschehnisse, die nach dem Speichern des Ereignisses stattfinden, erhöht sein (Routinehandlungen, starke Emotionen).
- Die *Geistesabwesenheit* entsteht, wenn wir unsere Aufmerksamkeit nicht auf die Dinge richten, an die wir uns später erinnern wollen oder sollen.²⁶ Es entstehen sogenannte „Aufmerksamkeitslücken“. Oftmals treten sie bei Routineaktivitäten und gut beherrschten Handlungen auf. Diese laufen unbewusst ab (implizites Gedächtnis) und dadurch kann sich unser Bewusstsein anderen Dingen zuwenden. Der Nachteil ist jedoch quasi eine „Amnesie“ des automatisch ablaufenden Verhaltens.
- Jeder kennt diese Situation: Wir begegnen auf der Straße einem Menschen, den wir gut kennen. Wir wissen fast alles über ihn – nur eine Sache fällt uns während des Gespräches nicht ein: der Name. In dieser Situation sind wir Opfer einer *Blockierung* geworden, d. h. wir wissen, dass wir die Information gespeichert

haben, können sie aber im passenden Moment nicht abrufen. Die Blockierung betrifft sehr häufig gerade Personennamen. Dies liegt daran, dass diese in unserem Kulturkreis in der Regel keine Merkmale der Person bezeichnen (wenn jemand Müller heißt, dann wird er selten als Müller arbeiten). Das Abrufen von Informationen wird somit bei Namen erschwert und tritt ab dem 50. Lebensjahr gehäuft auf. Blockierungen können uns jedoch auch bei anderen Eigennamen verzweifeln lassen: Ortsbezeichnungen, Büchertitel, Filmenamen, bekannte Melodien usw. Sie treten vor allem dann auf, wenn wir die Informationen lange nicht verwendet haben oder es sich um „isoliertes“ Wissen handelt.

Vier „Begehungssünden“ des expliziten Gedächtnisses

Bei den Begehungssünden liegt eine Form der Erinnerung vor, die entweder „falsch“ oder unerwünscht ist.²⁷ Diese Problematik ist insbesondere in der Arbeit mit Zeitzeugen zu beachten:

- Eine Begehungssünde ist die *Fehlattribution*: Wir halten eine Idee für das Produkt unserer Überlegungen, obwohl wir den Sachverhalt in Wirklichkeit irgendwo gelesen oder gesehen haben (Bücher, Filme etc.).²⁸ Dies kann so weit gehen, dass wir glauben, bestimmte Ereignisse miterlebt zu haben, obwohl es nachweislich nicht möglich war („Kriegserinnerungen“). Besonders häufig sind die so genannten *Quellenfehlattributionen*. In diesem Fall erinnert sich eine Person korrekt an einen Sachverhalt/ Ereignis, bezieht dies aber auf eine falsche Zeit, einen falschen Ort, eine falsche Person etc. Ursachen sind so genannte Bindungsfehler: Verschiedene Komponenten eines Erlebnisses werden nur unzureichend miteinander verknüpft. Ältere Personen neigen vermehrt zu Quellenfehlattributionen.
- Unter *Suggestibilität* versteht man die „Veränderung“ des Gedächtnisses durch Informationen von externen Quellen (Personen, Bildern, Massenmedien etc.).²⁹ Diese Informationen werden dem eigenen Gedächtnis einverleibt und als „reale“ persönliche Erfahrungen abgespeichert. Bei den Aussagenden liegt keine Täuschungsabsicht vor.³⁰ Suggestierte „Erinnerungen“ sind sehr hartnäckig. Untersuchungen haben ergeben, dass Personen selbst dann noch die Falschinformationen abrufen und wiedergeben, wenn sie wissen, dass sie suggeriert worden sind! Zusammen mit emotionalem Stress und sozialem Druck kann Suggestion die Erinnerung so verzerren, dass Menschen glauben, Verbrechen begangen zu haben!³¹

Selbst sehr persönliche Aspekte unserer Vergangenheit sind durch Suggestion veränderbar. Menschen mit hohem Vorstellungsvermögen und Kreativität sowie Kinder sind besonders gefährdet.

- Bei der *Verzerrung* beeinflussen aktuelle Kenntnisse und Überzeugungen unsere Erinnerungen. Es können fünf Hauptarten unterschieden werden:³² Bei den *Konsistenz- und Veränderungsfehlern* wird unsere Vergangenheit so konstruiert, dass sie der Gegenwart entweder sehr ähnelt oder sich von dieser deutlich unterscheidet. In der Rückschau glauben Menschen irrtümlicherweise, dass sich ihre frühere politische Einstellung nicht von der gegenwärtigen unterscheiden würde.³³ Personen haben häufig *keine* klare Erinnerung daran, was sie in der Vergangenheit dachten oder glaubten und leiten frühere Überzeugungen und Einstellungen aus gegenwärtigen Überlegungen ab. Bei den *Rückschaufehlern* rekonstruieren wir die Vergangenheit, damit sie konsistent mit dem Wissen der Gegenwart wird: Wenn wir den Ausgang eines Ereignisses kennen, dann haben wir das Gefühl, dies im Voraus gewusst zu haben.³⁴ Dieser Fehler ist sehr hartnäckig. Selbst wenn man versucht, Ergebniswissen zu ignorieren, gelingt dies in der Regel nicht. Bei den *egozentrischen Gedächtnisfehlern* werden vergangene Erlebnisse so interpretiert, dass die Person sich selbst von der besten Seite zeigt. Dieser „Selbstschutz“ wird zum Beispiel durch selektives Erinnern, Über- oder Untertreibung früherer Schwierigkeiten oder Abwertung der Vergangenheit erreicht. *Stereotype Gedächtnisfehler* entstehen durch Verallgemeinerung früherer Erfahrungen.³⁵ Die Bildung von Stereotypen kategorisiert unser Wissen und hilft uns, neue Informationen schnell und vielfach unbewusst zu bewerten. Allerdings entstehen gerade dann Fehler bei der Einordnung in Kategorien, wenn veränderte Situationen nicht beachtet werden.
- Unter *Persistenz* versteht man den wiederholten, bewusst nicht steuerbaren Gedächtnisabruf störender Informationen oder von Erlebnissen, die man am liebsten vergessen möchte.³⁶ Eine harmlose Version sind die sogenannten „Ohrwürmer“. Anders verhält es sich, wenn sich die unerwünschten Erinnerungen auf emotional erregende (meist sehr belastende) Erlebnisse beziehen (z.B. Kriegserlebnisse, politische Haft und Folter). Dann kann die Persistenz Teil einer Symptomatik sein, die auf eine „Posttraumatische Belastungsstörung“ hinweist.³⁷

Zeitliche Aspekte des Erinnerns

Bei spontaner Erinnerung autobiographischer Sachverhalte gibt es Altersabschnitte, an die sich besser und detailgetreuer erinnert wird als an andere. Dies wird als *Reminiszenzeffekt* bezeichnet.³⁸ Allgemein bekannt ist, dass sich ein Mensch so gut wie kaum an Geschehnisse in den ersten Lebensjahren erinnern kann (ca. bis zum 3./4. Lebensjahr) – die so genannte „*frühkindliche Amnesie*“. Dagegen hat die Mehrzahl der Menschen viele Erinnerungen an ihre Jugend und an das junge Erwachsenenalter (ca. vom 15. – 25. Lebensjahr). Danach nimmt die Anzahl der Erinnerungen wieder ab. Ein weiterer Erinnerungshöhepunkt bezieht sich auf die jeweils letzten Jahre.³⁹ Reminiszenzeffekte treten vor allem bei Personen ab dem 60. Lebensjahr deutlich zu Tage und gelten als sehr robustes Phänomen: Sie sind selbst unter extremen pathologischen Umständen nachweisbar.⁴⁰

Umgang mit „Fehlleistungen“ in Rahmen der Zeitzeugenbefragung

Die hier vorgestellten „Fehlleistungen“ unseres Gedächtnisses stellen i. d. R. keine klinischen Ausfallerscheinungen dar, sondern sind Ausdruck einer speziellen Arbeitsweise unseres Gehirns. Schacter drückt dies treffend so aus: „Unser Gedächtnis verwaltet die Vergangenheit nicht, sondern ist damit beschäftigt, die Gegenwart zu bewältigen und eine mögliche Zukunft zu entwerfen.“⁴¹

Die Arbeitsweise unseres Gedächtnisses ist zunächst also nicht für eine Zeitzeugentätigkeit ausgelegt. Wie geht man nun mit dieser Problematik um? Welche Möglichkeiten haben wir, um die „Unzulänglichkeiten“ einzudämmen?

Das Zeitzeugeninterview und die Zeitzeugenbefragung

Die Arbeit mit Zeitzeugen reicht von wissenschaftlich geleiteten qualitativen Befragungen bis hin zu medial inszenierten Interviews. Es werden unterschiedliche Techniken eingesetzt, welche die subjektive Sichtweise der Befragten über vergangene Ereignisse ermitteln.⁴² Oftmals handelt es sich um „halbstandardisierte Befragungen“, wobei die mündliche Form bevorzugt wird. Die Besonderheit liegt darin, dass der Gesprächsverlauf im entscheidenden Maße durch den Befragten mit bestimmt werden kann. Sollen die Informationen aus der Zeitzeugenbefragung über das bekannte historische Wissen hinausgehen, so sind bestimmte Standards für Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Befragung einzuhalten⁴³:

- Im Rahmen der *Vorbereitung* ist neben der Auswahl der Zeitzeugen, dem Festlegen des Befragungsthemas und der Auswahl der Interviewer unter anderem zu klären, welche Befragungstechnik eingesetzt werden soll (Leitfadeninterview, fokussiertes oder narratives Interview).
- Während der *Durchführung* besteht die Hauptaufgabe des Interviewers in der Steuerung der Befragung. Dabei muss die richtige Balance zwischen „Eingreifen“ und „Laufenlassen“ gefunden und eine angemessene Befragungsdauer eingehalten werden. Die Befragung ist aufzuzeichnen und zu dokumentieren. Dazu zählen auch ergänzende Notizen des Interviewers wie Beschreibung des Zeitzeugen, Gesprächsatmosphäre, evtl. Unterbrechungen und Störungen aber auch Notizen über eigene Gedanken und Gefühle (z. B. ob der Zeitzeuge die Erlebnisse „erfunden“ hat).
- Vor der *Auswertung* muss das Datenmaterial dokumentiert und aufbereitet werden. Bei Tonaufzeichnungen erfolgt eine Transkription, für die es entsprechende Richtlinien gibt.⁴⁴ Die weiteren Schritte sind abhängig von der Zielstellung. Bei der wissenschaftlichen Arbeit mit Zeitzeugen wird mit einer Kodierung begonnen, d. h. Wörtern, Satzteilen, Sätzen oder ganzen Abschnitten werden Schlagwörter (Konstrukte) zugewiesen. Diese Schlagwörter sollten theoriegeleitet aufgestellt werden.

Umgang mit „Unterlassungssünden“

Wesentlich in der Arbeit mit Zeitzeugen ist zunächst die Kenntnis der Unterlassungssünden, vorbeugen bzw. verhindern lassen sie sich nur bedingt.

- Unter *Transienz* leiden alle Menschen. Um die Stärke dieser Unterlassungssünde einzuschätzen, sollte das Alter des Zeitzeugen und sein Ausbildungsniveau betrachtet werden. Eine höhere Bildung kann die Transienz vermindern.⁴⁵ Auch die Frage, wie häufig der Zeitzeuge seine Erlebnisse geschildert hat, hilft bei der Einschätzung. Wenn man über Erlebnisse nachdenkt und darüber spricht, erhöht man die Wahrscheinlichkeit späteren Erinnerns⁴⁶ – allerdings droht die Gefahr von Verzerrungen. Helfen können auch Kenntnisse darüber, was der Zeitzeuge noch getan hat, um das Ereignis zu behalten beispielsweise das Ansehen von selbst erstellten Fotos und Videos.
- Gedächtnisfehler durch *Geistesabwesenheit* entstehen durch Aufmerksamkeitslücken. Wurde die Information nicht aufgenommen und gespeichert, so kann dies im Nachhinein nicht korrigiert werden. Etwas anders verhält es sich, wenn die In-

formation gespeichert wurde, aber beim Abrufen „übersehen“ wird. Hier kann es helfen, wenn der Zeitzuge aufgefordert wird, sich an Details zu erinnern und sich verschiedene Merkmale der Situation / des Ereignisses zu vergegenwärtigen. Vor allem ältere Zeitzugen profitieren davon, da ihnen ein selbst initiiertes Gedächtnisabruf schwerer fällt.⁴⁷ Aber Achtung: Es besteht die Gefahr der Suggestion!

- Um Blockierungen vorzubeugen oder zu beseitigen gibt es in der Literatur unterschiedliche Ratschläge.⁴⁸ So soll die Aufmerksamkeit auf etwas anderes gerichtet werden, damit die Blockierung sich löst. Als hilfreich werden auch Hinweisreize angesehen (aber Vorsicht vor Suggestion). Eine bedeutende Rolle spielt der Zeitfaktor: Lässt man dem Zeitzugen genügend Zeit, so löst sich die Blockierung meist von selbst.

Umgang mit „Begehungssünden“

Fehlattritionen und Suggestionenwirkungen lassen sich durch eine geschickte Interviewtechnik abmindern oder sogar verhindern. Des Weiteren gibt es Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit die Zeugenaussagen diesen „Begehungssünden“ unterliegen.

- *Fehlattritionen* können gemindert werden, wenn der Interviewer den Zeitzugen bittet, erinnerte Einzelheiten mit weiteren Objekten oder Handlungen zu verbinden. Der Zeitzuge sollte aufgefordert werden, die Erlebnisse und Ereignisse nicht im Sinne von „ja – nein“ oder „trifft zu – trifft nicht zu“ zu beschreiben, sondern sich auf möglichst genaue Erinnerungen zu verlassen.⁴⁹ Entsteht während der Zeitzugenbefragung der Verdacht einer Fehlattrition, dann muss dieser überprüft werden.⁵⁰ Folgende Fragen können hilfreich sein: Hat die Aussage des Zeitzugen die gleiche formale Struktur wie eine früher getätigte Aussage oder treten beim Zeitzugen „neue“ Erkenntnisse auf, die Ähnlichkeiten mit Darstellungen in Büchern, Filmen etc. haben? Gibt es logische Zusammenhänge zwischen der Darstellung des Kerngeschehens und des peripheren Geschehens bzw. sind deutliche „Brüche“ erkennbar? Kann der Zeitzuge verschiedene Ebenen des Ereignisses miteinander verbinden, geht er auf Details ein und verknüpft diese folgerichtig oder stehen die Aussagen zusammenhangslos nebeneinander?
- *Suggestionen* können in einem hohen Maße durch eine entsprechende Fragetechnik abgemindert bzw. vermieden werden. Grundlage bildet eine entsprechende Schulung der Interviewer. Hilfreich ist es, Elemente des „*kognitiven Interviews*“ in

die Zeitzeugenbefragung zu integrieren.⁵¹ Werden *Suggestionenwirkungen* beim Zeitzeugengespräch vermutet, müssen diese abgeschätzt werden. Dabei können folgende Fragen hilfreich sein: Wie häufig fanden vorangegangene Gespräche statt? Welche Voreinstellungen und Erwartungen auf das zu erinnernde Ereignis werden kommuniziert? Wie eng ist die Beziehung zwischen Zeugen und Interviewer? Welche Veränderungen in den Aussagen treten im zeitlichen Verlauf und in Abhängigkeit vom Alter des Zeugens auf?⁵²

- *Verzerrungen* dienen dem Selbstwertgefühl und sind fester Bestandteil unserer Kognitionen. Sie tragen zur Verringerung der „kognitiven Dissonanz“ bei, d. h. sie verringern das Unbehagen, welches aus einander widersprechenden Gedanken und Gefühlen erwächst. Somit sind Verzerrungen kaum zu verhindern oder abzumindern. Im Rahmen von Zeitzeugenbefragungen kann also „nur“ abgeschätzt werden, inwieweit Verzerrungen auftreten. Möglichkeiten wären: Prüfung der logischen Konsistenz der Aussage,⁵³ Abgleich mit geschichtlichen Fakten sowie Einsatz von Elementen des „kognitiven Interviews“.
- Die *Persistenz* entsteht durch einen sehr engen Zusammenhang zwischen Gedächtnis- und emotionalen Prozessen. Menschen erinnern sich besser an Ereignisse, die mit starken Emotionen besetzt sind.⁵⁴ Ob Persistenz von negativen Ereignissen „chronisch“ wird, hängt entscheidend davon ab, was nach einem psychischen Trauma geschieht. Persistenz kann abgemindert werden durch eine kognitive und emotionale Einordnung in bisherige Erfahrungen bzw. in einen größeren Rahmen. Tritt die Persistenz im Rahmen einer Posttraumatischen Belastungsstörung auf, so sollte diese unbedingt durch Fachpersonal behandelt werden. Eine Zeitzeugenbefragung kann die Symptomatik verstärken und sollte, wenn überhaupt, nur in Absprache mit dem Therapeuten erfolgen.

Umgang mit Reminiszenzeffekten

Reminiszenzeffekte sind Teil unseres Gedächtnisses. Sie können nicht verhindert, müssen aber im Rahmen der Zeitzeugenbefragung beachtet werden: So ist das Alter des Zeitzeugens in Bezug zum Erinnerungszeitraum zu setzen und abzuschätzen, wie detailliert eine Erinnerung vor dem Hintergrund des Reminiszenzeffektes möglich ist.

Fazit und Ausblick

Dem Zeitzeugnis wird im medialen Kontext „Authentizität“ und damit ein Wirklichkeitsvorsprung unterstellt.⁵⁵ Gleichzeitig gehen Historiker von einem eingeschränkten wissenschaftlichen Erkenntniswert aus, der Zeitzeuge wird sogar als „geborener Feind des Historikers“ angesehen.⁵⁶ Diese „Diskrepanz“ ist u. a. auch darauf zurückzuführen, dass in bisherigen Veröffentlichungen kaum diskutiert wird, ob und vor allem wie die Aussagen von Zeitzeugen zu prüfen sind. Dies gilt oftmals sogar als ein Tabu der Zeitgeschichte. Der erwähnte Fall Wilkomirski zeigt die Schwierigkeiten auf, bei der sprachlichen Rekonstruktion von persönlichen Erinnerungen zwischen Fakten und Fiktionen zu unterscheiden. Es fehlen entsprechende belastbare Kriterien. Eine Möglichkeit besteht in der wissenschaftlichen Überprüfung, inwieweit die Realkennzeichen der Aussagepsychologie⁵⁷ auf diesen Kontext übertragen bzw. modifiziert werden können. In diesem Zusammenhang muss auch hinterfragt werden (dürfen), inwieweit psychische Spätfolgen von Erlebnissen (Haft, Folter) die Zeitzeugenaussage beeinflussen.

Letztendlich ist es der Respekt vor dem Zeitzeugen, vor seinem Erlebten, aber auch der vor dem Rezipienten, der solche Forschungen dringend notwendig macht. Jede Arbeit mit Zeitzeugen bedarf des Verantwortungsbewusstseins, möglichst zwischen Faktizität und Fiktion zu unterscheiden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass historische Ereignisse zu Glaubensfragen werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Sabrow, Martin: Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Sabrow, Martin / Frei, Norbert (Hrsg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, S. 24.
- 2 Vgl. Nack, Armin: Glaubwürdigkeit und Glaubhaftigkeit, in: Kriminalistik, Bd. 4 (1995), S. 257–262.
- 3 Vgl. Sabrow, Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Sabrow / Frei 2012, S. 32.
- 4 Vgl. Wilkomirski, Benjamin: Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939–1948, Frankfurt / M. 1995.
- 5 Vgl. ebenda, S. 8.
- 6 Vgl. Ganzfried, Daniel: Die geliehene Holocaust-Biographie, in: Die Weltwoche Nr. 35 vom 27.09. 1998, S. 45 f.
- 7 Vgl. Saupé, Achim: Zur Kritik des Zeugen in der Konstitutionsphase der modernen Geschichtswissenschaft, in: Sabrow, Martin / Frei, Norbert (Hrsg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, S. 92.

- 8 Vgl. Greul, Luise (u. a.): Glaubhaftigkeit der Zeugenaussage. Die Praxis der forensisch-psychologischen Begutachtung, Weinheim 1998.
- 9 Vgl. Goldstein, Bruce, E.: Wahrnehmungspsychologie, Heidelberg/ Berlin 2002, S. 3.
- 10 Vgl. Maturana, Humberto, R. / Francisco, J. Varela: Der Baum der Erkenntnis, Bern / München 1990, S. 20.
- 11 Vgl. Mausfeld, Rainer: Wahrnehmung, in: Strube, Gerhard / Becker, Barbara u. a. (Hrsg): Wörterbuch der Kognitionswissenschaft, Stuttgart 1996, S. 777 – 792.
- 12 Vgl. Goldstein 2002, S. 10.
- 13 Vgl. Chabris, Christopher / Simons, Daniel: Der unsichtbare Gorilla, München 2011, S. 69.
- 14 Vgl. Maturana / Francisco 1990, S. 31.
- 15 Vgl. Chabris / Simons 2011, S. 68.
- 16 Vgl. van de Meer, Elke: Gedächtnis, in: Lexikon der Psychologie, Bd. 2, Heidelberg/ Berlin 2001, S. 99.
- 17 Vgl. Myers, David, G.: Psychologie, Heidelberg 2005, S. 384 f.
- 18 Vgl. Kandel, Eric: Auf der Suche nach dem Gedächtnis, München 2006, S. 228.
- 19 Vgl. Myers 2005, S. 389.
- 20 Degen, Rolf: Lexikon der Psycho-Irrtümer, München 2002, S. 233.
- 21 Kandel, 2006, S. 307.
- 22 Vgl. Schacter, Daniel, L.: Aussetzer – Wie wir vergessen und uns erinnern, Bergisch Gladbach 2005, S. 12.
- 23 Vgl. ebenda, S. 13.
- 24 Vgl. ebenda, S. 31.
- 25 Vgl. ebenda, S. 38.
- 26 Vgl. ebenda, S. 13.
- 27 Vgl. ebenda, S. 15.
- 28 Vgl. ebenda, S. 146.
- 29 Vgl. ebenda, S. 182.
- 30 Vgl. Greul 1998, S. 179-201.
- 31 Vgl. Schacter 2005, S. 192.
- 32 Vgl. ebenda, S. 221.
- 33 Vgl. ebenda, S. 222.
- 34 Vgl. ebenda, S. 232.
- 35 Vgl. ebenda, S. 244.
- 36 Vgl. ebenda, S. 15.
- 37 Vgl. Möller, Hans-Jürgen / Laux, Gerd / Deister, Arno: Psychiatrie und Psychotherapie, Stuttgart 2005, S. 233 f.

- 38 Vgl. Draaisma, Douwe: Warum das Leben schneller vergeht, wenn man älter wird, München 2007, S. 214 f.
- 39 Vgl. ebenda, S. 216.
- 40 Vgl. ebenda, S. 237.
- 41 Vgl. ebenda, S. 32.
- 42 Vgl. Bortz, Jürgen/ Döring, Nicola: Forschungsmethoden und Evaluation, Heidelberg 2006, S. 308–321.
- 43 Vgl. ebenda, S. 314–316.
- 44 Vgl. Flick, Uwe (u. a.) (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg 2008; Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung, Weinheim / Basel 2005.
- 45 Vgl. Schacter 2005, S. 39.
- 46 Vgl. ebenda, S. 55.
- 47 Vgl. ebenda, S. 91.
- 48 Vgl. ebenda, S. 59–60.
- 49 Vgl. ebenda, S. 152–156.
- 50 Vgl. Greul (u. a.) 1998, S. 95–96.
- 51 Vgl. ebenda, S. 96–73.
- 52 Vgl. ebenda, S. 200.
- 53 Vgl. ebenda, S. 96.
- 54 Vgl. Degen, Rolf: Lexikon der Psycho-Irrtümer, München 2002, S. 189.
- 55 Vgl. Welzer, Harald: Vom Zeit- zum Zukunftszeugen, in: Sabrow, Martin / Frei, Norbert (Hrsg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, S. 33.
- 56 Vgl. Sabrow, Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten, ebenda, S. 33.
- 57 Vgl. Greul (u. a.) 1998, S. 100 ff.

Historisches Gedenkwort für Henning von Tresckow

Horst Möller

Das Landeskommando Sachsen-Anhalt der Bundeswehr und die Landeshauptstadt Magdeburg erinnerten am 20. Juli 2014 mit einer Gedenkfeier sowie einer Kranzniederlegung an den gebürtigen Magdeburger und Widerstandskämpfer Henning von Tresckow. Die Veranstaltung anlässlich des gescheiterten Hitler-Attentats vor 70 Jahren fand in unmittelbarer Nähe der Henning-von-Tresckow-Stele am Rande des Magdeburger Nordparks statt. In diesem Rahmen hielt Prof. em. Dr. Horst Möller die folgende Rede.

Sehr verehrte, liebe Frau von Aretin, liebe Familie von Aretin, meine Damen und Herren!

Wie einsam muss Generalmajor Henning von Tresckow, Stabschef der 2. Armee in der Heeresgruppe Mitte, gewesen sein, als er sich in einem Wald bei Nowosiolki in Russland das Leben nahm? Der erst 43jährige ließ seine Familie zurück und ein Deutschland, dass durch das Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 die letzte Chance verlor, sich selbst aus der grauenhaften Diktatur des Nationalsozialismus zu befreien. Er ließ ein Volk und eine Wehrmacht zurück, die noch etwa neun Monate weiterkämpften, bis weite Teile Europas und Deutschland selbst materiell und moralisch einer Trümmervüste glichen.

Hätte Tresckow überleben können? Gab es für ihn nach dem Attentat vom 20. Juli, das er selbst maßgeblich mit vorbereitet hatte, eine Alternative? Nein, die Selbsttötung war der einzige Dienst, den er seiner Frau, seinen Kindern, seinen Mitkämpfern gegen Hitler noch erweisen konnte. Da viele Spuren zu ihm als einer der Schlüsselfiguren des militärischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur führten, wäre er verhaftet worden und weitere Mitverschwörer ins Visier der Gestapo geraten, seiner Familie drohte Sippenhaft. Um sie zu schützen, tarnte er seinen Suizid, als ob er im Kampf gefallen wäre, doch brachten die späteren Prozesse seine Beteiligung ans Licht, weshalb die Verhaftung von Familienmitgliedern folgte.

Können heutige Generationen verstehen, was Widerstand in dieser Diktatur bedeutete? Oft beschleichen mich Zweifel, wenn ich Diskussionen, sogar solche von Historikern, darüber höre. Da begegnet seit den 1960er Jahren der absurde Missbrauch des Wortes „Widerstand“ für oppositionelles Verhalten in einer Demokratie, da gewinnt man zuweilen den Eindruck, jeder hätte einfach gegen das Unrechtsregime, gegen die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland protestieren können. Natürlich gab es unterschiedliche Formen von Resistenz und Opposition.

Widerstand im engeren Sinne ging vom Einzelnen aus, bedurfte aber, wenn er Erfolg haben wollte, normalerweise eines Netzes von mehreren Personen, wenn man vom Einzelfall des Attentäters Georg Elser 1939 absieht. Widerstand im engeren Sinn richtete sich auf die Beseitigung Hitlers und den Sturz der Diktatur. Und da wird der Kreis derjenigen, die das wagten, sehr, sehr klein. Sie mussten im Geheimen agieren, möglichst wenig Material hinterlassen, das sie belastet hätte.

In einer Diktatur, die Zehntausende ihrer Gegner folterte und ermordete, die für millionenfachen Massenmord verantwortlich war, gehörte zu solchem organisierten Widerstand ungeheurer Mut.

Aber handelte es sich nur um den persönlichen Mut? Durfte man durch seinen eigenen Mut andere gefährden – die eigene geliebte Familie, die Gesinnungsgenossen? Durfte man den Diktator töten, wenn dabei auch Unschuldige getötet wurden? Durfte man als Soldat seinen Eid brechen? Durfte man sein im Krieg stehendes Vaterland gefährden und den Feinden die Eroberung erleichtern, dadurch auch die Kameraden, das eigene Volk gefährden?

Diese Gewissensqualen sind für Heutige schwer nachzuvollziehen, die Angehörigen des Widerstands aber standen unter einer extremen seelischen Spannung. Selbst die meisten Einsichtigen, die damals das NS-Regime ablehnten, gingen vor dieser Belastung in die Knie. Es ist etwas anderes, heute über Widerstand zu reden, ihn nachträglich zu fordern, oder ihn in einer Diktatur tatsächlich zu praktizieren. Es ist darüber hinaus ahistorisch, die damalige Generation an unseren heutigen politischen Maßstäben zu messen.

Widerstand bedeutete nicht allein die Einsamkeit Henning von Tresckows angesichts des eigenen Todes, Widerstand bedeutete gesellschaftliche Isolation über Jahre hinweg – ein Doppelleben, von dem kaum jemand wissen durfte. Mit nur ganz wenigen Gleichgesinnten konnte er darüber reden, wollte er sich und andere nicht zusätzlich

gefährden. Für Tresckow bedeutete die Mitwisserschaft seiner Frau eine starke Stütze, auch sein Bruder Gerd war eingeweiht und tötete sich in der Haft.

Die Isolation der kleinen Widerstandszirkel aber bestand fort in einer Bevölkerung, deren Mehrheit die Politik des Nationalsozialismus zumindest zeitweilig billigte – einer Wehrmachtführung, die sich zum größten Teil zum Instrument Hitlers machen ließ, von zahlreichen Offizieren, die sich nach anfänglicher Skepsis durch die „Blitzsiege“ seit 1939 blenden und verblenden ließen: Widerstand bedeutete also nicht nur Widerstand gegen den Diktator und seine Helfershelfer, sondern gegen einen Großteil der Gesellschaft, der Wehrmachtsführung und der Heerführer. Und selbst Hitler-Gegner betrachteten nur zu oft Widerstand im Krieg als Verrat.

Und das Ausland? Wie die Reaktionen nach dem 20. Juli zeigten, übernahm man allzu bereitwillig Hitlers Lesart, eine Clique gewissenloser, ehrgeiziger Offiziere habe versucht, ihn zu beseitigen. Selbst bei einem so großen Staatsmann wie Churchill findet sich die gleiche Diffamierung. Klemens von Klemperer sprach treffend von „verlassenen Verschwörern“.

Obwohl nicht wenige der späteren Verschwörer gegen Hitler noch 1933 die Illusionen einer nationalen Wiedergeburt aus dem Nachkriegselend der sich auflösenden Weimarer Republik geteilt hatten, wandten sie sich doch früher oder später entschieden gegen den Nationalsozialismus. Henning von Tresckow gehörte zu den ganz wenigen, die schon 1934 nach den Morden an der SA-Führung sowie politischen Gegnern den Unrechtscharakter des NS-Regimes erkannten. Damals beging die Reichswehrführung ihren ersten, später kaum wieder gutzumachenden Sündenfall. Die Erfahrungen von 1934 und die sog. Blomberg-Fritsch-Krise 1937 trafen Tresckow als jungen Offizier besonders. Karl Otmar von Aretin, den wir schmerzlich vermissen, hat die politische Entwicklung seines Schwiegervaters – den er nicht kennen lernen durfte – gewürdigt.

Damals herrschten selbst bei vielen späteren Kameraden im Widerstand noch immer Illusionen über den wahren Charakter des Regimes, es dauerte bis zu den Erfahrungen des Kriegs gegen die Sowjetunion seit Juni 1941, bis sie zum aktiven Widerstand bereit waren. Gerade im Falle Tresckows läuft jedoch die oft gestellte Frage ins Leere: Warum so spät? Er war schon Jahre vor dem 20. Juli der Unerschrockenste und einer der wenigen, die Widerstand zu organisieren suchten und Attentatspläne vorbereiteten. Immer wieder bemühte er sich, andere Offiziere von der Notwendigkeit des Widerstands zu

überzeugen. Immer wieder versuchte er, sich auf Posten versetzen zu lassen, von denen aus er Zugang zu Hitler und damit die Möglichkeit zum Attentat gehabt hätte.

Natürlich wollte die Militäropposition auch die nahende Katastrophe Deutschlands abwenden, doch ausschlaggebend war für Tresckow, wie für die meisten Beteiligten ihre in christlicher Ethik wurzelnde Humanität. Ausschlaggebend wurde der Abscheu gegenüber dem Massenmord an den Juden, darunter Frauen und Kindern, sowie weiteren Kriegsverbrechen. Die frühe Charakterisierung „Aufstand des Gewissens“ trifft deshalb durchaus zu.

Waren der Widerstand und das Attentat vom 20. Juli 1944 heute vor siebzig Jahren vergeblich? Es ist gescheitert, gewiss. Wäre es gelungen, Hitler zu töten, wären den Deutschen und anderen Völkern viele Millionen Todesopfer erspart worden – allein diese Aussicht rechtfertigt das Attentat. Über diese Hoffnung hinaus bleibt der Widerstand ein immerwährendes Symbol für ein anderes, besseres, ein moralisches Deutschland. „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“, schrieb einmal Bertolt Brecht. Doch man darf hinzufügen: Ein Glück für Deutschland, dass es Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur gegeben hat. Durch den Widerstand blieben die Verbrechen nicht die einzige historische Erinnerung dieser Jahre. In den finstersten Zeiten der deutschen Geschichte waren Henning von Tresckow und seine Mitverschwörer des 20. Juli Lichtgestalten. Ein „Geschenk an die deutsche Zukunft“, wie es der erste Bundespräsident Theodor Heuss in seiner großen Rede zum zehnjährigen Gedenken am 20. Juli 1954 gesagt hat. Und dies ist alles andere als eine falsche Heroisierung: Nur kleine Zeiten können die Größe dieser Helden nicht anerkennen.

Aus der Arbeit der Stiftung



Geschichte und Gegenwart des Prettiner Stadtparks – Ein internationales Workcamp in Prettin

Melanie Engler

Am 2. August 2014 trafen 13 junge Menschen aus acht verschiedenen Nationen in Prettin ein, wo sie in den folgenden zwei Wochen eine intensive Zeit verleben und auf vielfältige Art und Weise Spuren hinterlassen sollten. Sie waren eigens aus verschiedenen Orten Deutschlands, Tschechien, Spanien, Kirgistan, China, Japan, Taiwan und den USA angereist, um in Prettin an einem internationalen Workcamp teilzunehmen – ein Projekt der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin in Kooperation mit dem Verein Service Civil International und der Stadt Annaburg.

Untergebracht waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Prettiner Touristenzentrum, das – idyllisch an einem Badensee gelegen – nicht nur die notwendige Infrastruktur bereitstellte, sondern auch mit zahlreichen Freizeitmöglichkeiten aufwarten konnte. Zudem hatte sich der Kreisverband Wittenberg des Deutschen Roten Kreuzes dankenswerter Weise bereit erklärt, das Workcamp mit drei Großraumzelten zu unterstützen.

Nach einem Empfang im Prettiner Rathaus, zu dem Ortsbürgermeisterin Helga Welz gemeinsam mit Klaus-Rüdiger Neubauer, Bürgermeister der Stadt Annaburg, eingeladen hatte, um die internationalen Gäste mit einem Brunch in geselliger Runde willkommen zu heißen, setzten sich diese zunächst mit der Prettiner Stadtgeschichte auseinander und wurden von Horst Rehahn, Evangelische Gemeinde Prettin, sachkundig durch die Prettiner Stadtkirche geführt. Schwerpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung bildete in den folgenden Tagen die Zeit des Nationalsozialismus, wobei hier zunächst die Perspektive der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine große Rolle spielte, die zentrale Ereignisse und Entwicklungslinien aus der Geschichte ihrer Heimatländer in die Diskussion einbrachten. Ausgehend von ihren eigenen „Bildern im Kopf“, die sie zum Themenkomplex „Konzentrationslager“ zusammengetragen hatten, widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend der Geschichte der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg. Dabei beschäftigten sie sich nicht nur mit den Lebensbedingungen und dem Alltagsgeschehen im KZ, den verschiedenen Haftgruppen sowie dem SS-Personal und den Aufseherinnen, sondern verorteten die Lichtenburg ebenso im System der Konzentrationslager.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des internationalen Workcamps mit einigen Gästen der Abschlussveranstaltung vor der neuen Gedenkplatte im Prettiner Stadtpark

Wichtiger inhaltlicher Baustein war zudem das Verhältnis zwischen Stadt und KZ, deren enge Verflechtung unter anderem durch die Geschichte des Prettiner Stadtparks illustriert wird. Auf dem großflächigen Gelände des einstigen Bleichteiches und der Bleichwiese, das im Laufe der Jahre zu einer Schutthalde verkommen war, mussten Häftlinge des Konzentrationslagers Lichtenburg einen Stadtpark anlegen, der im Juni 1936 eingeweiht wurde. Nachdem 1935 bereits drei neue Mehrfamilienhäuser als „SS-Siedlung“ am Rande der Bleichwiese entstanden waren, sollte auch diese zu einem attraktiven Wohnumfeld für die SS-Männer und deren Familien umgestaltet werden. Auf einer Sitzung des Gemeinderates im September 1935 informierte Bürgermeister Georg Reichmann, „dass nunmehr mit den Ausbaggerungsarbeiten des Bleichteiches durch die Insassen des Konzentrationslagers Lichtenburg begonnen werden soll. [...] Um den Teich herum wird ein Promenadenweg angelegt und Bänke darauf aufgestellt. Birken, Pappeln und Ziersträucher werden angepflanzt. In der Mitte des Teiches soll ein Schwanenhäuschen aufgestellt werden.“¹ Der Beigeordnete Hugo Schladitz, der als Seifenfabrikant zu den wichtigsten Honoratioren Prettins zählte und über die Region hinaus bekannt war, „erklärte sich auch sogleich zur Uebernahme [sic!] der hierdurch entstehenden Kosten bereit.“² Letztlich konnte die Umgestaltung

des Stadtparkes jedoch nur realisiert werden, weil die „Arbeitskräfte [...] durch Häftlinge ersetzt werden [sollten], die von der Kommandantur des Konzentrationslagers unentgeltlich zur Verfügung gestellt [wurden]“³. Fotos aus dem Sammlungsbestand der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin zeugen vom Arbeitseinsatz der männlichen Gefangenen, von der schweren körperlichen Arbeit, die sie mit einfachen Werkzeugen zu verrichten hatten. Mehrere Wochen lang waren etwa 100 Häftlinge damit beschäftigt, das Gelände unter strenger Bewachung der SS zunächst trocken zu legen, Erdmassen zu bewegen und einen Teich anzulegen. Am 27. Juni 1936 wurde der neue Stadtpark schließlich eingeweiht, Hugo Schladitz, „Schöpfer dieser Anlagen“⁴, wie es fortan auf einer Gedenktafel im Park zu lesen war⁵, wurde zum Ehrenbürger der Stadt Prettin ernannt.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart des Prettiner Stadtparks stand das internationale Workcamp auch ganz im Zeichen praktischer Tätigkeiten: die Workcampteilnehmerinnen und -teilnehmer haben im Verlauf der zwei Wochen tatkräftig Hand angelegt und – mit dem Wissen um dessen Geschichte – einen Teil des Parks umgestaltet. Mit viel Engagement haben sie Unkraut und Laub entfernt, Wege angelegt, Pflanzen beschnitten, Bäume gesetzt, mit viel Liebe zum Detail Steinskulpturen geschaffen, eine überdachte Sitzgruppe lackiert und einen Weltwegweiser gebaut, der auf ihre Heimatstädte verweist. Dabei war es eine Freude zu sehen, wie schnell sie in das Projekt hineinwuchsen und wie sehr sie sich damit zu identifizieren vermochten, wohlwissend, dass sie in Prettin zahlreiche Spuren hinterlassen werden. Im Rahmen einer öffentlichen Abschlussveranstaltung am 15. August 2014 präsentierten die Jugendlichen ihre Projektergebnisse, berichteten einem interessierten Publikum von den Erlebnissen und Erfahrungen der vorangegangenen Tage und von zahlreichen, mitunter sehr herzlichen Begegnungen.

Die Abschlussveranstaltung des internationalen Workcamps ward zugleich Anlass, „ein neues und zukunftsweisendes Kapitel der Stadtgeschichte aufzuschlagen“, wie es Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt an diesem Tag formulierte, „die Umwidmung des Prettiner Stadtparkes in einen Ort der Begegnung. [...] 13 Jugendliche und junge Erwachsene aus aller Welt haben sich nicht nur mit der Prettiner Geschichte des Stadtparks und der Konzentrationslager in der Lichtenburg auseinandergesetzt, sondern miteinander wichtige Fragen zur Gegenwart und Zukunft diskutiert. Darüber hinaus haben sie mit Hand angelegt, um hier in Prettin einen Platz zu schaffen, der



Neben zahlreichen weiteren Projektergebnissen entstand eine Ansichtskarte mit Motiven vom „Park der Begegnung“, Gestaltung: Konstanze Krüger

sich seiner wahren Entstehungsgeschichte stellt, der Menschen willkommen heißt und zum Verweilen einlädt – einen Park der Begegnung“. Klaus-Rüdiger Neubauer brachte seine Freude zum Ausdruck, „diesem historisch bedeutsamen Ereignis als neu amtierender Bürgermeister der Stadt Annaburg beizuwohnen“, wertschätzte das Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und betonte, wie wichtig es nun sei, „diesen Park zu bewahren, die Projektergebnisse zu erhalten und zu pflegen, und natürlich auch Weichen zu stellen, um genau hier in diesem Park Folgeprojekte durchzuführen.“ Helga Welz und Klaus-Rüdiger Neubauer übernahmen es schließlich, eine neue Gedenkplatte zu enthüllen, auf der fortan die Botschaft des Ortes zu lesen ist: „Park der Begegnung“. Das internationale Workcamp in Prettin wurde gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Auszug aus dem Niederschriftenbuch des Gemeinderates vom 3. September 1935, Stadtarchiv Prettin.
- 2 Vgl. Reichmann, Georg: Darstellung über die Entstehung des am 27. Juni 1936 eingeweihten Stadtparkes mit Bildern vom 6. Oktober 1936, Stadtarchiv Prettin.
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Nachdem diese Gedenktafel nach 1945 zunächst entfernt worden war und der Park zwischenzeitlich den Namen des sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Rudolf Breitscheid trug, wurde nach 1990 erneut eine Platte zu Ehren von Hugo Schladitz angebracht, die die ungebrochene Dankbarkeit „der Prettiner“ zum Ausdruck bringen sollte. Diese Platte ist heute Teil des Sammlungsbestandes der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin.



Besucher der Wanderausstellung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) im Amtsgericht Gardelegen

Präsentation der Wanderausstellung „Haftschicksale verfolgter Sozialdemokraten im ‚Roten Ochsen‘ Halle/Saale 1945 bis 1953“ in Gardelegen

Daniel Bohse

Vom 19. Mai bis 6. Juni 2014 präsentierte die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) im Amtsgericht Gardelegen die im letzten Jahr neu erstellte Wanderausstellung „Haftschicksale verfolgter Sozialdemokraten im ‚Roten Ochsen‘ Halle/Saale 1945 bis 1953“. Wie schon bei der Vorstellung der Wanderausstellung im Mai 2013 in Halle erfolgte die Präsentation an ihrer nun zweiten Station in Gardelegen gemeinsam mit der von der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeiteten Sonderausstellung „Der Verfolgung ein Gesicht geben – Sozialdemokraten in der SBZ/DDR 1945–1961“, da sich beide Ausstellungen inhaltlich ergänzen.

Die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt einen Überblick über die Geschichte der Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR. Unter

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

anderem stellt sie die Gründe, die zur zwangsweisen Vereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946 führten, heraus und porträtiert Sozialdemokraten, die wegen ihrer politischen Ideale durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Diktatur verfolgt wurden. Zu diesen gehört auch der Gardeleger Dieter Rieke (1925–2009), der nach der Zwangsvereinigung den Kontakt zum Ostbüro der SPD in Hannover pflegte. Deswegen nahm ihn die Besatzungsmacht im Mai 1948 gemeinsam mit anderen ehemaligen SPD-Genossen in Gardelegen fest und inhaftierte ihn anschließend in der Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle. Im April 1949 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal in Berlin zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung im Jahre 1956 floh Rieke in die Bundesrepublik. Darüber hinaus dokumentiert die Ausstellung die Ereignisse um den 17. Juni 1953 und die Aktivitäten des Ostbüros der SPD.

Die Ausstellung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) rückt jene Menschen in den Fokus, die als verfolgte Sozialdemokraten einen Teil ihrer Haft im „Roten Ochsen“ verbringen mussten. Zu diesen gehörte auch der damalige stellvertretende Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts und spätere Oberbürgermeister von Frankfurt am Main Willi Brundert (1912–1970). 1948 verhaftet, wurde Brundert im April 1950 im Dessauer Schauprozess wegen unterstellter „Wirtschaftssabotage und Sozialdemokratismus“ zu 15 Jahren Haft verurteilt. Während der Strafhaft verhörte ihn der sowjetische Geheimdienst monatelang im „Roten Ochsen“. Wie Dieter Rieke floh auch Willi Brundert nach seiner Haftentlassung 1957 in die Bundesrepublik.

Die Eröffnung der beiden Sonderausstellungen fand am 19. Mai 2014 im Amtsgericht Gardelegen statt. An der Eröffnungsveranstaltung nahmen rund 80 Gäste, darunter Vertreter von Politik, Verwaltung, der Kirche und von Schulen teil. Nach der Begrüßung von Dr. Jürgen Richter, Direktor des Amtsgerichts Gardelegen, richteten Dr. Carl-Gerhard Winter, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V. (VOS), Thomas Wunsch, Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt, sowie Dieter Remus, Präsident des Landgerichts Stendal, Grußworte an die Anwesenden. Anschließend führte Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, in die beiden Sonderausstellungen ein. Den Festvortrag über politische Verfolgung in Sachsen-Anhalt von 1945 bis 1953 hielt der Historiker Dr. Andreas Schmidt aus Halle (Saale).

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde zudem der im Mitteldeutschen Verlag in der Studienreihe der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR erschienene Sammelband „Ausgeliefert. Haft und Verfolgung im Kreis Gardelegen zwischen 1945 und 1961“¹ durch die Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker vorgestellt. Die von der früheren Landesbeauftragten Edda Ahrberg, Dr. Jürgen Richter und Torsten Haarseim (beide Gardelegen) sowie Daniel Bohse (Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg) verfassten Beiträge stellen diverse Haftorte und zahlreiche von Inhaftierung Betroffene vor. Desweiteren thematisieren sie exemplarisch am Beispiel des damaligen Kreises Gardelegen politisch motivierte Verfolgung durch die verschiedenen Repressionsorgane in der SBZ/DDR, zu denen neben der sowjetischen Besatzungsmacht auch die ostdeutsche Justiz, die Deutsche Volkspolizei und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR gehörten.

Die beiden Wanderausstellungen wurden bis zum 6. Juni 2014 vorwiegend von Einzelbesuchern, aber auch von Schulklassen aus Gardelegen besichtigt. Der Präsentation lag eine Kooperation der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt mit dem Amtsgericht Gardelegen, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der BStU-Außenstelle Magdeburg, der LStU Sachsen-Anhalt sowie der VOS zugrunde.

Anmerkungen

- 1 Edda Ahrberg, Daniel Bohse, Torsten Haarsheim, Jürgen Richter: Ausgeliefert. Haft und Verfolgung im Kreis Gardelegen zwischen 1945 und 1961, hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt (Studienreihe der Landesbeauftragten, Bd. 2), Halle 2014.





Gedenkveranstaltung im PuschKino in Halle (Saale) am 17. Juni 2014: Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand beim Grußwort

„Wir wollen freie Menschen sein!“

Veranstaltung des Gedenkens an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Puschkino, Kardinal-Albrecht-Str. 6, Halle (Saale), 17. Juni 2014

Michael Viebig

In Halle, einem Zentrum des Volksaufstandes im mitteldeutschen Raum, demonstrierten am 17. Juni 1953 mehr als 60.000 Menschen auf dem Hallmarkt. Demonstranten besetzten die Gebäude der SED-Bezirksleitung und des Rates des Bezirkes. Bei der versuchten Befreiung von Gefangenen aus der Haftanstalt „Roter Ochse“ gab es durch Schüsse von Polizeikräften die ersten Toten. Seit den Nachmittagsstunden rückten sowjetische Panzer ein, um die Kontrolle über die Stadt zurückzugewinnen. Es folgten zahlreiche Verhaftungen und Gerichtsverfahren, die zu langjährigen Haftstrafen führten. Als angebliche „Rädelsführerin“ wurde die am 17. Juni aus der Haftanstalt Kleine Steinstraße freigekommene kaufmännische Angestellte Erna Dorn fünf Tage später in einem



Anschließende Kranzniederlegung im Innenhof der Gedenkstätte ROTER OCHSE

Schnellverfahren in Halle wegen „Provokationen und Hetze“ zum Tode verurteilt und am 1. Oktober in Dresden mit dem Fallbeil hingerichtet.

Eine Veranstaltung im PuschKino in der Kardinal-Albrecht-Straße erinnerte an die Zivilcourage der Menschen, die auch in Halle für Freiheit und demokratische Grundrechte eingetreten waren und ehrte die Opfer, die dieser Einsatz kostete. Sie wurde mit Grußworten von Dr. Bernd Wiegand, dem Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) und Birgit Neumann-Becker, der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt eröffnet.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Präsentation des Films „Wir wollen freie Menschen sein! – Der 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR“ (Deutschland 2013), der das Ereignis dokumentarisch in den Blick nimmt. Die Regisseurin und Bürgerrechtlerin Freya Klier bereitet darin die Entwicklung in Leipzig auf, schildert die Situation, die zum Volksaufstand führte und erinnert an die Toten und Verletzten, die der Einsatz der bewaffneten Kräfte der sogenannten Arbeiter- und Bauernmacht in der Messestadt forderte. In einer spannenden Diskussion mit Freya Klier warfen Zeitzeugen der Ereignisse in Halle sowie ehemalige politische Inhaftierte der DDR-Justiz anschließend die Frage auf, inwiefern die Zivilcourage von damals heute noch honoriert wird und darüber

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

hinaus Anleitung zum Handeln in der Gegenwart sein kann. Im Anschluss an die Veranstaltung legten die Teilnehmer im Gedenken an den Volksaufstand im Innenhof der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) Kränze und Blumengebinde nieder.

Die Kooperationsveranstaltung der Stadt Halle (Saale) mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt fand freundliche Unterstützung durch die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Eine Informationsstele in der Dölauer Heide

Michael Viebig

Am 5. September 2014 versammelten sich am Eingang zur Dölauer Heide, einem Waldstück am Stadtrand von Halle, zahlreiche Bürger der Stadt, Schülerinnen und Schüler des Christian-Wolff-Gymnasiums, Vertreter der Stadtverwaltung Halle und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, um eine Informationsstele einzuweihen. Sie soll an das Verbrechen der Erschießung von 23 belgischen Widerstandskämpfern vor genau 70 Jahren erinnern.

Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langer, fasste die Geschehnisse, die zu der Erschießung führten, zusammen und verwies auf Verantwortungen, die daraus für uns abzuleiten sind. Der folgende Beitrag ist an seine Rede vom 5. September 2014 angelehnt.

Das Wachhalten der Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus ist ein gesellschaftlicher Auftrag aller Demokraten. Auch die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die sich getreu ihrem Leitbild „als überparteiliche Akteurin und Partnerin der Zivilgesellschaft“ versteht, leistet dazu ihren Beitrag.

Zu den sechs Einrichtungen, die Teil unserer Stiftung sind, gehört auch die 1996 eröffnete Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). Am Beispiel der Wirkungsgeschichte des historischen Gefängniskomplexes befasst sie sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte der politischen Justiz in den Jahren 1933 bis 1945, aber auch von 1945 bis 1989. Dazu werden konkrete Fälle untersucht, dokumentiert und für die gedenkstättenpädagogische Arbeit aufbereitet.

Wer die Gedenkstätte aus eigener Anschauung kennengelernt hat, wird sich an den Besuch des Kellergeschosses erinnern. Die dort vorhandene Ausstellung informiert über die Nutzungsgeschichte der Haftanstalt Halle während der NS-Zeit. 1933 noch als Gefängnis und sogar als provisorisches Schutzhaftlager betrieben, vollstreckten die Nationalsozialisten hier wenige Jahre später hohe Zuchthausstrafen. Diese richteten sich vorwiegend



Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

gegen politische und weltanschauliche Gegner sowie mit Beginn des Zweiten Weltkrieges auch gegen ausländische Gefangene. Im November 1942 brach schließlich das dunkelste Kapitel der Zuchthausgeschichte an, als im ehemaligen Lazarettgebäude eine Hinrichtungsstätte in Betrieb genommen wurde: 549 Männer, Frauen und Jugendliche aus 15 Ländern Europas verloren bis Kriegsende hier ihr Leben. Sie wurden enthauptet oder erhängt, je nachdem, wie es das zuständige Sonder- oder Wehrmachtgericht angeordnet hatte. Die Fundamente des Mordwerkzeugs können noch heute besichtigt werden.

In unmittelbarer Nähe zur ehemaligen Hinrichtungsstätte liegt ein Gedenkbuch aus, das in chronologischer Reihenfolge die Namen der hier getöteten Menschen auflistet. Am Schluss des Buches findet man eine Gruppe von Personen, ausschließlich belgische Staatsbürger, die – wie es im Juristen-deutsch heißt – im Zuchthaus Halle „verwahrt“, aber nicht in diesem Raum getötet wurden. Es sind die Namen der 23 in der Dölauer Heide ermordeten Männer, zu deren ehrendem Gedenken am 5. September 2014 eine Stele eingeweiht wurde.

Welche Ereignisse führten dazu, dass ausgerechnet in diesem idyllischen Waldstück, das die Hallenser traditionell für ausgedehnte Spaziergänge und Erholung nutzten, ein Hinrichtungskommando aufmarschierte und Menschen erschoss?

Nachdem die Wehrmacht im September 1939 Polen überfallen hatte, besetzten deutsche Truppen im Mai 1940 unter dem Bruch sämtlicher völkerrechtlicher Vereinbarungen auch das neutrale Belgien. Der Überfall war Teil des Krieges im Westen, mit dem Hitler binnen weniger Wochen Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und eben Belgien militärisch überrollte und in diesen Ländern Besatzungsregime installierte. In Brüssel residierte bis zur Befreiung Belgiens im September 1944 durch die Alliierten ein Militärbefehlshaber, der das Land mit einem Netz von militärischen Dienst- und Verwaltungsstellen überzog, welche die verbliebenen belgischen Verwaltungen anleiteten und kontrollierten. Wie in allen besetzten Ländern fanden sich auch in Belgien Menschen zusammen, die sich mit der Situation in ihrer Heimat nicht abfinden wollten und sich entschlossen, Widerstand zu leisten. Einige von ihnen versuchten, Informationen über die Wehrmacht zu sammeln, um sie der englischen Luftwaffe zur Verfügung zu stellen, andere sabotierten Produktionsanlagen, damit nur wenige in Belgien hergestellte Erzeugnisse für die deutsche Rüstungsproduktion verwendet werden konnten. Junge Belgier überfielen sogar einen der schwerbewachten Züge, der jüdische Menschen aus dem von der SS befehligten Sammellager Mechelen nach Auschwitz bringen sollte¹.

Versuchten deutsche Wehrmacht- und Polizeistellen zunächst, den Widerstand in verschiedenen belgischen Städten mittels Verhaftungen, der Anwendung von Folter, Todesurteilen und Erschießungen zu brechen, mussten sie bald feststellen, dass sie genau das Gegenteil von dem bewirkten, was sie zu erreichen suchten. Der Widerstand wurde nicht schwächer, sondern effektiver; die Menschen nicht ängstlicher, sondern noch entschlossener. Denselben Effekt beobachteten Wehrmachtstäbe auch in Frankreich, den Niederlanden und im besetzten Norwegen. Daher änderten sie ihre Strategie und verschleppten die verhafteten Widerstandskämpfer aus ihren Heimatländern, um sie spurlos verschwinden zu lassen und Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen.

„Es ist der lange erwogene Wille des Führers“² – mit diesen Worten beginnen die Erläuterungen der als „Nacht- und Nebel-Erlass“ bekannten „Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten“³. Die Richtlinien beinhalteten einen Katalog von Maßnahmen, die das Oberkommando der Wehrmacht ab Anfang Dezember 1941 anwandte. Fast 7.000 französische, belgische, niederländische und norwegische Männer und Frauen gelangten so nach Deutschland und wurden nach einem vorher festgelegten Schlüssel über Haftanstalten und Lager verteilt.⁴

Neben ausgewählten Sondergerichten wurden bald auch höchste deutsche Gerichte – z. B. der Volksgerichtshof (VGH) und das Reichskriegsgericht (RKG) – für die Aburteilung zuständig. Für „N.-N.-Gefangene“ – so die interne Bezeichnung dieser Menschen – galt die zynische Regel, wonach selbst geringe Freiheitsstrafen oder Freisprüche nicht mit einer Freilassung endeten. Darüber hinaus durfte weder über den Aufenthaltsort eines Verhafteten noch über den Stand seines Gerichtsverfahrens irgendeine Mitteilung erfolgen. Selbst die Hinrichtungen waren streng geheim. Auskunft über Sterbefälle durften nur mit Genehmigung des Oberkommandos der Wehrmacht erteilt werden, was praktisch jedoch nie geschah.

Der aktuelle Forschungsstand dokumentiert u. a. etwa 340 Todesurteile gegen sog. N.N.-Gefangene. Im Zuchthaus Halle wurden im Herbst 1943 mehrere Norweger exekutiert. Ihnen folgten die hier in der Dölauer Heide ermordeten Belgier. Sie gehörten zu einer Organisation, die in ihrer Heimat unter der Bezeichnung „Luc Marc“ bekannt ist. Im September 1940 – nur wenige Monate nach Besetzung Belgiens durch die Wehrmacht gegründet –, bildete sich eines der Zentren der Organisation in Lüttich. Ins Leben gerufen durch Angehörige einer katholischen Pfadfindereinheit, arbeiteten in der Stadt





Axel De Macq vor der von ihm gestalteten Informationsstele

und ihrer Umgebung schließlich über 300 Personen für „Luc Marc“. Sie sammelten neben wirtschaftlichen vor allem militärische Informationen, die zumeist über die Zentrale in Brüssel nach Großbritannien gelangten. Von besonderer Bedeutung waren dabei Mitteilungen über von der Wehrmacht in Belgien errichtete Radaranlagen. Aus der Festnahme zahlreicher Mitglieder im Sommer 1943 resultierten Prozesse vor dem Reichskriegsgericht in Torgau gegen 32 Männer und 7 Frauen aus Lüttich und Umgebung. Der jüngste Angeklagte war erst 16 Jahre alt. Das Gericht verhängte 26 Todesurteile, von denen 23 in der Dölauer Heide vollstreckt worden sind. An drei Tagen im Sommer und Herbst 1944 erschoss ein Exekutionskommando der Wehrmacht die zuvor im „Roten Ochsen“ Inhaftierten. Die zu Freiheitsstrafen Verurteilten ließ das Gericht in verschiedene Haftanstalten verlegen.⁵

Doch auch der Umgang mit Menschen, denen das RKG keine Schuld nachweisen konnte und sie freisprechen musste, macht betroffen. Auch die Freigesprochenen hatten gesehen, wie die Deutschen mit den Verhafteten umgingen, unter welchen Umständen manche von ihnen zu Geständnissen gebracht worden waren. Darüber hinaus hätten sie Auskunft über den Verbleib der Verurteilten geben können. Also konnte man auch die Freigesprochenen nicht freilassen. Die Justiz übergab sie an die Geheime Staats-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einweihungs- und Gedenkveranstaltung am 5. September 2014 vor der Informationsstele

polizei, die sie wiederum zur Zwangsarbeit in sogenannte Arbeitserziehungslager einwies. Marguerite Chevrolet, eine 36jährige Hutmacherin, freigesprochen in einem Verfahren am 29. März 1944⁶, wurde in das Arbeitserziehungslager Spergau bei Merseburg gebracht, das zu den Leuna-Werken gehörte. Am 20. Juli 1944 starb sie dort bei einem Fliegerangriff⁷.

Der 5. September als Tag der Einweihung der Informationsstele ist mit Bedacht gewählt worden: Genau 70 Jahre zuvor erschossen Soldaten der Wehrmacht hier acht der Widerstandskämpfer, darunter die jüngsten zum Tode verurteilten Mitglieder der Gruppe: Jean Adam, Edmond Godart, Gilbert Mativa und Jean Nihoul – sie alle waren erst 20 Jahre alt, als sie sterben mussten

Mit Axel De Macq war ein junger Belgier spontan bereit, das neue Denkzeichen für uns zu gestalten. Er studiert Kommunikationsdesign an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle und erfuhr im Rahmen eines Vortrages in der Gedenkstätte von dem Vorhaben, in der Dölauer Heide über die ermordeten Belgier zu informieren. Von ihm stammt die Idee für die Errichtung der Stele und die grafische Intention, die Namen der Ermordeten zwischen stilisierten Bäumen erscheinen zu lassen. Der gemeinsam



mit dem halleschen Grafikdesigner Sascha Linke erarbeitete Entwurf wurde schließlich von drei in Halle ansässigen Firmen realisiert.

Schülerinnen und Schüler des Christian-Wolff-Gymnasiums Halle beschäftigten sich Anfang 2014 im Rahmen einer Projektwoche mit den Schicksalen jener Belgier, derer mit der Stele gedacht wird. In vier Gruppen eingeteilt befassten sich die Teilnehmer des Projekts mit der Situation in Belgien ab Kriegsbeginn, den Biografien einiger der Widerstandskämpfer und informierten sich über das Reichskriegsgericht. Aus Anlass der Einweihung der Stele stellten sie den Anwesenden die Ergebnisse ihrer Recherchen vor.

Die Informationsstele entstand mit großer Unterstützung der Stadt Halle (Saale), insbesondere des Fachbereiches Kultur und des Eigenbetriebes für Arbeit. Alle drei – die Stadt Halle, das Christian-Wolff-Gymnasium und die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt – werden ihre Kooperation bei solchen Projekten fortsetzen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu u. a. Schreiber, Marion, *Stille Rebellen. Der Überfall auf den 20. Deportationszug nach Auschwitz*, 2. Auflage, Berlin 2011.
- 2 Zitat aus dem Begleitschreiben Wilhelm Keitels, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, v. 12. Dezember 1941; in: *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*. Hg. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günther Scheel, Berlin o.J., Bd. 17, S. 420.
- 3 Veröffentlicht u. a. in: „Führer-Erlasse“ 1939 – 1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Stuttgart 1997, Dok. 125, S. 213/214.
- 4 Zur N.N.-Thematik besonders: Gruchmann, Lothar, „Nacht- und Nebel“-Justiz. Die Mitwirkung deutscher Strafgerichte an der Bekämpfung des Widerstandes in den besetzten westeuropäischen Ländern 1942 – 1944, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1981, Heft 3, S. 342 – 396.
- 5 Die Unterlagen zu den Belgiern – Urteile, Eintragungen in Strafprozess- und Vollstreckungslisten des Reichskriegsgerichts und der Oberreichskriegsanwaltschaft sowie diverse Verwaltungsvorgänge – befin-

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

den sich im Militärgeschichtlichen Archiv der Tschechischen Republik in Prag. Kopien der Vorgänge verwahrt die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). Die 1944er Sterberegister des Standesamtes Halle befinden sich im Stadtarchiv Halle.

- 6 Verfahren RKG: Camille Metsu aus Lüttich und fünf andere.
- 7 Archiv Gertraudenfriedhof Halle (Saale), Kartei Spargau.



Gedenkveranstaltung am 26. Mai 2014 in Höstensleben

Mira Keune / Matthias Ohms

Am 26. Mai 1952 begann der Ausbau des Grenzregimes der DDR mit der Abriegelung der fast 1.400 km langen innerdeutschen Grenze und dem Einrichten eines abgestuften, fünf Kilometer breiten Sperrgebietes entlang dieser Grenze. In den darauffolgenden Tagen wurde dort eine „Polizeiverordnung“ eingeführt, deren primärer Zweck darin bestand, die Bevölkerung des Sperrgebietes zu kontrollieren und einzuschüchtern sowie den Zutritt zur Grenze zu verhindern. Zur weiteren Einschüchterung der Bewohner des Sperrgebietes folgten – über mehrere Wochen verteilt – Zwangsaussiedlungen missliebiger Personen und ihrer Familien. Allein im Jahr 1952 waren etwa 8.000 Menschen von den Zwangsaussiedlungen betroffen und verloren ihre Heimat. Die zweite Zwangsaussiedlungswelle vom 3. Oktober 1961 traf etwa 3.000 Menschen. Weitere Zwangsaussiedlungen fanden sporadisch bis in die 1980er Jahre statt.

Seit 2012 erinnert die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt mit einer jährlichen Gedenkveranstaltung am 26. Mai, dem Jahrestag der Grenzabriegelung, am Grenzdenkmal Höstensleben an die Opfer des Grenzregimes der DDR. Die Gedenkveranstaltung soll das Bewusstsein für die Opfer und ihre Schicksale im Grenzgebiet von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen verankern und stärken.

Auf Einladung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und dem Grenzdenkmal Höstensleben sowie dem Verein „Grenzenlos – Wege zum Nachbarn“ und dem Grenzdenkmal e.V. nahmen am 26. Mai 2014 rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung am Grenzdenkmal Höstensleben teil.

Nach der Begrüßung durch Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer hielten Vertreter der angrenzenden Landkreise Börde und Helmstedt Grußworte. Der Landrat des Bördekreises Hans Walker erinnerte daran, dass gerade generationsübergreifendes Gedenken wichtig sei, damit die Folgen der Grenzabriegelung und die immer noch kaum bekannten Zwangsaussiedlungen nicht vergessen werden. Der Helmstedter Bürgermeister Wittich

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Schobert berichtete von seiner Großmutter, die in Höstensleben geboren wurde und ihre Heimat über viele Jahrzehnte nicht betreten durfte. Er betonte die Bedeutung des Gedenktages für die Region.

In der zentralen Gedenkrede ging Kultusminister Stephan Dorgerloh auf die Bedeutung von Gedenkstätten und Lernorten wie dem Grenzdenkmal in Höstensleben ein. An diesen authentischen Geschichtsorten könne die junge Generation verstehen, was die über 40jährige Teilung Deutschlands gerade für die Menschen in der DDR bedeutete und wie das Leben im Schatten der Mauer war. Mit dem Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur und des Grenzregimes der DDR könne man hier lernen, dass Freiheit und Grenzenlosigkeit keine Selbstverständlichkeit sind. Gleichzeitig wird das Bewusstsein für die heutigen Rechte und für Demokratie gestärkt.

Im Anschluss wurden Kränze für die Opfer des Grenzregimes niedergelegt. Den musikalischen Rahmen der Gedenkstunde gestaltete die Musikschule Kurt Masur aus Oschersleben.





Großer Schülerprojekttag in der Gedenkstätte Marienborn am 14. Juli 2014: Die ausgebildeten Schülerlotsen nehmen ihre Gruppen in Empfang

„Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen – 1989 – 2014: 25 Jahre Friedliche Revolution, Grenzöffnung und Mauerfall“

Der große Schülerprojekttag der Gedenkstätte Deutsche Teilung
Marienborn am 14. Juli 2014

Mira Keune / Matthias Ohms

Am 14. Juli 2014 führten die Kultusministerien von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt den jährlich stattfindenden Projekttag „Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen“ in der Gedenkstätte Marienborn durch. Im 25. Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution, der Grenzöffnungen am Eisernen Vorhang und des Mauerfalls beschäftigen sich ca. 250 Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der Bedeutung des Jahres 1989 für die heutige Generation.

Die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 bis 11 aus fünf verschiedenen Schulen wurden zunächst durch den Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer am besonderen historischen Lernort, der Gedenkstätte Marienborn, begrüßt. Im Anschluss hielten die Kultusministerin von Niedersachsen Frauke Heiligenstadt und der Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Stephan Dorgerloh zum Teil sehr persönlich gehaltenen Reden.

Gemeinsam appellierten sie an die Schulen, die Möglichkeiten außerschulischer historischer Lernorte zu nutzen. Ministerin Heiligenstadt unterstrich, dass der Mauerfall eines der größten friedlichen europäischen und weltpolitischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts gewesen ist und nicht aus dem Bewusstsein verschwinden dürfe. Minister Dorgerloh gab den Schülern mit auf den Weg, dass die Menschen in der DDR mit ihrem Mut bewiesen hätten, „dass sich eine Gesellschaft verändern lässt und sich der Einsatz für Demokratie lohnt“.

Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, die zwischen 15 und 18 Jahre alt waren, kennen die Zeit der deutschen Teilung nicht aus eigenem Erleben. Die Ergebnisse der europäischen und weltpolitischen Zäsur aus dem Jahr 1989 sind für sie Selbstverständlichkeiten. Ihre Wahrnehmung, ihre Interpretation und ihre Wünsche zur Umsetzung des Themas in der Schule und an außerschulischen Lernorten sollten vor diesem Hintergrund in Gesprächen mit Vertretern der historisch-politischen Bildung herausgearbeitet werden.

Im Vorfeld der Veranstaltung wurden 25 Schülerinnen und Schüler zu „Schülerlotsen“ ausgebildet. In einem Workshop in der Gedenkstätte Marienborn hatten sie Einblicke in die Entwicklungen des Jahres 1989 erhalten. Sie beschäftigten sich mit den Hintergründen der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Prozesse und lernten die Gleichzeitigkeit von Entwicklungen in ost- und mitteleuropäischen Staaten und den damit verbundenen Wechselwirkungen kennen. Außerdem erhielten sie einen Überblick über die Gedenkstätte und die Geschichte der ehemaligen Grenzübergangsstelle.

Um mit den Vertretern der politischen Bildung über das Jahr 1989 diskutieren zu können, sollten alle Schüler des Projekttages den gleichen Kenntnisstand haben. Diese Aufgaben übernahmen die „Schülerlotsen“. Sie informierten und diskutierten in ihren jeweiligen Gruppen ausgewählte Facetten des Jahres 1989.





Die Projektteilnehmer auf dem Weg zu ihren Arbeitsgruppen, 14. Juli 2014

Die Diskussionen mit den Vertretern der historisch-politischen Bildungsarbeit ergaben drei zentrale Aussagen der Schülerinnen und Schüler:

1. Geschichtsvermittlung ist an authentischen Orten wie der Gedenkstätte Marienborn verständlicher als im Klassenraum, weil es Geschichte zum „Anfassen“ ist. Aus diesem Grund hatten sich auch alle „Schülerlotsen“ dafür entschieden, mit ihren Gruppen einen Gedenkstättenrundgang zu machen.
2. Die Jugendlichen machten deutlich, dass das Jahr 1989 und das Wissen um die Bedeutung, die Hintergründe und die Auswirkungen für sie wichtig seien. Vom Gefühl jedoch sei das Jahr 1989 ähnlich weit weg von ihrer Lebenswelt wie die Zäsur des Jahres 1789. Vor diesem Hintergrund könnten gerade Zeitzeugengespräche die Bedeutung des Themas im Bewusstsein der jungen Generation stärken.
3. Die Schülerinnen und Schüler kritisierten, dass Besuche außerschulischer Lernorte oft nicht im Kontext des Unterrichtsthemas besucht würden, sondern an willkürlichen Daten, zum Beispiel am Ende des Schuljahres. Sie forderten mehr Flexibilität für den Lehrplan.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Im Abschlussplenum ging Dr. Sascha Möbius, der Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, auf die Vorschläge und Anmerkungen ein und versprach, dass der nächste große Schülerprojekttag in Marienborn in diesem Sinne umgesetzt wird.

Die Veranstaltung erhielt eine erfreulich große mediale Aufmerksamkeit. Neben den regionalen Tagesszeitungen berichteten die Fernsehsender MDR und Sat1, der NDR und das Deutschlandradio Kultur berichteten für den Hörfunk.





Zipora Feiblowitsch: Der Tag war kein Tag, das Leben war kein Leben.

Aus deutschen Vernichtungslagern in die neue Heimat Israel

Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse, Bd. 3

Herausgegeben von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen Anhalt und dem Institut Neue Impulse e. V., mdv Halle

176 S. | ISBN 978-3-95462-310-5 | 12,95 €

Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse: Vorstellung zweier Neuerscheinungen der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Kai Langer

Nachdem in der vorangegangenen Ausgabe von „Erinnern!“ über die öffentliche Vorstellung des Buches von von Judy Urmann, „Schönebeck – Shanghai – Denver. Erinnerungen einer Deutschen jüdischen Glaubens“, im Schalom-Haus Schönebeck berichtet wurde, sei an dieser auf zwei aktuelle Buchtitel verwiesen, die kürzlich ebenfalls in der von der Stiftung herausgegebenen Reihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse erschienen sind.

„Der Tag war kein Tag, das Leben war kein Leben. Aus deutschen Vernichtungslagern in die neue Heimat Israel“ ist der Lebensbericht von Zipora Feiblowitsch, die 1927 als mittleres von insgesamt fünf Kindern der Eheleute Aharon und Mathilda Klein auf die Welt kam. Ihre fromme jüdische Familie Klein war in einer Kleinstadt in Siebenbürgen, einem südosteuropäischen Landstrich mit wechselvoller Vergangenheit und multi-

Frédéric Gasquet: Der Brief meines Vaters.

Eine tunesische Familie in der Nazi-Hölle

Mit einem Vorwort von Beate und Serge Klarsfeld
Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen,
Lebenszeugnisse, Bd. 4

Herausgegeben von der Stiftung Gedenkstätten
Sachsen-Anhalt, mdv Halle

174 S. | ISBN 978-3-95462-321-1 | 12,95 €



nationaler Bevölkerung, zu Hause. Nach der Annexion des Nordteils Siebenbürgens durch Ungarn im Zweiten Weltkrieg verschlechterte sich schlagartig die Situation für die hier lebenden Juden. So setzte die mit dem Deutschen Reich verbündete Horthy-Regierung eine Reihe antisemitischer Bestimmungen durch, die sich an den Nürnberger Rassegesetzen orientierten.

Als Siebzehnjährige erlebte die Autorin schließlich die Deportation ins Vernichtungslager Auschwitz, wo sie Zeugin unvorstellbarer Grausamkeiten und Verbrechen wurde. In ihrem erschütternden Bericht schildert sie die SS-Wachmannschaften als willige Vollstrecker und beschreibt Mithäftlinge, die infolge der Lagerbedingungen sozial deformiert grausame Untaten begingen. Darüber hinaus erwähnt sie auch unerwartete Gesten von Mitmenschlichkeit, die sie als kleine Lichtblicke in einer Atmosphäre von Grausamkeit und Tod wahrgenommen hat. Wie durch ein Wunder erlebt sie zusammen mit ihrer Schwester Tova die Befreiung in der Altmark, in einem KZ-Außenlager in Salzwedel.

Zipora Feiblowitsch berichtet nicht nur über das furchtbare Innenleben der Konzentrationslager, den Verlust ihrer Eltern und ihres Bruders Avraham Moshe, die Opfer der Shoah wurden, nicht nur über die verlorene Heimat ihrer Kindheit, sondern auch über das Wiedersehen mit den ebenfalls überlebenden Brüdern Mordechai und Josef, über

die Kraft ihres Glaubens und über Israel, das Land ihrer Sehnsucht, in dem sie sich seit 1947 zu Hause fühlt.

„*Der Brief meines Vaters. Eine tunesische Familie in der Nazi-Hölle*“ von Frédéric Gasquet – Jahrgang 1940 – dokumentiert die Spurensuche eines Mannes, der als kleines Kind seinen Vater, seinen Onkel und seinen Großvater im Krieg verloren hatte. Einem „inneren Weckruf“ folgend begann Gasquet als 60jähriger Nachforschungen zum Schicksal von Gilbert, Joseph und Jean Scemla, die 1944 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Halle hingerichtet worden waren.

Die drei jüdischen Männer stammten aus Tunis, das im Laufe des Krieges ebenfalls in den Einflussbereich des nationalsozialistischen Deutschland geriet. Als die vom prodeutschen Vichy-Regime in Frankreich am 3. Oktober 1940 erlassenen Rassen-gesetze kurze Zeit später auf Französisch-Nordafrika ausgeweitet wurden, erfuhren auch die hier lebenden Juden systematische Diskriminierungen. Obwohl man die Bestimmungen weniger konsequent anwendete als im „Mutterland“, wurden die Juden sowohl aus dem öffentlichen Dienst als auch verschiedenen freien Berufen entlassen. Kaufmännische Berufe durften sie gar nicht mehr ausüben. Betroffenen, die dieser Anweisung zuwiderhandelten, drohten Haftstrafen bis zu fünf Jahren sowie empfindliche Geldbußen. Nachdem die Deutschen im November 1942 Tunesien besetzten, übernahmen sie auch die „Zuständigkeit“ für die hier ansässigen Juden. 3.000 von ihnen wurden zwangsverpflichtet, um für die Besatzer Panzersperren zu errichten.

Gilbert Scemla war eigentlich nach Tunis gekommen, um jener Entrechtung zu entgehen, die er zuvor in Frankreich hatte erleben müssen. Zusammen mit seinem Bruder Jean und ihrem Vater Joseph fassten sie den Entschluss, sich nach Algerien durchzuschlagen. Sie wollten sich dort der von Charles de Gaulle geführten Freien Französischen Armee anschließen. Dieser Plan scheiterte jedoch aufgrund einer Denunziation. Im März 1943 wurden die drei Männer von deutschen Soldaten verhaftet. Sie wurden im Gefängnis von Tunis festgehalten, bevor sie auf unbekanntem Wege nach Deutschland ins Konzentrationslager Dachau gelangten. Später verlegte man sie ins Wehrmachtsgefängnis nach Torgau, wo sie am 20. Mai 1944 zum Tode verurteilt wurden. Zum Zeitpunkt der Vollstreckung des Urteils am 17. Juli 1944 im Zuchthaus, waren der Vater Gilbert Scemla 24, der Onkel Jean Scemla 20 und der Großvater Joseph Scemla 54 Jahre alt.

Die beiden neuen Buchtitel reihen sich ein in den breiten Strom von Einzeldarstel-

lungen zur Ausgrenzung, Entrechtung und Ermordung der Juden während der Zeit des Nationalsozialismus. Auf den ersten Blick betrachtet, widmen sich beide demselben Thema. Andererseits könnten die konkreten Schicksale, die historischen Schauplätze, Perspektiven und Schreibweisen nicht unterschiedlicher sein: Zipora Feiblowitsch entging wie ein Wunder dem industriellen Massenmord im Vernichtungslager Auschwitz. Für die drei Männer der Familie Scemla bildete der KZ-Aufenthalt in Sachsenhausen eine Zwischenstation auf dem Wege zum Schafott in Halle. Trotz ihrer jüdischen Herkunft wurden sie nicht nach Auschwitz deportiert, sondern durchliefen ein scheinjuristisches Verfahren.

Während Feiblowitsch ihre erschütternden Erlebnisse in der Todesfabrik von Auschwitz und verschiedenen Konzentrationslagern aus eigener Anschauung und mitunter drastischen Worten schildert, spiegeln die Schilderungen Gasquets die Ergebnisse seiner mehrjährigen Nachforschungen zu den Todesumständen seiner Angehörigen wider, deren Wesen und Charakter er anhand von Überlieferungen sorgfältig zu rekonstruieren sucht. Im „wahren Leben“ sind sich die heute 87jährige Israelin und der 74jährige Franzose bisher nicht begegnet. Sie stammen nicht nur aus unterschiedlichen geografischen Regionen der Welt; sie wuchsen auch in unterschiedlichen kulturellen und familiären Verhältnissen auf. Selbst ihre Beziehung zum Judentum, dessentwegen sie bzw. ihre Angehörigen zu Opfern wurden, könnte nicht unterschiedlicher sein: Während die jüdische Religion für Zipora Feiblowitsch ein wichtiger Bestandteil ihrer Identität war und ist, vertritt Frédéric Gasquet eher den Standpunkt eines Agnostikers. Seine jüdischen Wurzeln hat er aber dennoch nie verleugnet.

Bei allen Unterschieden zwischen den beiden Autorenpersönlichkeiten und ihren Büchern lässt sich dennoch eine Gemeinsamkeit feststellen: Den inneren Drang, die eigene Geschichte bzw. die der eigenen Familie aufzuzeichnen, verspürten beide erst im reifen Alter. Ausgelöst durch besondere Anlässe, brachten sie auf diese Weise erstmals zu Papier, was sie jahrzehntelang beschäftigte und quälte: Zu Beginn des ersten Golfkrieges 1991 war Zipora Feiblowitsch 63 Jahre alt, als der irakische Diktator Saddam Hussein mit seiner Drohung, Raketen auf Israel abzufeuern, bei vielen dort lebenden Holocaust-Überlebenden Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus wachrief. Aus Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel fasst sie nunmehr den Entschluss, ihnen ihre Lebensgeschichte zu erzählen und darüber ein Buch zu schreiben. Sie hat es ihren ermordeten Angehörigen als „ganz persönliche Erinnerungskerze“ ge-

widmet. Es endet mit dem Appell „Vergesst nicht! Vergebt nicht! Erinnert! Erinnert! Erinnert!“

Im Falle Frédéric Gasquets trug „eine unwahrscheinliche Begegnung“ dazu bei, sich mit der eigenen Familiengeschichte zu befassen. Gegen Ende seines Berufslebens war er während einer Dienstreise in London zufällig einer aus Marokko stammenden Verwandten begegnet, die ihn motivierte, jene Tragödie niederzuschreiben, die ihn sein ganzes Leben lang geleitet und bewegt hat. Das Manuskript, für dessen Fertigstellung er drei Jahre benötigte, widmet er in erster Linie seinen Kindern. Im Epilog seines Buches findet sich sogar ein direkter Appell an sie: „Seid wachsam, bleibt achtsam auch auf das, was entfernt zu liegen scheint, es aber niemals allzu sehr ist. Bleibt den christlich-jüdischen Werten verbunden, in denen Ihr erzogen wurdet, und erinnert Euch!“

Die jüngsten Neuerscheinungen der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt kamen im Ergebnis von Besuchsreisen zustande, die die Holocaust-Überlebende und den Sohn eines Opfers des Nationalsozialismus in jüngster Zeit nach Sachsen-Anhalt führte. Auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung war Zipora Feiblowitsch erstmals im vergangenen Jahr zusammen mit ihrer Tochter Malka Melamed in mehreren Orten des Landes zu Gast gewesen, wo sie vor allem mit Jugendlichen ins Gespräch kamen. Im Rahmen dieser Begegnungen wurde vonseiten ihrer Gesprächspartner mehrfach der Wunsch geäußert, man möge ihr bereits in Israel publiziertes Buch auch für ein breites Publikum in deutscher Sprache veröffentlichen. Dank einer Kooperationsvereinbarung der Stiftung mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und dem Berliner Institut Neue Impulse e. V. konnte dieser Wunsch erfüllt werden.

Die Entstehungsgeschichte der deutschsprachigen Ausgabe von „La Lettre de mon père“ verlief ein wenig anders. Frédéric Gasquet wurde über die Recherchen für sein Publikationsvorhaben auf die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) aufmerksam, wo die Rudimente jener Fallbeilmaschine freigelegt wurden, auf der sein Vater, sein Onkel und sein Großvater hingerichtet wurden. Durch Mitarbeiter der Gedenkstätte erhielt er kompetente Unterstützung, um die Schicksale seines getöteten Angehörigen aufzuklären. Seit einiger Zeit ist der Autor häufig in Halle zu Gast, um mit Schülerinnen und Schülern über die Spurensuche nach seinen Angehörigen zu sprechen. Bei einer solchen Gelegenheit reifte im Vorjahr die Idee, sein 2006 in Frankreich verlegtes Buch auch in deutscher Sprache zu veröffentlichen. „Der Brief meines Vaters“, erschienen als vierter Band der o. g. Reihe, ist mit einem Vorwort von Serge und Beate Klarsfeld



Cornelia Habisch, Rudi-Karl Pahnke, Zipora Feiblowitsch und Dr. Kai Langer während der Buchvorstellung im Ständehaus Merseburg am 22. Mai 2014

versehen, die sich in besonderer Weise um die Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Frankreich und Deutschland verdient gemacht haben.

Die feierliche Vorstellung der druckfrischen Werke erfolgte jeweils in Anwesenheit der Autorin bzw. des Autors sowie unter reger öffentlicher Anteilnahme. Die Autobiographie „Der Tag war kein Tag...“ wurde am 22. Mai im vollbesetzten Festsaal des Ständehauses Merseburg präsentiert. Nach einführenden Worten zur Person von Zipora Feiblowitsch sowie zum Zustandekommen des Buches durch Cornelia Habisch, stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, wurde die Autorin zu den Stationen ihres Leben befragt. Die Fragen an die Zeitzeugin stellte Karl Rudi Pahnke vom Institut Neue Impulse. Für einen angemessenen kulturellen Rahmen sorgten Constanze Jaiser und Bert Pampuch mit eindrücklichen Texten und Liedern aus der Feder von KZ-Häftlingen.

Am 17. Juli, dem 70. Jahrestag der Hinrichtung von Gilbert, Jean und Joseph Scemla, folgte die Präsentation von „Der Brief meines Vaters“ im Freylinghausen-Saal der Franckeschen Stiftungen Halle. Nach der Begrüßung durch Dietmar Hoge, Schulleiter des Landesgymnasiums LATINA „August Hermann Francke“, gab Stiftungsdirektor Dr.



Frédéric Gasquet und Constanze Carcenac während der Buchvorstellung im Freylinghausen-Saal der Franckeschen Stiftungen Halle am 17. Juli 2014

Kai Langer zum besseren Verständnis des Buches eine Einführung. Im weiteren Verlauf stellten Schülerinnen und Schülern, die sich im Rahmen eines Projektes unter Anleitung ihrer Lehrerin Constance Carcenac und Michael Viebig, amtierenden Leiter der Gedenkstätte Roter Ochse, mit der Geschichte der Familie Scemla befasst hatten, ihre Erkenntnisse in deutscher und französischer Sprache vor. Im Anschluss daran stand Frédéric Gasquet dem jugendlichen Publikum Rede und Antwort.

Auf beiden Veranstaltungen machten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgiebig von der seltenen Gelegenheit Gebrauch, sich die Bücher persönlich signieren zu lassen. Mit den beiden jüngsten Neuerscheinungen führt die Stiftung ihre kürzlich begonnene Zusammenarbeit mit dem Mitteldeutschen Verlag fort, der die Gestaltung und Produktion der beiden stiftungseigenen Buchreihen – der Schriftenreihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse – übernommen hat. Alle hier erscheinenden Buchtitel können somit regulär über den Buchhandel bezogen werden.

Autoren

Daniel Bohse ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Benedikt Einert** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der TU Braunschweig, Abteilung Geschichte und Geschichtsdidaktik. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Mira Keune** ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Dr. Björn Kooger** arbeitet als freiberuflicher Historiker in Wolfenbüttel | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Prof. em. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller** war von 1992–2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, zugleich Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg (1992–1996), seit 1996 an der LMU München; 2013/14 Kommissarischer Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau. | **Matthias Ohms** ist stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **René Römer** ist freiberuflicher Autor in Dresden. | **Jörg Stoye** ist Leiter der BStU-Außenstelle Magdeburg. | **Dr. Christiane Stucke** ist Diplompsychologin am Institut für Sportwissenschaft der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg. | **Michael Viebig** ist Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

Fotonachweis

Titel: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, ehemaliger Einreisebereich für Transitreisende nach West-Berlin. Foto: Dr. Kai Langer | S. 3: Foto: René Römer / AVANGA Filmproduktion | S. 7: Foto/Quelle: USHMM – Inventar-Nummer: 09219 | S. 9: Foto/Quelle: USHMM – Inventar-Nummer: 30637 | S. 26: Foto: Günther Mach / Sammlungsbestand Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 47: Quelle: BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Havelberg – 3561 | S. 77: Foto: Thomas Lindner | S. 79: Gestaltung: Konstanze Krüger | S. 82: Foto: Dr. Kai Langer | S. 84: Foto: Carmen Lück, Gedenkstätte ROTER OCHSE | S. 85: Foto: Carmen Lück, Gedenkstätte ROTER OCHSE | S. 90: Foto: Dr. Kai Langer | S. 91: Foto: Dr. Kai Langer | S. 96/98: Foto: Rainer Kuck | S. 107: Foto: Peter Wetzel | S. 108: Foto: Evelyn Stollberg, Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Impressum

Herausgeber: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaefsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Daniel Bohse | Gesine Daifi | Melanie Engler | André Gursky |
Ute Hoffmann | Sascha Möbius | Frank Stucke | Michael Viebig

Gestaltung | Druck: bernelux gestaltung, Halle (Saale) | eindruck Magdeburg

ISSN-Nr.:

Spendenkonto: BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autoren die Verantwortung.

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15.30 Uhr
Freitag 9 bis 13 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr | Freitag 9 bis 12 Uhr
jeder erste Sonntag im Monat 11 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

VordenZwiebergen 1 | 38895 Halberstadt, OT Langenstein | phone (03941) 56 73 24 | phone/fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis Freitag
9 bis 15.30 Uhr | jedes letzte Wochenende (Samstag und Sonntag) in den Monaten April bis Oktober
14 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 bis 16 Uhr
jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag) 10 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599
mail: anmeldung-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 9 bis 16 Uhr
Donnerstag: 9 bis 18 Uhr | Freitag 9 bis 14 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn A2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT